

Nr. 50

Gender

Mainstreaming in der Stadtplanung

Gender Mainstreaming in der Stadtplanung

Darstellung aktueller Gender-Mainstreaming-Projekte
in Wien und in anderen europäischen Städten
im Bereich der Stadtplanung

Bearbeitung: Mag^a. Alice Schmatzberger,
Mag^a. Sybille Reidl

Wissenschaftszentrum Wien im Auftrag des
Magistrats der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18

Impressum

Eigentümer und Herausgeber: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18

Für den Inhalt verantwortlich: DI Shams Asadi, Magistratsabteilung 18

Redaktionelle Bearbeitung und Layout: Mag^a. Alice Schmatzberger, Mag^a. Sybille Reidl,
Wissenschaftszentrum Wien

Fotografien: Magistratsabteilung 18; Kids Company, Seite 37

Koordination: Willibald Böck, Magistratsabteilung 18

Lektorat: Mag. Astrid Widmann-Rinder

Covergestaltung: Reklame Kontor Peter Franc

Produktion, Druck: Magistratsabteilung 21A, Agens Werk

© Wien 2002

ISBN 3-902015-45-4

INHALTSVERZEICHNIS

INTERVIEW MIT STADTRAT RUDOLF SCHICKER	1
INTERVIEW MIT SENATSRÄTIN BRIGITTE JILKA	5
EINLEITUNG	9
INTERNATIONALER WORKSHOP „GENDER MAINSTREAMING IN DER STADT- UND VERKEHRSPANUNG“	13
STADTENTWICKLUNG UND GENDER MAINSTREAMING	19
GENDER MAINSTREAMING: ZWEI SCHRITTE NACH VORNE – UND KEINER ZURÜCK!	23
VOM MALESTREAM ZUM GENDER MAINSTREAM – EINE PLANUNGSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG	29
EINFACH - MEHRFACH	37
MEHR CHANCEN! MÄDCHEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM	41
GROSSSTÄDTISCHE QUARTIERSERNEUERUNG UNTER GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN ASPEKTEN	45
GENDER MAINSTREAMING IM INNENHOF?	49
GENDER MAINSTREAMING IM KULTURBEREICH	53
BEISPIELE AUS ÖSTERREICHISCHEN BUNDESLÄNDERN	55
VON ROSTOCK BIS MÜNCHEN: GENDER IM MAINSTREAM VON STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG?	59
STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR UMSETZUNG DES PRINZIPS GENDER MAINSTREAMING IN DER VERKEHRSPANUNG	67
GENDER MAINSTREAMING UND LOKALE ZEITPOLITIK	71
MAINSTREAMING: AN OVERVIEW OF DEVELOPMENTS IN THE UNITED KINGDOM ...	83
GENDER MAINSTREAMING AND URBAN PLANNING – A NORDIC VIEW	89
GENDER MAINSTREAMING IN DER SCHWEIZERISCHEN RAUMPLANUNG	95
SERVICETEIL	101
ExpertInnen und Ansprechpersonen	101
Internet-Links	108
Literatur	113

INTERVIEW MIT STADTRAT RUDOLF SCHICKER

geführt von Alice Schmatzberger und Andrea Holzmann-Jenkins

Frage: Welchen Stellenwert hat für Sie Gender Mainstreaming im Rahmen der Stadt- und Verkehrsplanung und warum setzen Sie hier einen Schwerpunkt?

RS: Der Vertrag von Amsterdam sieht rechtlich verpflichtend vor, dass Gender Mainstreaming, also die Chancengleichheit aller Menschen in der Gesellschaft, als Querschnittsmaterie umzusetzen ist. Da Planung immer auf Ebene der Zukunft erfolgt, ist es wichtig, bei der Planung anzusetzen.



In der Stadtplanung sind bereits viele Frauen tätig, in der Verkehrsorganisation jedoch kaum. Hier ist bisher nur eine Frau in einer Leitungsfunktion tätig. Verkehrspolitik wird derzeit von 30- bis

50-jährigen Männern gemacht, da ist oftmals eine „Windschutzscheibenperspektive“ vorhanden. Dem gilt es, bewusst entgegenzuwirken und die größten Behinderungen aufzuzeigen: Beispielsweise benötigen Kinder mehr Platz, hier sind Mehrfachnutzungen sinnvoll; es bestehen große geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wegeführung; „Angsträume“ sind für Männer kein Thema, hier wurde allerdings schon einiges in Angriff genommen, wie verstärkte Beleuchtung beim Garagenbau, oberflächige Führungen an Stelle von Unterführungen u. ä.

Frage: Wie wird Ihre Initiative bezüglich Gender Mainstreaming aufgenommen? Welche Reaktionen erleben Sie?

RS: Nach meinen bisherigen Erfahrungen ist es auf Bundesebene derzeit noch schwierig; hier kursieren noch häufig „Männerwitzchen“. Im Wiener Rathaus ist man da deutlich weiter, das Thema ist schon besser verankert und die Bereitschaft, etwas umzusetzen, ist vorhanden. Weiters besteht die SPÖ-Fraktion aus beinahe 50 % Frauen, in der Wiener Stadtregierung haben wir ein Verhältnis von 50:50 schon erreicht.

Quoten, z. B. für die Zusammensetzung einer Jury, für die Liste eingereicherter Projekte etc., sind hier oft zielführend, sie schaffen Bewusstsein. Abweichungen von diesen Anforderungen werden dann hinterfragt.

Frage: Wie beurteilen Sie die internationale Bedeutung Wiens bezüglich der Umsetzung von Gender Mainstreaming?

RS: In Skandinavien sind Frauen auf der Kommunalebene viel stärker vertreten und bei internationalen Konferenzen viel stärker präsent als Funktionärinnen aus Österreich. Wien muss sich hier nicht verstecken, eine Speerspitze sind wir allerdings noch nicht, wie dies beispielsweise bei Umwelttechnik oder öffentlichem Verkehr der Fall ist. Dazu müssen die vorhandenen Projekte sichtbarer werden, wir müssen raus aus den Modellprojekten und Gender Mainstreaming in die tägliche Praxis bringen.

Frage: Welche Zielsetzungen verfolgen Sie mit dem Schwerpunkt Gender Mainstreaming in den Bezirken?

RS: In den Bezirken ist eine hohe Bereitschaft da, 19 Bezirke haben Interesse bekundet. Allerdings ist die Datenlage sehr unterschiedlich; im 6. Bezirk beispielsweise wurden schon entsprechende

Studien zu Zeit-Weg-Diagrammen durchgeführt. Es geht dabei überwiegend um Maßnahmen, die aus dem Bezirksbudget finanziert werden müssen. Bezirke erwarten Hilfestellungen zur Umsetzung und Unterstützung, um z. B. gegenüber Forderungen von Investoren nach immer mehr Parkplätzen u. ä. auch „nein“ sagen zu können.

Frage: Wie funktioniert die politische Vermarktung von Gender Mainstreaming?

RS: Gender Mainstreaming ist ein sperriger Begriff, er ist geeignet als Schlagwort bzw. Klammer, aber „verkaufen“ muss man konkrete Maßnahmen und Projekte, wie z.B. Mädchengerechte Parks oder Mehrfachnutzung von Plätzen.

Frage: Ist eine rechtliche Verankerung von Gender Mainstreaming in der Stadtplanung notwendig?



RS: Im Grunde genommen sind allgemeine rechtliche Bestimmungen wenig

zweckmäßig. Zielbestimmungen der Stadtplanung finden sich seit 1996 in der Bauordnung. Diese müssen allerdings ganz konkret formuliert werden, müssen größere Sicherheit bieten, damit die Stadtplanung dann frauenfreundlicher wird, und sollen keine „Hülse“ bleiben. Wenn es wirklich zielführend ist, Gender Mainstreaming in die Bauordnung hineinzunehmen, sollte es auch erfolgen. Es wird dabei auch Zielkonflikte geben, deren Lösung allerdings von den Werten und nicht von der Finanzierung abhängig ist. Beispiel: Aufgrund der Bäume einer Allee ist der Gehweg finster - soll man sie nun fällen?

In der Planung wird oft mit Fachkonzepten gearbeitet, z. B. Hochhauskonzept. Ein neues Konzept mit Gender-Mainstreaming-

Verankerung, das nicht nur die Flächenwidmung beinhalten sollte, könnte frühestens 2006 erstellt werden. Im Stadtentwicklungsplan, der derzeit entwickelt wird, soll Gender Mainstreaming in allen Kapiteln verankert werden. Die Bauordnung – die nicht zu meinem Ressort zählt – ist vielleicht sogar überreguliert, so dass Dinge eher schon verhindert werden.



Frage: Mit welchen Hindernissen bei der Umsetzung ist zu rechnen?

RS: Die Finanzierung ist hier sicher nicht das Wichtigste. Vielmehr kommt es oft zu Zielkonflikten: Man tendiert zu einfachen, schon bekannten Lösungen; Beispiel: Parkraumnot führt schnell zur Forderung nach Verschmälerung des Gehweges, um mehr Parkplätze zu erhalten. Hier ist noch viel zu tun, denn traditionell haben Verkehrsangelegenheiten einen hohen Stellenwert in der Bezirkspolitik. Die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming macht die Suche nach neuen Lösungen notwendig.

Frage: Welche Ressourcen (zeitlich, personell, finanziell) wurden für die Umsetzung reserviert?

RS: Die Umsetzung entsprechender Projekte und Maßnahmen muss aus dem bisherigen Bestand erfolgen, eventuell sind Umschichtungen möglich bzw. notwendig.

Frage: Das Konzept des Gender Mainstreaming zielt auf eine Gleichstellung von Frauen und Männern ab. Gibt es Ihrer Meinung nach Bereiche der Stadtplanung, wo die Bedürfnisse der männlichen Bevölkerung besonders berücksichtigt werden müssten?

RS: Als einziges Problem sehe ich, dass bei Scheidungen meist Männer die Wohnungen verlieren; und es fehlen Wickelplätze in öffentlichen Männerklos.

Frage: Vieles, was eigentlich eine Geschlechter-Diskriminierung darstellt, wird (auch von Betroffenen) nicht wahrgenommen, weil es als „normal“ gilt. Sind Maßnahmen notwendig, um das Bewusstsein für diskriminierende Bedingungen zu erhöhen?

RS: Die Wahrnehmung steigt, aber es ist noch viel zu tun. Oft ist man im Vorfeld zu unsensibel - etwa bei der abstrakten Gesetzgebung - oder auch kurzfristig, weil einfache Lösungen gewünscht sind. Die Menschen werden allerdings neugierig auf das Thema, insbesondere die männlichen Mitarbeiter.

Das Bewusstsein sollte bereits in der Ausbildung an den Universitäten geschult werden. Und in den Ausbildungsgängen in technischen Berufen sollten mehr Frauen präsent sein, denn oft fehlen entsprechend qualifizierte Frauen für die Verwaltung.

Im Magistrat könnte beispielsweise ein Arbeitskreis eingerichtet werden; Gender Mainstreaming könnte bei der Schulung von MitarbeiterInnen verankert werden oder bei Flächenwidmungsplänen könnten Stellungnahmen unter dem Gender-Aspekt eingeholt werden. Im Verkehrsbereich gibt es hier schon mehr Ansätze als im Planungsbereich.

Dipl.-Ing. Rudolf Schicker ist Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr in Wien.



INTERVIEW MIT SENATSRÄTIN BRIGITTE JILKA

geführt von Alice Schmatzberger und Sybille Reidl

Frage: Welchen Stellenwert hat für Sie Gender Mainstreaming im Rahmen der Stadtplanung? Warum ist Ihnen dieses Thema ein Anliegen?

BJ: Gender Mainstreaming hat für mich in der Stadtplanung einen außerordentlich hohen Stellenwert, denn es kann sehr große und positive Auswirkungen haben – wobei die Betonung auf „kann“ liegt. Es gibt noch wenige Erfahrungen. Gender Mainstreaming baut auf Akzeptanz und diese kann man nicht von oben verordnen.



Frage: Wie beurteilen Sie diesbezüglich die Bedeutung Wiens im internationalen Kontext?

BJ: Ich betrachte Gender Mainstreaming nicht losgelöst vom jeweiligen grundsätzlichen

gesellschaftlichen Aufbau oder vom Ansehen der Geschlechter - und das ist innerhalb Europas sehr unterschiedlich.

Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beispielsweise liegt Österreich sicher eine Stufe hinter Frankreich und Skandinavien. In Frankreich liegt jedoch bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes nach Gender-Mainstreaming-Kriterien vieles im Argen. Dort ist eben die Kinderbetreuung durch Dritte wichtig – Frankreich ist also nicht generell besser als Österreich, sondern lediglich in bestimmten Bereichen. Bei der Planung des öffentlichen Raums wird bei uns sensibler gedacht und mehr gemacht. Hier sind Wien

und vereinzelt deutsche Städte Vorreiter – da gibt es international sonst wenig.

Frage: Wie wird diese Initiative im Umfeld aufgenommen? Wie sind Ihre bisherigen Erfahrungen?

BJ: Die ursprünglichen Blödhheiten – „machen wir jetzt rosarote Gehsteige“ – sind schon Geschichte. Es bedarf einer kritischen Masse von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, damit Gender Mainstreaming erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden kann. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Es gibt keine massiven Widerstände gegen Gender Mainstreaming, es wird grundsätzlich als sinnvoll erachtet und seltener als Bedrohung empfunden. Aber die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen immer wieder daran erinnert werden, dann wird es auch internalisiert.

Ein Beispiel zum Thema „Erinnerung“: Wir fordern auch unsere Auftragnehmer und Auftragnehmerinnen immer wieder auf, dass diejenigen Personen präsentieren und sichtbar sind, die ein Projekt bearbeitet haben. Denn in vielen Büros arbeiten Planerinnen und die Herren Zivilingenieure präsentieren dann die Ergebnisse. Wenn man die Firmen „erinnert“, wird das auch gemacht.

Frage: Ist es Ihrer Meinung nach erforderlich, Gender Mainstreaming im Bereich der Stadtplanung rechtlich zu verankern?

BJ: Wenn Gender Mainstreaming einmal akzeptiert ist, ist eine rechtliche Vorgabe nicht unbedingt nötig. Wichtiger ist es, das Bewusstsein bei den Menschen zu entwickeln. Ein Gesetz kann auch zur reinen Pflichtübung werden, die absolviert wird, ohne dass etwas ins Bewusstsein

gelangt. Andererseits ist es manchmal hilfreich, wenn man sich auf ein Gesetz berufen kann.

Frage: Zwingt ein vorhandenes Gesetz nicht zu einer Auseinandersetzung mit der jeweiligen Thematik?

BJ: Das kann ein Weg sein. Meiner Ansicht nach ist es zielführender, gesellschaftspolitisch anzusetzen - das ist natürlich eine Herkulesarbeit. Aber wenn schon eine gesetzliche Regelung, dann sollte sie keine Detailformulierung irgendwo sein, sondern grundsätzliche Festlegungen ergänzen; z. B. könnten jene Aspekte, die laut Bauordnung für die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanerstellung zu erheben sind und aus denen die Ziele der Entwicklung abgeleitet werden, um gesellschaftspolitische Aspekte angereichert werden.

Frage: Wie kann Gender Mainstreaming mit „Leben gefüllt“ werden?

BJ: Eine Umsetzung nur auf einer Ebene kann sicher nicht der Weg sein. Wenn der Eindruck entsteht, dass es mit der Bezirksebene getan ist, so macht man es sich zu einfach. Gender Mainstreaming muss alle organisatorischen und planerischen Ebenen durchdringen! Ich bin eine Freundin von Checklisten im Projektmanagement: Geschlechtsspezifische Daten sind notwendig, eine geschlechtsgewichtete Auftragsvergabe, vielleicht begleitend ein Gender-Mainstreaming-Beirat. Und ich möchte mich so schnell wie möglich davon verabschieden, dass Gender Mainstreaming nur durch Frauen vorangetrieben wird.

Frage: Wie beurteilen Sie die Initiative des Gender-Mainstreaming-Musterbezirks?

BJ: Das ist eine gute Idee, denn es hat ein Bezirk die Chance, eine Vorreiterrolle

einzunehmen. Die damit verbundene Öffentlichkeitswirksamkeit motiviert andere auch nachzuziehen, denn Öffentlichkeit ist für BezirksvorsteherInnen wichtig.

Frage: Welche Aktivitäten und Strategien sind allgemein geplant, um die diversen Ziele zu erreichen? Mit welchen Hindernissen ist dabei zu rechnen?

BJ: Mit Gender Mainstreaming durchzudringen, ist schwierig. Die Stadtplanung „baut“ nicht, ist daher nicht direkt an der Umsetzung beteiligt.

Ein Hindernis in der Stadtforschung ist der Mangel an geschlechtsspezifischen Daten, die erst erhoben werden müssen, um beispielsweise mit Zeitreihenvergleichen arbeiten zu können.



Ein weiterer Punkt: Entscheidungsträger von Projekten sind überwiegend männlich – sie entscheiden aus ihrem Erfahrungshorizont heraus. Das ist ihnen nicht vorzuhalten. Als Konsequenz müssten

eben mehr Frauen mitentscheiden und ihren Erfahrungshorizont einbringen.

Eine Gefahr resultiert daraus, dass Frauen als homogene Gruppe betrachtet werden. Die weiblichen Lebensstile sind jedoch mittlerweile sehr ausdifferenziert. Wenn entscheidungsbefugte Frauen in Diskussionsrunden mit dem Klischee „Frau = Kinderverantwortung“ konfrontiert werden, nehmen sie aufgrund ihres eigenen eher „männlichen“ Lebensstils leicht eine „Männersicht“ an. Das ist ein gruppendynamisches Problem. Frauen mit Kindern und Frauen ohne Kinder werden außerdem in den Medien gegeneinander ausgespielt. Man muss sich dessen bewusst sein, dass Frauen verschiedene Sichtweisen haben, keine darf sich in ihrem Lebensstil angegriffen fühlen, und es ist

wichtig, die große Vielfalt weiblicher Lebensstile zu berücksichtigen.

Als Beispiel fällt mir hier der nicht-kommerzielle Freizeitbereich für Erwachsene ein, der selten geschlechtssensibel betrachtet wird. Wenn überhaupt, dann wird nur gefragt, was Frauen mit Kindern im Park und Männer am Fußballplatz brauchen. Lebensstile urbaner, berufstätiger Frauen werden nicht weiter berücksichtigt. Viele Frauen haben andere sportliche Vorlieben als Männer – das alles wird nicht bewusst betrachtet. Hier stehen wir noch ganz am Anfang, es ist noch nicht viel Bewusstsein vorhanden. Für mich ist die Notwendigkeit evident, die wirklich groben Unterschiede herauszuarbeiten. Ich denke auch, dass Gender Mainstreaming eine Methode ist, die für die Lebensqualität maßgeblichen „soft facts“ zu beeinflussen. Dazu gehört Gender Mainstreaming im Freizeitbereich.

Frage: Sollte es für Gender Mainstreaming eigene Ressourcen geben?

BJ: Nein, Gender Mainstreaming ist in das System zu integrieren, sonst ist es eine aufgesetzte Geschichte. Der Erfolg steht und fällt mit der Selbstverständlichkeit des entsprechenden Denkprozesses.

Frage: Das Konzept des Gender Mainstreaming zielt auf eine Gleichstellung von Frauen und Männern ab. Gibt es Ihrer Meinung nach auch Bereiche in der Stadt- und Verkehrsplanung, in denen die Bedürfnisse der männlichen Bevölkerung wegen bestehender Benachteiligung besonders berücksichtigt werden müssten?

BJ: Nein, denn die Normalität ist männlich. Man kann immer etwas für Menschen tun, aber ich erachte es als unwahrscheinlich, dass es wesentliche Beispiele der Benachteiligung von Männern in der Stadt- und Verkehrsplanung gibt.

Frage: Vieles, was eigentlich eine Geschlechter-Diskriminierung bedeutet, wird (auch von Betroffenen) nicht wahrgenommen, weil es als „normal“ gilt. Welche Ansatzpunkte bzw. Maßnahmen möchten Sie setzen, um die „awareness“ für diskriminierende Bedingungen zu erhöhen?

BJ: Eine Erhöhung der „awareness“ ist sicher notwendig. Das geht am besten anhand einfacher und konkreter Beispiele, um zu verdeutlichen, dass bestimmte Maßnahmen Frauen und Männer unterschiedlich betreffen - z. B. erschwert die grüne Welle für Autofahrer auf der Triester-Straße Querungen für Fußgänger; zusätzlich stellt diese stark befahrene Straße eine Barriere zwischen Wohngebiet und den Gebieten mit Schulen und Kinderbetreuung dar. Nach Majoritäten betrachtet ist die Rollenverteilung klar. Man muss sich dessen bewusst werden, dass der Vorteil der einen die anderen etwas kosten kann.

Normal ist auch die Tendenz, in größeren

Wohnhausanlagen den Kindergarten in einer dem Verkehr weit abgewand-



ten, geschützten Ecke nahe dem Grünraum unterzubringen. An die Wegzeiten, die alleine dadurch entstehen, dass Garage oder Straßenbahnhaltstelle dementsprechend weit weg liegen, wird nicht gedacht. Wegekettens in Wohnhausanlagen werden nicht berücksichtigt. Denn oberflächlich betrachtet ist in einer dieser idealen Wohnhausanlagen alles ganz nah beieinander - der Kindergarten, der Supermarkt, die Wohnung. Die „Stadt der kurzen Wege“ fängt bei Stiege 1 an, reicht aber nicht bis zur Stiege 47.

Frage: Haben Sie einen prägnanten Schlusssatz für uns?

Alice Schwarzer hat ein Buch mit dem Titel „Der große Unterschied. Gegen die Spaltung von Menschen in Männer und Frauen“ geschrieben. Bei Gender Mainstreaming geht es um die gebührende Beachtung des

großen Unterschieds in einer menschenorientierten Stadtplanung.

***Senatsrätin Dipl.-Ing. Brigitte Jilka ist
Abteilungsleiterin der Magistratsabteilung
18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung -
im Wiener Rathaus.***

EINLEITUNG

Alice Schmatzberger

Was ist Gender Mainstreaming?

Der Begriff Gender Mainstreaming hat mittlerweile einen festen Platz in der Politik. Von Gender Mainstreaming ist insbesondere immer dann die Rede, wenn es um die Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, also zwischen Frauen und Männern geht. Trotz großer Fortschritte und zahlreicher rechtlicher Bemühungen um Gleichstellung existiert nach wie vor in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens eine Ungleichbehandlung.

Gender Mainstreaming heißt in diesem Zusammenhang, grundsatzpolitische Prozesse so zu gestalten, dass die Gleichstellungsperspektive in sämtliche politische Bereiche und in allen Stadien der Planung eingebracht wird.

Gender Mainstreaming:

Systematische Einbeziehung der jeweiligen Situation, der Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern in alle Politikfelder, wobei mit Blick auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie auch bei der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden.

[Mitteilung der Kommission KOM(96) 67 endg. vom 21. Februar 1996]

Ziel von Gender Mainstreaming ist letztlich, die Gleichstellung von Frauen und Männern, also die Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis, zu erzielen.

Wo gibt es bereits Gender Mainstreaming?

Gemäß der oben angeführten Definition ist Gender Mainstreaming „in allen Politikfeldern“ umzusetzen. Die ersten Versuche, Gender Mainstreaming prozesshaft in Strukturen und Abläufe zu integrieren, gab es in Wien vor allem im Sozial- und Arbeitsmarktbereich sowie in den internen Bereichen der Verwaltung. Hier ist auch schon einiges erfolgreich umgesetzt, und man/frau hat gelernt, mit den Anforderungen, die sich aus diesem neuen Politikansatz ergeben, umzugehen. Und das hat zur Folge, dass Gender Mainstreaming nun Schritt für Schritt auf andere Bereiche übergreift – sei es die Kultur, die Gestaltung der Kriterien bei der Vergabe von Ziel-2-Projekten oder eben die Stadtplanung. Darüber hinaus hat die Stadt Wien im „Strategieplan für Wien“¹ ein politisches Commitment abgelegt: Gender Mainstreaming ist als strategisches Projekt verankert und bildet zudem einen der fünf ausgewählten aktuellen Schwerpunkte, deren Umsetzung sofort in Angriff genommen werden soll.

Gender Mainstreaming und/oder Frauenförderung?

Oftmals wird Gender Mainstreaming mit Frauenförderung gleichgesetzt bzw. wird versucht, diese durch Gender Mainstreaming zu ersetzen. Hierbei handelt es sich jedoch um „zwei verschiedene Paar Schuh“². Während mithilfe von Gender Mainstreaming die Gleichstellung von Frau und Mann erreicht werden soll, zielt die Frauenförderung – wie ja der Name schon sagt – auf die Unterstützung frauenspezifischer Anliegen und Bedürfnisse ab.

¹ Strategieplan für Wien; Werkstattberichte Nr. 32; Wien 2000

Darüber hinaus wirkt Gender Mainstreaming präventiv, d. h. es soll bereits in den Planungsphasen bzw. bei der Konzeptentwicklung so vorgegangen werden, dass ein Ungleichgewicht erst gar nicht entsteht. Die Frauenförderung hingegen agiert im Allgemeinen „reparierend“, setzt also genau dort an, wo es gilt, bereits vorhandene Missstände zu beseitigen.

Soweit die Theorie. In der Praxis lässt sich hingegen immer wieder feststellen, dass Gender Mainstreaming als Frauenförderung verstanden wird, als solche definiert wird oder in Frauenförderprojekten mündet. Wie kommt es aber dazu, dass Gender Mainstreaming in Realität so oft eine „Frauensache“ wird?

Das hat mehrere Ursachen: Gender-Themen werden häufig den Frauenbeauftragten zugewiesen oder von diesen überhaupt erst aufgegriffen. Weiters glaubt oder vielmehr hofft „man“, dass mit weiteren spezifischen Projekten zur Frauenförderung dem - auf den ersten Blick nicht immer gleich verständlichen - Prinzip des Gender Mainstreaming bereits ausreichend Rechnung getragen wird. Und last but not least zeigt der ungetrübte Blick auf die Realität, dass die alltäglichen Bedürfnisse der Frauen bisher kaum in Überlegungen und Entscheidungen miteinbezogen wurden; dass der bisher männlich dominierte Blick auf die Stadt zur Folge hat, dass Frauen mit ihren Anliegen kaum Berücksichtigung gefunden haben. Daher sind oftmals spezifische Frauenmaßnahmen notwendig, um auch nur in die Nähe einer Gleichstellung zu kommen. Gender Mainstreaming in verschiedenen Politikbereichen oder auch in der Planung bedeutet ja nicht nur, Frauen in der Verwaltung auf Entscheidungsebenen, in Jurys oder anderen Gremien entsprechend zu verankern, sondern den geschlechtsspezifischen Blick herein zu holen und der räumlichen Organisation der Geschlechter entsprechend Rechnung zu tragen.

Dies alles spiegelt sich zum Teil in den vielen unterschiedlichen Artikeln dieses Werkstattberichts wider. Die diskutierten Themen, die vorgestellten Projekte und Erfahrungen zeigen deutlich diese Ambivalenz.

Werkstattbericht „Gender Mainstreaming und Stadtplanung“

Der vorliegende Werkstattbericht fokussiert den Bereich Gender Mainstreaming in der Stadtplanung. Unmittelbarer Anlass war ein internationaler Workshop in Wien im Dezember 2001 zum Thema „Gender Mainstreaming in der Stadt- und Verkehrsplanung“. Die intensiven Diskussionen dieses im Planungsbereich noch neuen Zugangs führten letztlich zum allgemein geäußerten Wunsch nach intensiverem Austausch von Erfahrungen und Ideen. Diese Anliegen an den Informations- und Erfahrungsaustausch hat die Stadt Wien zum Anlass genommen, um eine eigene Publikation mit dem Titel „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung“ vorzubereiten und so diesen innovativen Ansatz in der Planung von Anfang an entscheidend mitzutragen und mitzugestalten.

Darüber hinaus ist Gender Mainstreaming – wie bereits erwähnt – im Strategieplan nicht nur als allgemein zu erreichendes Prinzip verankert, sondern auch als strategisches Einzelprojekt mit dem Titel „Gender Mainstreaming in der Planung“. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer verbesserten Nutzbarkeit von Stadträumen. Bestehende Ansätze einer frauenspezifischen und alltagsgerechten Kommunalpolitik werden fortgesetzt und weiterentwickelt – mit dem Anspruch des Gender Mainstreaming, also eines querschnittorientierten Zugangs.

Dieser Werkstattbericht „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung“ beinhaltet zahlreiche Beiträge, die sich dem Thema jeweils aus unterschiedlicher Perspektive

nähern. Er enthält konkrete Beispiele aus Wien und anderen europäischen Städten, wie die Theorie des Gender Mainstreamings im Bereich der Planung in lebbare und alltagsgerechte Praxis umgesetzt werden kann. Oftmals wurde dabei versucht, über die klassische Frauenförderung etwas hinauszugehen, um dem breiteren präventiven Ansatz des Gender Mainstreaming Rechnung zu tragen. Den Abschluss bildet ein umfangreicher Serviceteil mit Adressen nationaler und internationaler Expertinnen und Experten sowie zahlreiche Internet-Links und Literaturhinweise zum Thema.

Diese Publikation bietet somit einerseits einen aktuellen Überblick über bestehende relevante Ansätze und Projekte in europäischen Städten, andererseits stellt sie durch diese Vielfalt auch einen „Ideenpool“ dar, in dem jede und jeder für ihre/seine spezifische Situation und Aufgabe Anregungen finden kann.

Mag^a. Alice Schmatzberger ist am Wissenschaftszentrum Wien zuständig für die Bereiche Gender Mainstreaming, Kommunales Wissensmanagement und Biotechnologie.

INTERNATIONALER WORKSHOP „GENDER MAINSTREAMING IN DER STADT- UND VERKEHRSPANUNG“

Alice Schmatzberger

Am 4. Dezember 2001 fand in Wien der Workshop „Gender Mainstreaming in der Stadt- und Verkehrsplanung“ statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Deutschland, Großbritannien, Kroatien, der Schweiz und Österreich. Ziel dieser Veranstaltung war es, einen Überblick über einschlägige Projekte in europäischen Städten zu erlangen sowie einen fundierten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.



In seiner Eröffnungsansprache betonte der Amtsführende Wiener Stadtrat für

Stadtentwicklung und Verkehr, **Rudolf Schicker**, die Bedeutung von Gender Mainstreaming in der modernen Stadt- und Verkehrsplanung. Die Planungsabteilungen im Rathaus haben sich dem Prinzip des Gender Mainstreaming bereits verpflichtet und werden es in alle zukünftigen Aktivitäten auf Stadt- bzw. Bezirksebene integrieren.

Brigitte Jilka - Leiterin der Abteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung im Wiener Rathaus – wies in ihrer Rede auf die Notwendigkeit hin, politische Verantwortliche und Führungskräfte mit dem Konzept des Gender Mainstreaming vertraut zu machen und sie für geschlechtsspezifische Perspektiven zu sensibilisieren. Stadtverwaltungen sind prädestiniert, Gender Mainstreaming zu einem Grundsatz ihrer Politik zu machen, da sie als lokale bzw. regionale Arbeitgeber eine Vorreiterrolle im Hinblick auf die Gleichbehandlung einnehmen können.

Zur Überlegung, **warum Gender Mainstreaming in der Stadtplanung**

besonders wichtig ist, wurde darauf hingewiesen, dass die gebaute Umwelt, historisch bedingt, männlich orientiert ist. Und Entscheidungsträger und Bauherren orientieren sich nach wie vor aufgrund eigener Erfahrungen überwiegend an den Bedürfnissen berufstätiger und vor allem mobiler Menschen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, alle Planungen und Projekte ganz bewusst auf ihre konkreten, teilweise sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf den Alltag von Frauen bzw. Männern hin zu prüfen. Speziell für die Planung ist es dabei sehr hilfreich, die „Expertinnen des Alltags“ im Wege verschiedener Partizipationsverfahren einzubinden.

In ihren **Vorträgen** berichteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über eine **Vielzahl von Gender-Mainstreaming-Projekten** aus den unterschiedlichsten Bereichen der Stadtplanung und Stadtentwicklung, wie beispielsweise die Erstellung von Verkehrskonzepten, Stadtentwicklung oder Quartiers-



management. Mehrmals wurden Projekte und Initiativen der Stadt Wien¹ - wie die Frauen-Werkstadt, geschlechtssensible Spielplätze oder die Verankerung von Gender Mainstreaming im Strategieplan für Wien - als „very good practice“ hervorgehoben. Als einer der zentralen Faktoren für die effiziente Umsetzung von Gender Mainstreaming wird allgemein die politische Unterstützung genannt.

¹ Siehe dazu Beiträge aus Wien in diesem Werkstattbericht.

Im Folgenden sind die **Kernaussagen über kritische Erfolgsfaktoren** zusammenfassend dargestellt:



- Für eine erfolgreiche Implementierung von Gender-Mainstreaming-Prozessen ist sowohl ein Top-down-Ansatz - Bekenntnis der Verwaltungsspitze, Grundsatzentscheidung auf Führungsebene - als auch eine gezielte Schulung von Führungskräften notwendig.
- Prozesse, Strukturen und Ressourcen sind ebenso wie Ziele und Maßnahmen auf Gender Mainstreaming abzustimmen.
- Pilotprojekte helfen nur bedingt, denn vieles bleibt dabei lediglich auf einer Empfehlungsebene; essenziell sind jedoch verbindliche, normierte Prozesse (wie z. B. bei UVP²) schon im Frühstadium.
- Politik muss Ressourcen zur Verfügung stellen.
- Gender Mainstreaming ist sowohl ein technischer als auch ein politischer Prozess, der oftmals Veränderungen in der Organisationskultur erforderlich macht.
- Grundlage sind in jedem Fall geschlechtsspezifische Datenerhebungen. Ein Beispiel: Für das Verkehrskonzept Wien müsste daher erhoben werden, wie viele Autos sind vorhanden, wer benutzt diese, zu

welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen etc.

- Prozesse und Ziele von Gender Mainstreaming müssen bereits in der Planungsphase, bei der Gestaltung von Auswahlverfahren, bei Ausschreibungen etc. Eingang finden. Es soll nicht erst im Rahmen der Implementierung versucht werden, ob noch etwas zu retten ist.

Es soll nicht erst im Rahmen der Implementierung versucht werden, ob noch etwas zu retten ist.

- Hilfreich wäre eine Definition möglicher messbarer Kriterien für ein Controlling, um festzustellen, ob der jeweils eingeschlagene Weg richtig ist, ob Maßnahmen die gewünschte Wirkung zeigen etc. (Gender-Barometer)
- Wichtig ist auch die Etablierung eines durchgängigen „Gender Budgeting“; allerdings nicht nur bezüglich der finanziellen Ressourcen, sondern im Bereich der Stadtplanung beispielsweise auch bezüglich vergebener Flächen u. ä.
- Vernetzung und Dialog sind von Beginn an essenziell. Die Erzeugung von Akzeptanz, das Aufzeigen von Anreizen sowie das Einbinden aller Ebenen der Kommunalpolitik sind wesentliche Elemente, um Angst zu nehmen bzw. das Entstehen von Neid weitestgehend zu verhindern.



- Städtebau und Städteplanung sind immer ein Abbild der realen sozialen Situation zwischen Frauen und Männern.

² Umweltverträglichkeitsprüfung.

- Entwicklungen und Planungen erfolgen derzeit vor dem Hintergrund von Wachstumsprozessen; real erfolgen jedoch immer mehr Schrumpfungen (Stichwort: prognostizierter Bevölkerungsrückgang, Abwanderung aus den Städten), was andere Strategien und Vorgehensweisen erforderlich macht.
- Gender Mainstreaming ist ohne spezifische Frauenförderung nicht denkbar.
- Bei Rationalisierungsmaßnahmen werden immer die jüngsten Einheiten zuerst aufgelöst bzw. geschwächt, oftmals sind das frauenspezifische Strukturen.



Basierend auf diesen Erfahrungen und den daraus abgeleiteten kritischen Erfolgsfaktoren wurden in einem gemeinsamen Brainstorming aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer **Visionen** entwickelt. Unter dem Motto „**Stadt- und Verkehrsplanung im Jahr 2015 - was wurde bezüglich Gender Mainstreaming erreicht?**“ wurden folgende Aspekte (auszugsweise) als zu erreichende Ziele genannt:

- In der Öffentlichkeitsarbeit gilt Gender Mainstreaming als neutraler Begriff.
- Gender-Trainings sind erfolgreich abgeschlossen.
- Es gibt ein Nachdiplomstudium „Gender“.
- Es sind ausreichend geschlechtsspezifische Statistiken und Datenbanken als Grundlage zur Diskrepanzerkennung vorhanden.
- Alle Ausgaben in der Verwaltung werden genderspezifisch ausgewiesen. Die Förderpolitik erfolgt entsprech-



end der definierten Gender Mainstreaming Ziele. Budgetdiskussionen um Kürzungen werden gendersensibel geführt.

- Vernetztes und ressortübergreifendes Arbeiten ist selbstverständlich.
- Architekten/Architektinnen interessieren sich auch für den öffentlichen Raum zwischen Gebäuden.

▪ Die Lebensqualität in der Stadt ist aufgrund der Integration der Gender-Perspektive in die Stadtplanung so hoch, dass es zur Rückwanderung aus dem Land kommt. Das „Häuschen im Grünen“ ist für Frauen, Männer und Kinder nicht mehr das beste Lebensmodell.

- Stadtteile sind bewusst adaptiert (derzeit verändern sich Stadtteile demografisch, aber nicht gestalterisch).
- Es ist sowohl eine genderspezifische als auch eine kulturspezifische Nutzung des öffentlichen Raums möglich.
- Rollen sind nicht mehr männlich definiert („ExpertIn“). Im Bereich der Experten und Expertinnen wurde ein 50-prozentiger Frauenanteil erreicht.
- Legitimationsdruck lastet nicht mehr nur auf den Frauen.
- Die gesellschaftliche Männlichkeit ist nicht mehr so labil. Männer gehen in

Karenz oder sind auf Spielplätzen, ohne belächelt zu werden. Beide Geschlechter leben eine größere Vielfalt und können aufeinander zurückgreifen.

- Es gibt ein weiblich besetztes Institut für Verkehrstechnik, das menschengerechte Verkehrsmittel entwickelt - Stichwort: Japanisches Modell der „gentle city“; oder Entwicklung einer Alternative zum Cable-Liner, die Gender-Mainstreaming-konform ist.
- Planungsprojekte dürfen mehr Zeit und Geld in Anspruch nehmen, die Entwicklung langfristiger Lösungen ist möglich.
- Es gibt zahlreiche verantwortungsvolle und gendersensible Stadtplaner und Stadtplanerinnen. „Alte“ PlanerInnen „können sich darauf verlassen, nicht mehr mitbestimmen zu müssen“.

Schlussrunde

Allgemein wurde mehrmals das sehr große Interesse an vermehrter Vernetzung

betont. Gerade im Bereich der Stadtplanung, wo es erst wenige Studien und noch relativ wenig Erfahrung mit der Umsetzung von konkreten Gender-Mainstreaming-Projekten gibt, wird der Informationsaustausch bei der Entwicklung von Maßnahmen, Kriterien u. ä. als große Unterstützung gesehen. Als langfristige Perspektive wurde eine **koordinierte Vernetzung zur Stadtentwicklung auf internationaler Ebene** diskutiert, um verstärkt und gemeinsam in den Diskurs auf EU-Ebene einsteigen zu können.

Diese Anliegen an den Informations- und Erfahrungsaustausch hat die Stadt Wien – neben anderen Faktoren – zum Anlass genommen, eine eigene Publikation zum Bereich „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung“ erstellen zu lassen.

Mag^a. Alice Schmatzberger ist am Wissenschaftszentrum Wien zuständig für die Bereiche Gender Mainstreaming, Kommunales Wissensmanagement und Biotechnologie.

Zusammenfassung

„Gender Mainstreaming in der Stadt- und Verkehrsplanung“ war der Titel eines internationalen Workshops in Wien im Dezember 2001, dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Großbritannien, Kroatien, Schweiz und Österreich kamen.

In seiner Eröffnungsansprache hob der Amtsführende Wiener Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, Rudolf Schicker, die Bedeutung von Gender Mainstreaming in der modernen Stadt- und Verkehrsplanung hervor. Die Planungsabteilungen im Rathaus haben sich dem Prinzip des Gender Mainstreaming verpflichtet und werden es in alle zukünftigen Aktivitäten auf Stadt- bzw. Bezirksebene integrieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten über eine Vielzahl von Gender-Mainstreaming-Projekten aus den unterschiedlichsten Bereichen der Stadtplanung. Dabei wurde mehrmals betont, dass Gender Mainstreaming nur mithilfe ernsthafter politischer Unterstützung effizient umgesetzt werden kann. Innerhalb der Verwaltung ist es von besonderer Bedeutung, alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit dem Konzept des Gender Mainstreaming vertraut zu machen. Allgemein werden laufende Kommunikation und Vernetzung als kritische Erfolgsfaktoren gesehen.

Der Workshop schloss mit einem gemeinsamen Brainstorming zur Entwicklung von Visionen sowie der Feststellung, dass der kontinuierliche Austausch von Meinungen und Erfahrungen zwischen Stadtplanerinnen und Stadtplanern auf internationaler Ebene hinkünftig einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung innovativer Projekte leisten wird.

Abstract

„Gender Mainstreaming in Urban and Traffic Planning“ was the title of an international workshop in Vienna in December 2001. Its participants came from Germany, Great Britain, Croatia, Switzerland and Austria.

In his opening speech, the Viennese Executive City Councillor for Urban Development, Traffic and Transport, Rudolf Schicker, emphasised the importance of gender mainstreaming for modern urban and traffic planning. Vienna´s planning departments are committed to the principle of gender mainstreaming and incorporate this principle into all future activities at both the city and district levels. The workshop participants reported on a number of gender mainstreaming projects concerning urban planning in a broad sense and conducted at different administrative levels. It was emphasised that gender mainstreaming can only function efficiently when backed by genuine political support. In the field of administration, a key aspect lies in familiarising all decision-makers with this concept. Dialogue and networking constitute essential prerequisites for the success of gender mainstreaming.

The workshop concluded with a creative brainstorming session to develop visions in a gender mainstreaming context. In the future, continuous exchange of opinions and experiences between urban planners on an international level will definitely provide an important contribution towards implementing innovative projects.

STADTENTWICKLUNG UND GENDER MAINSTREAMING

Shams Asadi

Wie kann Gender Mainstreaming im Bereich der Stadtentwicklungsplanung einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten?

Es ist eine Tatsache, dass in keinem Bereich des gesellschaftlichen Lebens Geschlechtsneutralität besteht. Frauen und Männer haben eine unterschiedliche Ausgangslage im Leben und bereits vom Kleinkindalter an entwickeln sie sich unterschiedlich. Daher ist auch ihre Betroffenheit von gesellschaftlichen und politischen Prozessen unterschiedlich. Mit Gender Mainstreaming wird diesen Unterschieden zum ersten Mal Rechnung getragen und die Frage gestellt, was zu tun ist, um der manifesten wie auch latenten Ungleichheit in der Gesellschaft zu begegnen.

Nach den Vorstellungen des Europarates sollte „eine Strategie ausgearbeitet werden, um die Interessen und Erfahrungen von Frauen ebenso wie die von Männern zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Planung, Umsetzung, Beobachtung und Evaluation der politischen Strategien und Programme in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphären zu machen, sodass Frauen und Männer gleichermaßen profitieren und Ungleichheiten nicht fortgeschrieben werden. Das oberste Ziel ist es, Gleichheit im Geschlechterverhältnis herzustellen“.¹

Historische Entwicklung des Begriffs Gender Mainstreaming

Die zunehmende Bedeutung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft führte in den 80er-Jahren (Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi) zur Forderung nach Einbeziehung

der Frauenperspektive in alle politische Ebenen. Zwar wurde der Begriff Gender Mainstreaming bereits in den 60er-Jahren in der Literatur verwendet, aber erst mit der Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking erhielt er seine internationale Bekanntheit.

Auch die Europäische Kommission hat sich die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der EU-Politik zur Aufgabe gemacht. So hat Gender Mainstreaming als „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“ zur Entwicklung mehrerer Sonderprogramme für die allgemeine EU-Politik² geführt. Und seit dem Anfang der 90er-Jahre ist die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt einer der wesentlichen Schwerpunkte der Europäischen Kommission. Der Vertrag von Amsterdam (1998) legte schließlich den rechtlichen Rahmen des Gender Mainstreaming als horizontales Ziel für alle Gemeinschaftsaufgaben in der EU fest. Mit dem EU-Beitritt 1995 übernahm auch Österreich diese gemeinsamen Zielsetzungen.

Politische Entwicklung von Gender Mainstreaming in Wien

Der Begriff „Gender Mainstreaming in der Planung“ wurde in Wien zum ersten Mal im Rahmen der Diskussionen über den Strategieplan für Wien (1999/2000)

¹ Definition des Economic and Social Council, Europarat 1997;

www.humanrights.coe.int/equality

² 1996 erscheint die Mitteilung der Europäischen Kommission zur „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“. Darin wird explizit für die EU-Politik definiert, dass Bemühungen um Chancengleichheit nicht auf Sonderprogramme zu beschränken sind, sondern „ausdrücklich in sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen sind“. Quelle:

www.gendermainstreaming.net/GM/Geschichte

erwähnt. In diesem Plan setzte sich die Stadt Wien das ehrgeizige Ziel, Gender Mainstreaming mithilfe einzelner Strategischer Projekte umzusetzen. Den Forderungen des Europarates entsprechend hat Gender Mainstreaming als strategisches Handlungsmuster zum Ziel, für Frauen und Männer gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Gleichstellungsspezifische Interessen sind daher in die Planungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse kommunaler Handlungsfelder zu integrieren.³ Zu den strategischen Projekten, die inzwischen realisiert wurden, zählt z. B. die geschlechtssensible Freiraumgestaltung im 5. Wiener Gemeindebezirk.⁴

Seit April 2001 hat die neue Stadtregierung die Verankerung von „Gender Mainstreaming - Gleiche Chancen und Rechte in der Gesellschaft für Frauen und Männer“ in allen Bereichen des Wiener Regierungsprogramms (Titel: „100 Projekte für Wien“) zum Ziel erklärt. Aber auch im Bereich der Kommunalpolitik sind neue Tendenzen zu beobachten: So fanden beispielsweise Mediengespräche der StadträtInnen sowie Veranstaltungen statt, die als Signale für mehr Offenheit gegenüber dem Thema Gleichstellung gesehen werden können.⁵

Es werden auch Forderung von Teilen der Politik zur geschlechtsspezifischen Ausrichtung bisher singulär entwickelter Strategien erhoben. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gender Mainstreaming bedarf es allerdings eines „bahnbrechenden“, umfassenden Maßnahmenbündels: einerseits Bewusstseins-

bildung, Schulung bzw. Anwendung von Routineverfahren (Gender Impact Assessment und die Gleichstellungsprüfung bzw. ein Gender Proofing), andererseits entsprechende Gesetzgebung und Politik in jedem Bereich und auf jeder Ebene.⁶

Stadtentwicklungsplanung und Gender Mainstreaming

Stadtentwicklungsplanung ist - darüber besteht trotz fehlender allgemeinverbindlicher Definition weit gehender Konsens - ein übergreifender, multi-sektoraler, sämtliche kommunalen Aufgabengebiete umfassender Planungsansatz.

Seit den späten 60er- und früheren 70er-Jahren erfuhre Stadtentwicklungsplanung als Gesamtplanung als Reaktion auf immer neue Anforderungen eine Vielzahl von Veränderungen - sowohl in inhaltlicher als auch in konzeptioneller Hinsicht. Als Konsequenz ihres umfassenden Ansatzes wäre es nur logisch, wenn Stadtentwicklungsplanung auch das Thema Gender Mainstreaming aufgreifen würde. Der erste Stadtentwicklungsplan (STEP) von Wien aus dem Jahr 1984, aber auch der von 1994, spiegelte wohl eine Reihe von Veränderungen der Gesellschaft wider (wie etwa den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, das sich neu formierende Europa und das leichte Bevölkerungswachstum), jedoch wurde Gender Mainstreaming weder in Wien noch in einer anderen europäischen Stadt berücksichtigt.

Mit dem neuen STEP 2004/2005 soll dieses Defizit jedoch behoben werden. Die Strategie des Gender Mainstreaming soll Bestandteil aller stadtentwicklungspolitischen Entscheidungsprozesse werden.

³ „Gender Mainstreaming in der Planung“, Strategieplan für Wien, Strategische Projekte, Wien 2000.

⁴ Siehe dazu Beiträge von U. Bauer & E. Kail in diesem Werkstattbericht.

⁵ Mediengespräch „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung“ am 5. 9. 2001; Mag. Brauner, Dipl.-Ing. Schicker; sowie: „Gender Mainstreaming“ auf Bezirksebene - Rathauskorrespondenz, Blatt 3383/ 22. August 2002, Mag. Brauner, Dipl.-Ing. Schicker.

⁶ 4 Schritte sollen ab sofort den methodischen Rahmen für Gender Mainstreaming verbessern: Bewusstseinsbildung, Schulung, Routineverfahren (Gender Impact Assessment) und die Gleichstellungsprüfung (Gender Proofing) (1998 Vertrag von Amsterdam).

Um alle Projekte und Vorhaben schon während ihrer Entstehung auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu untersuchen, werden Maßnahmen und Entscheidungen anhand einer Checkliste überprüft, ob sie auch gleichstellungsorientiert sind. Zu jedem Thema werden zahlreiche Fragen gestellt⁷: Wen betrifft die Entscheidung? Wer ist die (direkte oder indirekte) Zielgruppe dieser Politik, des Projektes? Bestehen Unterschiede zwischen Männern und Frauen bezüglich der Rechte, Ressourcen und Positionen?

Zur Realisierung dieser Strategie sollen im neuen STEP folgende Arbeitsansätze verankert werden:

- Im Rahmen der Bearbeitung des neuen STEPs wurden bereits ressortübergreifende Arbeitskreise zur Aufstellung umfassender und langfristig orientierter Zielsysteme eingerichtet. Gender Mainstreaming soll hier als Aufgabenschwerpunkt und Grundsatz eine maßgebliche Rolle spielen.

- Ein Beirat mit VertreterInnen aus dem Ressort der Stadtplanung soll alle Arbeitskreise während der gesamten Bearbeitungszeit begleiten und im Hinblick auf die Berücksichtigung der Gender-Mainstreaming-Prinzipien überprüfen.

- Fallweise werden externe ExpertInnen eine beratende Rolle übernehmen.

- Augenmerk wird dabei auch auf geschlechtsspezifische Datenbeschaffung gelegt.

- Eine ausgewogene Anzahl magistrats-interner und -externer Expertinnen und Experten sollen an der Erstellung des STEPs mitarbeiten.

- Bei Diskussionsrunden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit soll durch Kinderbetreuungsangebote eine ausgewogene Teilnahme beider Geschlechter erleichtert werden und schließlich:

- Durch spezielle Moderationsmethoden sollen beide Geschlechter einen aktiven Beitrag leisten können, d. h. auch *leisere* TeilnehmerInnen sollen gehört werden.

Ziel ist es, die Prinzipien des Gender Mainstreaming in der gesamten Struktur des neuen STEP, in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in den Ergebnissen und Produkten der Arbeitskreise sowie im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit deutlich werden zu lassen. Beflügelt durch die bisher positiven Erfahrungen im STEP 2004/005 muss das nächste logische Ziel die Implementierung der Gender-Mainstreaming-Prinzipien in allen anderen Planungsinstrumenten (z. B. Bauordnung für Wien und Flächenwidmungs- und Bebauungspläne) sein.

Dipl.-Ing. Shams Asadi, Stadtplanerin, Mitarbeiterin der MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien.

⁷ Nach der SMART Methode aus den Niederlanden.

Zusammenfassung**Stadtentwicklungsplanung und Gender Mainstreaming**

In diesem Artikel wird nach einer kurzen Definition von „Gender Mainstreaming“ die historische Entwicklung dieses Begriffs allgemein sowie die spezifische Umsetzung in der politischen Landschaft Wiens beschrieben. Weiters werden die dem Stadtentwicklungsplan Wien 2004/2005 zu Grunde liegenden Prinzipien im Zusammenhang mit Gender Mainstreaming näher erläutert.

Abstract**Urban Development Planning & Gender Mainstreaming**

Besides a short definition of the term “Gender Mainstreaming”, its historical development in Europe as well as in Vienna, laying down the fundamentals for Gender Mainstreaming within the framework of the Viennese Urban Development Plan (STEP) 2004/2005 is the main theme of this article.

GENDER MAINSTREAMING: ZWEI SCHRITTE NACH VORNE – UND KEINER ZURÜCK!

Ursula Bauer

Die Anforderungen von Frauen und die Bedingungen, unter denen sie sich den öffentlichen Raum, aber auch die eigenen vier Wände selbstbewusster und mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie Männer aneignen können, werden von Fachfrauen aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Regionalplanung und Geografie seit den 70er-Jahren thematisiert.

Frauenanliegen sind zweifelsohne zum Thema in der räumlichen Forschung und Planung geworden, und es gehört zum guten Ton, sich damit zu beschäftigen.

In den Bereichen Sicherheit, Wohnen und Verkehr ging es zunächst einmal darum, Mängel in der aktuellen Planung aufzuzeigen und Veränderungsvorschläge auf planerischer Ebene anzubieten. In der Folge haben viele europäische Städte in ihre Stadtentwicklungspläne eigene Beiträge zum Thema „Frauengerechte Stadtplanung“ aufgenommen. Zahlreiche Modellprojekte in den Bereichen Wohnbau, Verkehr, Sicherheit und Parkgestaltung wurden so realisiert.

Auch in Österreich existiert mittlerweile kaum eine Landeshauptstadt, die nicht bereits eine Diskussion oder ein Symposium zum Thema „frauenfreundliche“ Stadtplanung bzw. zu speziellen Subthemen organisiert hat.

Positiv an dieser Entwicklung ist, dass konkrete Forderungen erfüllt und oft kurzfristig realisierbare Verbesserungen für Frauen zur Bewältigung des Alltags durchgeführt wurden. Ungeachtet dessen, dass die Abdeckung der *praktischen* geschlechtsspezifischen Bedürfnisse eine absolute Notwendigkeit darstellt, kann es aber keineswegs bei einzelnen Maßnahmen, wie etwa einer besseren

Beleuchtung, dem Entfernen von ein paar Büschen, ein paar abgeschrägten Gehsteigkanten und der streckenweise Einbeziehung einer Variablen „Geschlecht“ bei empirischen Studien bleiben. Schon allein deshalb, da es sich hierbei lediglich um Einzelmaßnahmen handelt, die je nach politischem Verständnis und Vorhandensein finanzieller Mittel umgesetzt werden, aber eben auch jederzeit wieder verschwinden können.

Eine durchgängige, genderspezifische Betrachtungsweise fehlt jedoch

Um eine tatsächliche Änderung im Alltagsbewusstsein und bei grundlegenden Entscheidungen zu erreichen, wird es ohne Abkehr von traditionellen Geschlechterrollen, kurz einer Änderung des gesellschaftlichen Mainstreams, nicht gehen.

Ein neuer Impuls und eine wichtige Ergänzung könnte von der neuen Gender-Mainstreaming-Strategie ausgehen, die sich am ehesten mit „Querschnittsorientierte Frauen- und Gleichstellungspolitik“ übersetzen lässt.

Neu daran ist, dass nicht nur der Aspekt der „Gleichstellung von Männern und Frauen“ von vornherein in alle Handlungsfelder und Maßnahmen von Politik, Gesetzgebung und Verwaltung einzubeziehen ist, der Begriff „Gleichstellung“ wird zudem auch umfassender interpretiert: Erstmals werden auch explizit Männer in die Überlegungen miteinbezogen und aufgefordert, sich aktiv an der Umsetzung von Gleichstellungsanliegen zu beteiligen. Bei der Darstellung und Bewertung der Lebenssituationen werden darüber hinaus Frauen und Männer nicht mehr als homogene Gruppe gesehen, sondern es sollen die jeweiligen sozialen, ethnischen,

altersmäßigen u. a. Unterschiede Berücksichtigung finden.

Zur erfolgreichen Umsetzung dieses an sich viel versprechenden Konzepts bedarf es allerdings einiger grundlegender Voraussetzungen, die in der Folge kurz dargestellt werden.

Politischer Wille

Die Erfahrung zeigt, dass es ganz entscheidend ist, Gender Mainstreaming als „Top-down-Strategie“ anzugehen. Ein klares Bekenntnis von Politik und Verwaltungsspitze stellt die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung dar.

Als ein erster wesentlicher Schritt in diese Richtung kann – nach Vorarbeiten der LandesfrauenreferentInnenkonferenz – der Beschluss der Landeshauptleutekonferenz am 12. Juni dieses Jahres angesehen werden, wonach sich die Landeshauptleute zu Gender Mainstreaming als Methode in der Politik und der Verwaltung der Länder bekennen.

Speziell auf Wiener Landesebene gibt es bereits seit einigen Jahren ein klares politisches Bekenntnis zur querschnittsorientierten Frauen- und Gleichstellungspolitik, das sich in einer Reihe von ganz konkreten Projekten niederschlägt. Denn – wie es Frauenstadträtin Renate Brauner programmatisch vorgibt – „Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik des Alltags“ und diese ist nur möglich, wenn den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsweisen von Frauen und Männern entsprechend Rechnung getragen wird. Dieses politische Bekenntnis spiegelt sich in der Verwaltung insofern wider, als in der Geschäftseinteilung für den Magistrat seit 2001 „Gender Mainstreaming“ verankert ist – koordinierende Stelle ist das Frauenbüro der Stadt Wien. Darüber hinaus wird der Gender-Aspekt ebenso in anderen Bereichen der Stadtverwaltung berücksichtigt, etwa im Planungs-, Gesundheits-

und Kulturbereich, aber auch bei den von der Stadt Wien dotierten Fonds, wie dem Wiener Integrationsfonds (WIF) und dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF), der Gender Mainstreaming in seiner Geschäftsordnung explizit anführt.

Seit Sommer 2002 wird Gender Mainstreaming auch auf der Ebene der Wiener Gemeindebezirke umgesetzt. So haben die Bezirksvertretungen des 5. und 6. Bezirkes beschlossen, künftig alle neuen Projekte in den Bezirken auch unter den Aspekten der Gendergerechtigkeit bzw. der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu beurteilen.

Datengrundlagen

Ausgangspunkt der neuen Strategie ist die Erkenntnis, dass sich die Lebenssituationen von Frauen und Männern in vielen Bereichen grundlegend voneinander unterscheiden, die Ausgangslage daher jeweils eine andere ist und sich zwangsläufig somit auch Maßnahmen jeglicher Art auf die Lebensbereiche und Lebensführung von Männern und Frauen unterschiedlich auswirken.

Um Chancengleichheit und Gleichstellung zu erreichen, müssen daher zuerst diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sichtbar gemacht werden.

In dem im Jahr 2000 erarbeiteten Strategieplan der Stadt Wien wurde im Teil „Strategische Projekte – Gender Mainstreaming im Planungsbereich“ festgehalten, dass als wesentliche Voraussetzung zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für alle BürgerInnen geschlechtsspezifische Daten zum Leben in Wien, bezogen auf alle kommunalen Aufgaben und Handlungsfelder, erfasst und ausgewertet werden müssen. Das Statistische Amt der Stadt Wien hat seine Bereitschaft bekundet, bei Auswertungen und Statistiken künftig alle relevanten Daten unter einer geschlechtssensiblen Perspektive zu erstellen.

Umfassende Sachkenntnis über die Geschlechterverhältnisse auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung

Das Erkennen der Unterschiede im Geschlechterverhältnis bedarf jedoch nicht nur der entsprechenden Daten, sondern auch des zur Bewertung und Aufbereitung dieser Daten erforderlichen Fachwissens.

Im Rahmen kontinuierlicher und problembezogener Strukturanalysen sind daher in allen Bereichen nicht nur Daten für Männer und Frauen gesondert zu erheben, sondern müssen die geschlechtsspezifischen Problemlagen sowie die daraus resultierenden Handlungserfordernisse aufbereitet werden. Nur ausreichend differenzierte und umfassende Analysen bieten die Grundlagen für Entscheidungen, welche Ungleichbehandlungen, durchaus auch zu Lasten von Männern, künftig vermeiden.

Da die erforderliche geschlechtsspezifische Sachkenntnis derzeit oft nur in Frauenbüros bzw. Gleichstellungsstellen vorhanden ist, ist ein gezielter Wissens- und Informationstransfer aus diesen „Nischen“ auf alle entscheidungsmaßgeblichen Ebenen von Politik und Verwaltung erforderlich. Möglich ist dies einerseits durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien und Entwicklung von Leitfäden, andererseits durch Fortbildungsveranstaltungen, in denen neben der Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Unterschiede auch Methoden und Instrumente von Gender Mainstreaming vermittelt werden. Denn langfristiges Ziel ist, *„alle ..., die an politischen Konzepten und Maßnahmen mitwirken, in die Lage zu versetzen, die gleichstellungsrelevanten Aspekte ihres jeweiligen Politik- und Tätigkeitsfeldes zu erkennen und in ihr praktisches Handeln einzubeziehen“* (zit. Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt, o. J., S. 17).

In Wien hat die Verwaltungsakademie heuer begonnen, Gender Mainstreaming in die Schulungs- und Weiterbildungsmaß-

nahmen einzubeziehen. Da es sich um eine „Top-down-Strategie“ handelt und somit zunächst einmal Führungskräfte die primären AnsprechpartnerInnen sind, wurde ein Einführungsseminar für Führungskräfte und Personalverantwortliche angeboten. Darüber hinaus wird das Thema im Rahmen der Führungskräftenachwuchsausbildung und der Managementlehrgänge für Führungskräfte behandelt. Durch diese Schulungen erfolgt nahezu flächendeckend die Information und Sensibilisierung der gesamten Abteilungsleitungsebene sowie der künftigen Führungskräfte des Wiener Magistrates.

Geschlechterbewusste Budgetierung

Eines der wirkungsvollsten Instrumente und somit einen der wichtigsten Bestandteile der Gender-Mainstreaming-Strategie stellt die geschlechterbewusste Budgetierung dar. Grundlage dafür bilden geschlechterbewusste Analysen, die Aufschluss darüber geben, wie die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Männer und Frauen verteilt sind. Darauf aufbauend hat eine Neubewertung und erforderlichenfalls auch eine Umwidmung vorhandener Mittel unter Berücksichtigung des Gender-Aspektes zu erfolgen. Ziel sind geschlechtergerechte Budgets, die die spezifischen Auswirkungen auf Männer und Frauen von vornherein und als Selbstverständlichkeit berücksichtigen.

Spezifische Frauenförderungs- bzw. Gleichstellungspolitik

Eine weitere, ganz zentrale Voraussetzung für die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist eine aktive Frauenförderungs- bzw. Gleichstellungspolitik. Gender Mainstreaming und Frauenförderung sind als Komplementärstrategien zu sehen. Denn so, wie sich die gesellschaftspolitische Situation aktuell darstellt, kann Gender Mainstreaming spezielle Maßnahmen der frauenspezifischen Gleichstellungspolitik gegenwärtig

ergänzen, diese aber nicht ersetzen. Darüber hinaus droht die Gefahr, dass Frauenpolitik, wenn sie im Sinne der Gender-Mainstreaming-Strategie als Teil des „normalen“ Alltags und sehr allgemein „auf allen Ebenen“ von Politik und Verwaltung wahrgenommen werden soll, rasch unter die Räder kommt. Das stellt auch die Europäische Union klar¹.

Die Vorgangsweise der Stadt Wien kann hier im europäischen Vergleich durchaus als vorbildhaft gelten, da seit Beginn der institutionellen Verankerung von Frauenanliegen eine Doppelstrategie verfolgt wird.

Mit dem im Jahr 1992 eingerichteten Frauenbüro der Stadt Wien wurde eine zentrale Stelle für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten geschaffen. Es folgte 1996 die Bestellung der fünf weisungsfreien Gleichbehandlungsbeauftragten für die Fragen der innerbetrieblichen Frauenförderung im Wiener Magistrat, im Jahr 1998 die Leitstelle für „Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen“ in der Baudirektion und im Jahr 1999 die Ernennung einer Wiener Frauengesundheitsbeauftragten sowie die Installierung einer Frauenservicestelle im Wiener Wirtschaftsförderungsfonds. All diese Stellen bilden einen ersten Schritt dahin, dass in allen wesentlichen Aufgabenbereichen der Stadt Wien Frauen- und Gleichstellungsanliegen wahrgenommen werden.

Zum anderen wurde neben dieser wichtigen frauenspezifischen Lobbyarbeit und Gleichbehandlungspolitik im traditionellen Sinn von Anfang an auf Vernetzungsarbeit und ressortübergreifende Kooperation mit den jeweiligen Fachdienststellen gesetzt. Dies umfasst Konsultationen des Frauenbüros beziehungsweise der Leitstelle „Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen“ zu diversen kommunalen Projekten bis hin zur Durchführung gemeinsamer Projekte etwa mit der MA 18-Stadtentwicklung, der MA 13-Außerschulische Jugendbetreuung, dem Verein WienXtra oder der Magistratsdirektion - Verwaltungsakademie.

In Zukunft wird verstärkt daran gearbeitet werden, geschlechtsbezogene Sichtweisen von vornherein in alle Handlungsfelder von Politik und Verwaltung einzubeziehen, denn die Umsetzung von Fraueninteressen kann nicht von einer Abteilung alleine vollständig abgedeckt werden. Vielmehr muss es Ziel sein, Frauen- und Gleichstellungspolitik zu einer tatsächlichen Querschnittsaufgabe sowohl innerhalb der Verwaltung als auch im Service für die BürgerInnen zu machen. Der spezielle Beitrag der Frauenabteilung besteht darin, Impulse zu geben, sich einzubringen, Koordinationsarbeit zu leisten und dort, wo erforderlich, Unterstützung und Know-how anzubieten.

Mag^a. Ursula Bauer, Geographin und seit 1992 in der Magistratsabteilung 57 – Frauenbüro der Stadt Wien tätig, seit 1999 stellvertretende Abteilungsleiterin; dazu kommen Lehrtätigkeiten an den Universitäten Klagenfurt und Wien zum Thema *Frauen und Planung*.

¹ „Das Mainstreaming-Prinzip darf auf der anderen Seite aber nicht als Rechtfertigung für die Abschaffung spezieller Gleichberechtigungsmaßnahmen benutzt werden. ... Zusätzlich dazu, dass die Gleichberechtigung als fester Bestandteil in alle politischen Maßnahmen eingebunden wird, brauchen wir dennoch weiterhin spezielle Gleichberechtigungsmaßnahmen, Gleichberechtigungsreferate, -beauftragte und Geldmittel. Nur so können wir auch tatsächlich die Umsetzung des Mainstreamingprinzips sichern.“ (Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung 1997, S. 20).

Zusammenfassung:

In den vergangenen 30 Jahren sind Frauenanliegen zweifelsohne zum Thema in den städtischen Verwaltungen geworden. Viele österreichische Städte, allen voran Wien, haben in ihren Stadtentwicklungsplänen eigene Beiträge zum Thema „Frauengerechte Stadtplanung“ integriert. Es wurden Modellprojekte im Bereich Wohnbau, Verkehr und Sicherheit durchgeführt, sowie Leitfäden für eine verstärkte Einbeziehung der Anliegen von Frauen entwickelt. Es muss aber festgehalten werden, dass diese Bemühungen und Erfolge die Lebensbedingungen von Frauen zwar in vielen Bereichen verbessert haben, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Situation konnte aber immer noch nicht erreicht werden. Unter bestimmten Voraussetzungen bietet die Gender-Mainstreaming-Strategie eine neue, komplementäre Herangehensweise.

Auf einen Punkt gebracht: Bezogen auf die aktuelle gesellschaftspolitische Lage erscheint die Doppelstrategie - einerseits Präventionsarbeit durch Gender Mainstreaming, andererseits weiterhin nachträgliche „Reparaturarbeit“ durch spezifische Frauenförderungsmaßnahmen - am ehesten geeignet, aktive und wirksame Gleichstellungspolitik zu betreiben.

Abstract

In the past 30 years women's concerns became more and more important for urban administrations. Many Austrian towns and cities, especially Vienna, have integrated special articles about women-sensitive urban planning in their concepts of urban planning. Different pilot schemes in the area of residential building, traffic and safety have been introduced. Manuals to enhance the integration of women's interests have been designed. It has to be said, that these efforts were successful in certain areas, but didn't change the societal situation of women in general so far. Under specific conditions the strategy of Gender Mainstreaming offers a new complementary approach.

In short: According to the current socio-political situation a dual strategy seems to be the best way to run an active and effective policy of gender equality: prevention through Gender Mainstreaming and belated repair activity with specific promotional measures for women.

VOM MALESTREAM ZUM GENDER MAINSTREAM – EINE PLANUNGSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Eva Kail

Frauengerechte Planung als „Nukleus“ von Gender Mainstreaming

Frauengerechte Planung ist in Europa seit mindestens 20 Jahren Thema. Dennoch blieben die Ergebnisse in vielen Bereichen rudimentär. Oft wurde diese „practice“ unter schwierigen Rahmenbedingungen realisiert, weshalb sie kaum als „best practice“ zu bezeichnen war.

In Wien werden die Interessenlagen von Frauen im Planungsbereich seit elf Jahren thematisiert. Von 1992 bis 1997 leitete ich das damals neu gegründete, interdisziplinär zusammengesetzte Frauenbüro der Stadt Wien und setzte auch einen thematischen Planungsschwerpunkt. Mit Juni 1998 wurde nach meiner Karenz die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen geschaffen, quasi als „spin off“ des Frauenbüros.

Die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

Die Bezeichnung der Stelle ist auch Programm. Ziel ist es, die aus mehreren Modellprojekten, aus der laufenden Begutachtung von Magistratsvorhaben sowie bei der Mitwirkung von Projekten in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen gewonnenen inhaltlichen Kriterien und erprobten Vorgangsweisen zu einem Teil des „Verwaltungsalltags“ zu machen.

Die strategische Ansiedlung der Leitstelle in der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion (als Koordinationsstelle aller Technischen Dienststellen) unterscheidet Wien von anderen europäischen Städten, wo frauenspezifische Planungsinteressen durch Gleichbehandlungsbeauftragte oder eine einzelne Planungssachbearbeiterin oft

zusätzlich zu anderen Aufgabenbereichen wahrgenommen werden.

„Frauen-Werk-Stadt“

Mit dem Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt“ wurde im Zuge der Stadterweiterung im 21. Wiener Gemeindebezirk das europaweit größte von Frauen nach Kriterien des frauengerechten Wohnbaus geplante Bauvorhaben realisiert, das mit 360 Wohnungen auch eine städtebaulich relevante Dimension erreichte.

1995 führte das Frauenbüro der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der zuständigen Flächenwidmungsabteilung einen geladenen Wettbewerb durch. Den Zuschlag für das städtebauliche Leitprojekt erhielt Franziska Ullmann, die zusammen mit den Architektinnen Gisela Podreka, Elsa Prochazka, Liselotte Peretti mit der Realisierung beauftragt wurde. 1997/98 bezogen rund 1.000 Menschen diese Nachbarschaft. Neben einem guten Gebrauchswert wurde auch eine hohe ästhetische Qualität erreicht. Im Zuge einer MieterInnenbefragung wurde eine hohe Wohnzufriedenheit bestätigt.

Das Projekt „Frauen-Werk-Stadt“ war auch aus unternehmerischer Sicht erfolgreich. Es konnte gut vermarktet werden und hat sehr hohe Publizität erreicht. Bemerkenswert bei den Anrainern und Wohnungsuchenden war eine positive Erwartungshaltung, gerade weil es von Architektinnen geplant wurde.

Die „Frauen-Werk-Stadt“ hatte von Anfang an eine wichtige Katalysatorfunktion. Ab den ersten Überlegungen wurden je ein oder zwei Fachfrauen auch zu anderen städtebaulichen Gutachterverfahren einge-

laden und konnten in der Folge auch einige davon für sich entscheiden. In weiterer Folge wurde das Frauenbüro auch vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) zu den städtebaulichen Koordinationssitzungen beigezogen.

Laufende Begutachtung von Wohnbauvorhaben

Der derzeitige Wohnbaustadtrat führte den Qualitätswettbewerb um öffentliche Mittel ein. Neue Vergabeverfahren wurden etabliert: Bauträgerwettbewerbe für größere, mehrere Parzellen umfassende Vorhaben und der Grundstücksbeirat für Einzelvorhaben, die magistratsintern vorbegutachtet werden. In beiden Gremien ist bei der Abwägung der Projekte die Kostenbelastung für die NutzerInnen der Qualität im planerischen und ökologischen Bereich gleichwertig.

Das Frauenbüro (in der Folge die Leitstelle) wurde vom WBSF von Anfang an eingebunden, die Expertise und das Bemühen um Qualitätskontrolle damit anerkannt. In Wien werden somit sämtliche Wohnbauvorhaben, die öffentliche Gelder beanspruchen wollen, auf ihre Alltags-tauglichkeit und die Berücksichtigung der Kriterien eines frauengerechten Wohnbaues hin beurteilt. Neben der Berücksichtigung der Anforderungen für Haus- und Familienarbeit und dem Sicherheitsaspekt wird auch beurteilt, wie weit durch bauliche Angebote und die Beschaffenheit von Erschließung und Freiflächen ein nachbarschaftliches Wohnen unterstützt bzw. erschwert wird.

Es wurden auch schon Projekte im Grundstücksbeirat zurückgewiesen bzw. zur Überarbeitung aufgefordert, die Protokolle der Vorbegutachtung werden an die Bauträger verschickt. Das hat dazu geführt, dass sich die Bauträger oft schon im Vorfeld an die Leitstelle wenden, um ihre Projekte mit uns abzuklären.

Frauen-Werk-Stadt 2

Aufbauend auf diesen Erfahrungen folgte im Jahr 2000 ein Projekt im dicht bebauten Gebiet im 10. Wiener Gemeindebezirk mit gründerzeitlicher Rasterstruktur. Gemeinsam mit dem Wiener Bodenbereitstellungsfonds wurde ein Bauträgerauswahlverfahren durchgeführt. Sowohl bei der Ausschreibung, der Vorprüfung als auch in der Jurydiskussion wurde ein stärkeres Augenmerk als bisher auf die Berücksichtigung von Haus- und Familienarbeit und nachbarschaftliches Wohnen gelegt.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wurde eine hohe Planungsqualität geboten. Bemerkenswert dabei war auch die Bereitschaft der Bauträger, auf Nutzfläche zu verzichten, um die städtebauliche Qualität der vorgegebenen Blockrandbebauung zu erhöhen. Die Beiträge weisen eine Fülle von innovativen Details auch für sonst oft stiefmütterlich behandelte Bereiche wie Freiflächen, Erschließung und Hausnebenräume auf. Bemerkenswert sind auch die verschiedenen Ansätze zum Thema „Servicewohnen“.

Der Themenschwerpunkt „Betreutes Wohnen“ soll der Vereinsamung im Alter vorbeugen und die familiäre Pflegearbeit erleichtern (im Alter ist der Anteil von allein stehenden Frauen deutlich höher und die Betreuung und Pflege von älteren Angehörigen wird zum überwiegenden Anteil von Frauen geleistet). Gerade das SiegerInnenprojekt der Gesiba (ArchitektInnen: Christine Zwingl und die Bürogemeinschaft Ifsits – Ganahl – Larch) weist eine Vielfalt an Wohnformen und Gemeinschaftseinrichtungen auf. Das Projekt mit 136 Wohnungen steht vor Baubeginn.

Das sehr hohe Niveau dieses Verfahrens legt die Latte für andere, um Wohnbauförderung eingereichte Projekte hoch. Insgesamt bestätigt der Wettbewerb den Stellenwert des Themas „alltags- und

frauengerechter Wohnbau“ für die Qualitätssicherung und -entwicklung im Wohnbau.

Geschlechtssensible Parkgestaltung

In der für das Frauenbüro 1996/97 erstellten Studie „Verspielte Chancen? - Mädchen in den öffentliche Raum!“ stellten die Sozialwissenschaftlerinnen Edith Schlaffer und Cheryl Benard fest, dass Mädchen bezüglich ihrer Raumeignung deutlich zurückhaltender sind als Buben. Die Mädchen ziehen sich etwa ab dem 10. bis 13. Lebensjahr fast gänzlich aus den Parkanlagen und öffentlichen Spielflächen zurück. Dies hat deutliche Auswirkungen auf ihr Selbst- und Körperbewusstsein. Der Tatsache, dass Mädchen unterschiedliche Spiel-, Sport und Beschäftigungsinteressen haben und daher andere Anforderungen an die Spielplatzgestaltungen stellen, wurde bisher von der Planung kaum Rechnung getragen. Mit dieser viel beachteten Studie wurde politisches Problembewusstsein geschaffen. Die geschlechtssensible Gestaltung öffentlicher Parkanlagen ist europaweit ein neuer Ansatz, bisherige vergleichbare Projekte bezogen sich auf nicht öffentlich zugängliche, betreute Mädchenspielplätze.

Im Strategieplan für Wien wurde daher vom Büro der Frauenstadträtin das Strategische Projekt „Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen in den Wiener Bezirken“ eingebracht. Ziel ist es, in jedem Wiener Bezirk zumindest eine öffentliche Anlage in einer gut nutzbaren Größenordnung unter dem Aspekt einer geschlechtssensiblen Planung zu errichten bzw. dahin gehend zu erneuern. Die Leitstelle wurde mit der Federführung betraut.

Dies war Handlungsimpuls für mich, den vorgesehenen Umbau von zwei Parkanlagen im 5. Bezirk für eine geschlechtssensible Gestaltung zu nutzen. Der Einsiedlerplatz und der St.-Johann-Park wurden zwischen 1999 und 2002 im

Rahmen eines geladenen Wettbewerbs der Leitstelle in Zusammenarbeit mit dem Stadtgartenamt von jeweils drei Landschaftsplanerinnen geplant bzw. umgestaltet.

Im Rahmen von zwei Mitbestimmungsprojekten für Mädchen im Jahr 2000 wurden deren Bedürfnisse nach Kontakt, Bewegung und Rückzug aufbereitet. Die Parkanlage Odeongasse im 2. Bezirk steht vor Planungsbeginn, für die Freifläche am Donaukanal liegt ein ausschreibungsreifes Projekt vor. Derzeit ist aber die Finanzierung noch nicht gesichert.

Diese vier Projekte in kurzer Zeit lösten eine „produktive Unruhe“ im Stadtgartenamt und bei den freiberuflichen LandschaftsplanerInnen aus. Daraufhin wurde ein interdisziplinärer Arbeitskreis mit dem Stadtgartenamt, JugendpädagogInnen etc. gegründet, um zumindest verwaltungsintern Einvernehmen herzustellen. Ziel war es, die inhaltlichen Grundanliegen, die Erfahrungen aus den vier Projekten und die Erfahrungen der Parkbetreuung aus der gezielten Mädchen- und Bubenarbeit im Konsens zu einer vorläufigen Kriterienliste zusammenzufassen. Aus den geschlechtssensiblen Elementen sollen die „best practices“ herausgearbeitet werden – von der räumlichen Gesamtlösung bis zu den Ausstattungselementen. Im Arbeitskreis vereinbartes Ziel ist die Erstellung von verbindlichen Planungsempfehlungen, die künftig alle AuftragnehmerInnen des Stadtgartenamtes erhalten sollen.

Resümee

Diese zwei Aktivitätsfelder „Wohnen und Parks“ liefen zwar nicht unter dem Titel „Gender Mainstreaming“, aber nach meiner Einschätzung kommen sie entscheidenden Merkmalen von Gender-Mainstreaming-Prozessen nahe, was die Identifikation und systematische Berücksichtigung von Interessenlagen bei der geschlechtssensiblen Parkgestaltung sowie die konsequente Einbindung in Entscheidungs-

prozesse bei der Vergabe der Wohnbauförderung betrifft.

Die Verbreiterung des Anliegens der geschlechtssensiblen Parkgestaltung stellt einen fast idealtypischen Prozess dar: über die erste Studie zur politischen Strategie, von den Pilotprojekten und einer breiten Evaluierung zu allgemein gültigen Planungsrichtlinien (unter Einschluss des Elementes „Krise als Chance“).

Wir haben uns mit der Frauen-Werk-Stadt bewusst für ein großes Objekt entschieden statt eines kleinen, lieblichen Projektes, das „man(n)“ dann als Sonderfall in die Nische abstellen kann. Der Mainstream in Wien sind hohe, verdichtete Wohnbauprojekte. Damit war auch die Übertragbarkeit der Ergebnisse gegeben und der Schritt vom Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt“ hin zu einer Einflussnahme erreicht. Teil eines Entscheidungsfindungsprozesses zu sein, wo es um die Zuteilung nicht unbeträchtlicher finanzieller Ressourcen geht, hat sich als das wirksamste Lobbying für inhaltliche Anliegen erwiesen.

Gender Mainstreaming

Durch einen politischen Wechsel im Planungsressort haben wir seit 2001 zum ersten Mal einen Planungsstadtrat, der sich Gender Mainstreaming als einen inhaltlichen Schwerpunkt vorgenommen hat.

Masterplan Verkehr 2003

Derzeit wird ein Masterplan Verkehr ausgearbeitet, der auf dem Verkehrskonzept 1994 aufbaut. War die Erstellung des Verkehrskonzeptes 1994 eine fast ausschließlich männliche Angelegenheit, sind diesmal wesentlich mehr Frauen an der Erstellung beteiligt - sowohl in der Leitung der Arbeitskreise als auch als Expertinnen in den Arbeitskreisen.

Bereits in der EU-weiten Ausschreibung für die inhaltliche Bearbeitung und Prozess-

begleitung sowie die Öffentlichkeitsarbeit wurde die Anwendung von Gender Mainstreaming neben anderen Querschnittsthemen verlangt.

Der stringente Planungsansatz, die Erreichbarkeit von Zielen durch das Festlegen von Indikatoren überprüfbar zu machen und Maßnahmen zur Umsetzung auszuweisen, kommt prinzipiell der Implementierung von Gender Mainstreaming entgegen. Gerade im Verkehrsbereich sind differenzierte personenbezogene Daten zur Abbildung der Interessenlagen wichtig¹.

Jedenfalls ist Gender Mainstreaming Diskussionsgegenstand. Einerseits gibt es beträchtliche psychologische Barrieren, tatsächlich mit inhaltlicher Arbeit zu beginnen, andererseits sind die Mehrzahl der beteiligten Frauen und einige Männer für das Thema offen.

Gender-Mainstreaming-Musterbezirk

Die Bezirksebene bietet sich für eine systematische Erprobung des Gender Mainstreaming an, da sie jene Ebene kommunalpolitischen Handelns ist, wo Alltag am stärksten spürbar ist. Sie ist zudem jene Ebene, die bisher von der „Male-Stream“-Planung vernachlässigt war. Ein Vorteil ist auch die relative Überschaubarkeit und BürgerInnennähe. Die Bezirksvertretungen haben einen Schwerpunkt ihrer Kompetenz und Ressourcenverantwortlichkeit im öffentlichen Raum.

Auf Initiative des Planungsstadtrates und der Frauenstadträtin wurde die Leitstelle mit einer Konzeptentwicklung für einen „Gender-Musterbezirk“ beauftragt. Bei einer ersten Kontaktaufnahme mit den Bezirken wurde sehr großes Interesse festgestellt, 19 von 23 Bezirken haben sich gemeldet.

¹ Eine Mobilitätsstudie im Auftrag der Magistratsabteilung 18 ist in Fertigstellung, um die bisherigen Defizite zu reduzieren.

EDV-gestützt² wurden Bezirkskarten erarbeitet, die den Bezirken eine geschlechtssensible Entscheidungsfindung für Projekte und Vorhaben im öffentlichen Raum erleichtern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem „lokal gebundenen Verkehr“ - das sind jene Personen, die ihre Alltagswege v. a. im Grätzel zurücklegen, die umwegempfindlich und auf Querungshilfen angewiesen sind: Kleinkinder, Mütter und Väter, die Betreuungs- oder Versorgungsaufgaben nachkommen, (hoch)betagte Menschen, Personen im Rollstuhl oder solche mit anderen vorübergehenden oder dauernden körperlichen Behinderungen/ Beeinträchtigungen.

Die systematische Betrachtung für diesen lokal gebundenen Verkehr, quasi eine „Netzplanung“, war bisher von untergeordneter Bedeutung. Im zweiteiligen Kartenwerk sind jetzt erstmalig die „Netzqualität“ und die „Netzdefizite“ für jeden Bezirk einzeln dargestellt.

Aus dem Kartenteil „Netzdefizite“ wird ersichtlich, wo überall im öffentlichen Wegenetz Qualitätsmängel aus der Sicht der Zufußgehenden vorhanden sind: zu schmale Gehsteige, Beeinträchtigungen durch Gehsteig-Parker, FußgängerInnen-Unfallhäufungspunkte, fehlende Querungshilfen, schlechte Gehbeläge.

Die Kombination der Ziele des lokal gebundenen Verkehrs mit den ausgewiesenen Defiziten stellt eine wichtige Grundlage für die Prioritätensetzung bei der Mängelbehebung dar. Weiters sollen den Bezirken ein Handbuch mit Planungsempfehlungen und -richtlinien, ein „Lesebuch“ mit einführenden Texten zur geschlechtssensiblen Planung sowie die Beratungskapazität der Leitstelle zur Verfügung gestellt werden.

Gender-Mainstreaming-Pilotbezirk

Als Pilotprojekt sollen ein bis zwei Bezirke ausgewählt werden, wo Gender Mainstreaming als Prozess konsequent anzuwenden ist. Diese Pilotbezirke stellen ein „Labor“ dar, um für die Anwendung von Gender Mainstreaming analytische Schärfe, Kreativität und Prozessqualität zu entwickeln. Alle Dienststellen des Planungs- und Verkehrsressorts sind aufgerufen, für jede Maßnahme, die im Pilotbezirk während dieser Legislaturperiode gesetzt wird oder werden soll, geschlechtsspezifische Auswirkungen abzuschätzen und auszuweisen, welche unterschiedlichen Bedürfnislagen verschiedener Zielgruppen berührt werden. Dies hat in Abstimmung mit der Leitstelle zu erfolgen. Schulungen für alle MitarbeiterInnen der Planungs- und Verkehrsabteilungen, die im Bezirk tätig sind, sollen mit Unterstützung des Frauenbüros der Stadt Wien durchgeführt werden.

Im Pilotbezirk sollen zudem detailliertere Karten ausgearbeitet werden, die beispielsweise die Qualität des Bewegungs- und Aufenthaltsraumes für Fußgänger und Fußgängerinnen unterscheiden und Nutzungspotenziale durch Minimierung der Straßenquerschnitte für den fließenden und Parkverkehr im untergeordneten Netz ausweisen. Auch die Analyse des Bezirksbudgets im Sinne des „Genderbudgeting“ ist vorgesehen. Nutzungsprofile, typologische Vorschläge für konkrete Maßnahmen, Kostenschätzungen und Prioritätenreihung nach unterschiedlichen Schwerpunkten sollen als Entscheidungsgrundlagen für die politisch Verantwortlichen aufbereitet werden.

Dem Pilotbezirk wird ein flächendeckender Planungsprozess geboten, aber finanzieren muss er die Umsetzung selbst. Zentrale Budgetmittel des Planungsressorts sollen für die Absicherung der Prozessqualität,

² In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 14 – Allgemeine Datenverarbeitung.

die begleitende Projektevaluierung und Projektdokumentation sowie die Abdeckung von Mehrkosten für das „Qualitätsplus“ durch innovative Maßnahmen bereitgestellt werden.

Gender Mainstreaming im Planungsbereich - eine erste Zwischenbilanz

Gender Mainstreaming beinhaltet beträchtliche Risiken, eröffnet aber auch große Chancen. Ein großes psychologisches Hindernis liegt darin, dass sich auch Männer dieser Aufgabe annehmen müssen. Ihr Interesse hält sich bisher in Grenzen. Planung ist bis jetzt davon ausgegangen, dass sie weiß, was für alle Menschen gut ist. Es hat sich in den letzten Jahren so etwas wie eine paternalistische Haltung für „Sondergruppen“ wie Behinderte, alte Menschen, Kinder, ausländische MitbürgerInnen herausgebildet, dass man deren Bedürfnisse erfasst und sich dabei als guter Mensch gefühlt hat.

Frauen haben Männern vorgeworfen, Fraueninteressen aus ihrem Planungsblickwinkel nur unzureichend zu erfassen. Sie haben dies jedoch auf einer gleichen Ebene beansprucht, haben definitorische Macht und Umsetzungsansprüche gefordert und damit den paternalistischen Rahmen gesprengt. Gender Mainstreaming ist die Institutionalisierung dieses Prinzips der Gleichwertigkeit von Interessenlagen von Frauen und Männern. Dies erzeugt aber mentale Widerstände.

Besonders gefährlich ist der damit oft verbundene strukturelle Effekt, Frauenwissen unsichtbar zu machen. Plötzlich sind alle zuständig, es gibt keine Qualitätskontrolle, es passiert vielleicht etwas mehr, aber nicht in der von Planungsfachfrauen, die sich für Fraueninteressen einsetzen, bisher gewährleisteten und gewünschten Qualität.

Frauenwissen wird von Männern oft als abgedeckt gesehen, wenn Frauen nur „biologisch“ beteiligt sind. Es ist dann oft für Fachfrauen schwer, die Berücksichtigung von Fraueninteressen einzufordern. (Besonders schwierig wird es, wenn Frauen, die unter männlichem Blickwinkel ausgebildet wurden und ihn internalisiert haben – oft auch aus beruflichen Profilierungsgründen –, in gemischten Runden Frauenthemen als irrelevant abschmettern.)

Folgende Reaktionen waren bereits spürbar: "Jetzt reden wir über die Bedürfnisse von allen" (endlich ist damit die lästige Frauenfrage vom Tisch). Wenn Frauen auf Fraueninteressen beharren, geht dies manchmal in einer „allgemeinen Bedürfnis- und Belanglosigkeitswolke“ mit den Hinweisen „wir haben das ja sowieso schon immer gemacht, es ist ja so selbstverständlich“ unter.

Dieser Etikettenschwindel ist für alle sehr angenehm, Politiker können sagen: Es passiert etwas; Kollegen können sagen, sie tun ja was. Damit wird das bisher von Expertinnen erarbeitete und aufbereitete Wissen nicht oder kaum genützt.

Eine weitere Gefahr ist die Ressourcenfalle. Entweder nach dem Delegationsprinzip: Gender Mainstreaming wird gedanklich an Stellen wie die Leitstelle oder das Frauenbüro delegiert, ohne ihre personellen und budgetären Ressourcen auszubauen. Diese sind dann für die Umsetzung und den Erfolg von Gender Mainstreaming verantwortlich.

Oder Gender Mainstreaming wird zwar von der „Main“planung als Aufgabe begriffen, übersehen wird jedoch, dass die Erarbeitung eines analytischen Instrumentariums zur Ausweisung und Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen von Frauen und Männern erforderlich ist: Die systematische Verzahnung der bisher fragmentiert ausgewiesenen Bedürfnisse

mit dem Planungsprozess stellt methodisches Neuland dar, ohne dass dafür neue Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet Mehrarbeit, die gerade von den Engagierten, die meist schon überlastet sind, kaum zu leisten ist. Planungsinstitutionen brauchen jedoch für neue Anforderungen entsprechende personelle und budgetäre Ressourcen, um neue Perspektiven aufzubauen und zu entwickeln (oder müssen zumindest von anderen Aufgaben entlastet werden).

Der größte Wert von Gender Mainstreaming ist meines Erachtens der strategische Impuls, der damit gesetzt wird. Gender Mainstreaming ist ein Anreiz, weiter und in größerem Ausmaß als bisher strategisch zu denken.

Gender Mainstreaming stellt eine beträchtliche berufliche Herausforderung dar. Gender Mainstreaming kann als „Glasperlenspiel“ aufgefasst werden, welches an den Intellekt appelliert. Gender Mainstreaming ist ein „technischer“ Begriff, der von der EU kommt und Neugierde weckt. Die Entwicklung einer Bedürfnis-/Maßnahmenmatrix kommt an sich dem Planungsverständnis entgegen: „Vielfalt statt Einfalt“.

Diese genaue Erfassung von NutzerInnenprofilen und -Bedürfnissen, das genaue Nachschauen und Nachfragen sowie die Evaluierungen des Gebrauchswertes von umgesetzten Planungen werden wichtig. Mit diesem neuen Planungsverständnis ergibt sich eine völlig neue Berufsrolle für Planende. Es heißt, sich von planerischen Allmachtsfantasien zu verabschieden.

Insgesamt sind Planungen, die auf gezielter Bedarfsbeobachtung beruhen, wesentlich effizienter (den Gebrauchswert betreffend). Das ist ein großer Vorteil in Zeiten von Ressourcenknappheit, um die begrenzten öffentlichen Mittel möglichst optimal auch im Sinne der Interessenberücksichtigung von durchsetzungsschwächeren Gruppen zu gestalten.

Diese Planungshaltung bedeutet eine hohe Nutzungs- und Umsetzungsorientierung. Die Anwendung von Gender Mainstreaming, wenn sie ernsthaft durchgeführt wird, führt zu höherer Prozess- und Ergebnisqualität – bei gleichem Investitionsaufwand. Es wird zu einem Verteilungskampf im Sinne von Interessenhierarchien kommen. Wünschenswert wäre es, dass Frauen so viel Einfluss bekommen, dass viel genauer argumentiert werden muss, welche Ressourcen für welches Projekt nötig sind.

Das politische Risiko, aber auch die politischen Chancen von Planung erhöhen sich. Durch Gender Mainstreaming wird gegenüber herkömmlichen Planungsverfahren die Interessenabwägung transparenter. Je konkreter die Handlungsebene ist, desto stärker sind Interessenzentrierungen ablesbar. Daher ist die entscheidende Frage: Wie weit wird Gender Mainstreaming „heruntergebrochen“?

Die Zufriedenheit der „Stillen“ wird zwar erhöht, den „Lauten“ wird aber etwas weggenommen. Wahrscheinlich sind die „Stillen“ numerisch die Mehrheit, in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden aber die Bedürfnisse der „Lauten“. Im Zeitalter des medial geprägten Neoliberalismus stellt es politisch die Quadratur des Kreises dar, sich für die nicht Erwerbstätigen, sondern für die Versorgenden und Versorgten einzusetzen. Strategien der Akzeptanzgewinnung sind vermutlich die Schlüsselfragen für die erfolgreiche Durchsetzung von Gender Mainstreaming.

Dipl.-Ing. Eva Kail, Jg. 1959, Raumplanerin. 1991 Ausstellung „Wem gehört der öffentliche Raum - Frauenalltag in der Stadt“ mit Dipl.-Ing. Jutta Kleedorfer für die Planungswerkstatt Wien. 1992-1997 Aufbau und Leitung des Frauenbüros der Stadt Wien (MA 57), Karenz, seit 1998 Führung der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen in der MD-Stadtbaudirektion.

Zusammenfassung

Wien ist bei der Entwicklung von Pilotprojekten in den unterschiedlichsten Themenbereichen im europäischen Spitzenfeld. Auch bei der Verbreitung der bei den Pilotprojekten gewonnenen Erfahrungen und bei der Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse ist Wien relativ weit gekommen. Das zeigt auch das internationale Interesse an den Wiener Erfahrungen.

Gender Mainstreaming beinhaltet beträchtliche Risiken, eröffnet aber auch große Chancen. Die Gefahren von psychologischen Barrieren, Ressourcenfallen und die Möglichkeit des Etikettenschwindels sind nicht zu unterschätzen. Der größte Wert von Gender Mainstreaming ist meines Erachtens der strategische Impuls, der damit gesetzt wird. Gender Mainstreaming ist ein Anreiz, weiter und in größerem Ausmaß als bisher strategisch zu denken. Strategien der Akzeptanzgewinnung sind vermutlich die Schlüsselfragen für die erfolgreiche Durchsetzung von Gender Mainstreaming.

Abstract

Vienna ranges among the top group of European cities where the development and implementation of Gender Mainstreaming model projects in many different areas is most advanced. Special knowledge derived from the evaluation of such models has been distributed and included into decision-making processes for years. There is considerable international interest in the experiences of the Vienna models.

Gender Mainstreaming bears several risks but, at the same time, offers great opportunities. Dangers such as psychological barriers, "resources-traps", and misleading labelling should not be underestimated. The most important strength of the Gender Mainstreaming concept is its inbuilt strategic impulse: More than any other concepts, Gender Mainstreaming is an incentive to think and act strategically. To find effective strategies for acceptance will be extremely important for any further activity.

EINFACH - MEHRFACH

Jutta Kleedorfer

Da wurde ich vor kurzer Zeit gefragt: "Kann eigentlich das Strategische Projekt *einfach - mehrfach* in Wien etwas beitragen zum aktuellen Thema Gender Mainstreaming?"

„Ja natürlich, selbstverständlich“, war die spontane und schnelle Antwort. Wieso bin ich da so sicher?

Hiezu ein paar Gedanken

Spätestens seit der Mitarbeit an der 1991 präsentierten großen Stadtplanungs-Ausstellung „Wem gehört der öffentliche Raum - Frauenalltag in der Stadt“ ist mir klar geworden, dass „Geschlecht“ ein ganz wesentliches Analyse- und Handlungskriterium meiner Tätigkeit als Stadtplanerin ist. Die Realität der gebauten und freiraumgeplanten Umwelt stellt sich für bestimmte Gruppen, auch für Mädchen und Burschen, Frauen und Männer, unterschiedlich dar, nicht so sehr wegen der biologischen, sondern v. a. wegen der „sozialen“ Bezüge. Der „Gebrauchswert“ und die Qualitäten von Wohn- und Lebensbedingungen definieren sich weniger objektiv als vielmehr aus spezifischen und individuellen Blickwinkeln, Standorten, Aufgaben bzw. Ansprüchen.

Die Planung hat ihren Absolutheitsstandpunkt „jedenfalls zum Wohle der Menschheit“ in dieser Abgehobenheit weit gehend aufgegeben und versucht, mit ihren Zielen und Aktivitäten dieser neuen Erkenntnis Rechnung zu tragen - was viele Diskussionen offener und realistischer werden lässt und es möglich macht, auf beobachtete Benachteiligungen offensiver zu reagieren.

Was soll und kann das Strategische Projekt „einfach - mehrfach“?

Mit diesem Projekt will die Stadt Wien einen Beitrag leisten, die „Spielräume“ der Stadt, besonders für Kinder und Jugendliche, zu erweitern. Und das in Zeiten dichter werdender Stadt, knapper Ressourcen und, trotz hochambitionierter Grünpolitik, deutlichen Umsetzungsproblemen bei so viel konkurrierenden Ansprüchen auf so engem Raum. Dazu gibt es zwei Aktionsschwerpunkte: Mehrfachnutzungen und Zwischennutzungen.

„Mehrfachnutzung“ bedeutet, überwiegend auf stadteigenen Arealen, wie vor allem



Schulhöfen und Schulfreiflächen, das Zulassen weiterer Öffentlichkeit in jenen Zeiten, wo die Schule die Flächen nicht braucht - etwa späte Nachmittage bzw. frühe Abende, Wochenenden und Sommerferien. Je nach Ausstattung variieren die Angebote von stundenweiser betreuter Mitbenutzung bis hin zum grundsätzlichen Öffnen von Ballspielanlagen o. ä. „robusten“ Räumen. Schulfreiflächen also als Teil der Quartier- oder Grätzelinfrastuktur ...

„Zwischennutzung“ bezeichnet vor allem die temporäre Beispielbarkeit von oft in privatem bzw. nicht in Stadt Wien befindlichem Grundbesitz (Baulücken) bis zu ihrer endgültigen Verwendung.

Mit derartigen Projekten kann auf aktuelle Defizite mittels relativ kleiner Maßnahmen

(wobei sowohl Kosten als auch Organisationsaufwand trotzdem nicht unterschätzt werden sollten) reagiert werden, ohne dass dies die „große“ Linie der Grünraumplanung ersetzen könnte oder sollte. Der Vorteil eines solchen Programms der kleinen Schritte liegt in der für alle Beteiligten durchschaubaren und nachvollziehbaren Konkretheit sowie im Zusammenhang zwischen Bedarfsanmeldung und Umsetzung, die grundsätzlich immer in enger Kooperation mit dem Bezirk/der Bezirksvorstehung geschieht und auch Kindern und Jugendlichen deutlich werden lässt, wie wichtig Verhandeln und gelebte Demokratie ist.

Und wo ist jetzt der Zusammenhang mit Gender Mainstreaming?

Nun, wenn „einfach - mehrfach“ so konkret auf lokale Mängelsituationen reagieren kann, bedeutet dies auch, für bestimmte Gruppen ganz spezifische neue Angebote setzen zu können.



Die Benennung und das Akzeptieren unterschiedlicher Bedürfnisse ist eine wesentliche

Voraussetzung für Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Die Leiseren, Langsameren, Defensiveren werden einfach oft überhört und übersehen. Wenn Orte nicht mehr passen, Sicherheit ein Thema wurde und Verdrängungswettbewerb erlebt wurde, ist Rückzug oft eine Reaktion, wie wir es mittlerweile z. B. von Mädchen aus dem öffentlichen Raum wissen.

Manchmal geht es dann einfach darum, mittels „Ausweichorten“ einen Beitrag zur Konfliktreduzierung bieten zu können. In Stadtteilen, wo öffentlicher Grün- und Freiraum besonders knapp ist und starke Konkurrenz der Nutzungsansprüche besteht, ist jeder gewonnene Quadratmeter

eine Option für mehr Freiheitsgrade beim „Stadt - aneignen“, beim Platz - finden und Behaupten der individuellen Freizeit-, Aufenthalts- und Bewegungswünsche.

Eine Baulücke, die als Ergänzung zum oft überfrequentierten Park mit seinem einzigen Balkkäfig Volleyball/Beachvolleyball ermöglicht und nicht „Sportplatz/Fußball“ und „hartes Training harter Burschen“ symbolisiert, gibt ein positiv motivierendes Zeichen z. B. an Mädchen, deren Zugang zu Sportaktivitäten oft „spielerischer“ ist. Ebenso könnte man(n)/frau/die Planung/der Bezirk argumentieren: „Verlegen wir die echten Sportangebote und Hartplätze z. T. wieder aus den Parks, um diesen den Grün-, Spiel- und Erholungscharakter zurückzugeben.“ Die neuen Sportangebote in der Mittelspur des Gaudenzdorfer Gürtels (gut ausgelastet, bei Jugendlichen sehr beliebt und bis spät in die Nacht bespielt) entsprechen diesem Konzept. Wie sehr sie z. B. die geschlechtssensibel neu geplanten Grünflächen St.-Johann- und Einsiedlerpark damit tatsächlich entlasten, sollen die laufenden Beobachtungen zeigen.

Aber nicht nur räumliche bzw. gestalterische Komponenten beeinflussen den Wert von Freirauminfrastruktur für die unterschiedlichen Nutzer und Nutzerinnen. Animative (Parkbetreuung), aufsuchende und mobile Jugendarbeit, Streetwork sowie die Jugendzentren mit ihrer hinausreichenden Arbeit stellen in Wien ein auch international sehr beachtetes Instrumentarium zur Aufwertung des öffentlichen Raumes mit seinem Infrastrukturangebot dar. Sie unterstützen als LobbyistInnen nicht nur Kinder und Jugendliche verschiedenen Alters und Geschlechts, sondern moderieren soziale Prozesse und lassen konstruktives Sozialverhalten, also ein besseres Miteinander, „spielend“ nachlernen, wobei methodisch immer wieder Rückzugsmöglichkeiten und Orte für individuelle Bedürfnisse und Förderungsangebote geschaffen werden.

Und genau dazu braucht es möglichst viele verschiedenartige Räume und Inszenierungen, die durchaus Mehrfachnutzungen oder auch nur temporär, eben in Form von Zwischennutzungen, sein können.

Dipl.-Ing. Jutta Kleedorfer, Raumplanerin, zehn Jahre freiberuflich tätig, seit 1989 Mitarbeiterin der Stadt Wien und Lehrbeauftragte der Universität für Bodenkultur, seit 1998 Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung der Stadt Wien.

Zusammenfassung:

Wenn das Benennen und Akzeptieren von unterschiedlichen Bedürfnissen wesentliche Voraussetzungen für Chancengleichheit und Gleichberechtigung sind, will das Strategische Projekt der Stadt Wien „einfach - mehrfach“ durch das Bereitstellen neuer „Spielräume“ mittels Mehrfach- oder Zwischennutzungen einen (räumlichen) Beitrag zum Thema Gender Mainstreaming leisten.

Abstract

If it is an essential condition for gender equality and equal opportunities for women and men to accept and appoint their different needs, the strategic project of Vienna called “simple-multiple” wants to provide new “rooms to move” through the multiple utilisation as a contribution to Gender Mainstreaming.

MEHR CHANCEN! MÄDCHEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Renate Kraft und Manuela Cohnen

In der Magistratsabteilung 13 – Landesjugendreferat gibt es die Koordinationsstelle für Mobile Jugendarbeit, Aufsuchende Kinder und Jugendarbeit, Streetwork und Animative freizeitpädagogische Betreuung (M.A.ST.A.). Die Projekte der Koordinationsstelle fördern über geschlechtssensible Arbeitsansätze gleiche Chancen der Freiraumnutzung für Mädchen.

Situation von Mädchen und Burschen im öffentlichen Raum

Öffentliche Räume sind für Kinder und Jugendliche nur beschränkt nutzbar. Erschwerend für die Aneignung von Freiräumen kommt bei Mädchen hinzu, dass der öffentliche Raum bei Mädchen bzw. deren Eltern angstbesetzt ist. Ab der Pubertät wird der Park für Mädchen selten als der passende Ort für ihre Freizeitgestaltung angesehen.

Aufgrund ihrer Sozialisation unterscheiden sich Mädchen von Burschen bei der Aneignung von Freiräumen. Mädchen benutzen bekannte Wege und Plätze im unmittelbaren Wohnumfeld, ihr Hinausgehen ist meist zweckorientiert. Sie bevorzugen klar strukturierte, übersichtliche Räume mit Rückzugsmöglichkeiten. Mädchen agieren - selbst wenn sie spielen - weniger raumgreifend und bewegungsintensiv. Zwischen den sportlichen Aktivitäten, die Mädchen meist ausüben, und dem, was sie gerne tun würden, herrscht eine Diskrepanz, oft auch aufgrund der Reaktionen der männlichen Parkbenutzer.

Warum mädchenfördernde Maßnahmen?

Mädchenfördernde Maßnahmen in geschlechtshomogenen Gruppen sind an-

fangs nur in eigenen Räumlichkeiten umsetzbar.

Diese Maßnahmen müssen jedoch über das Anbieten von geschlechtsspezifischen Projekten in „geschützten Räumen“ hinausgehen. Sie sollten das Oberziel verfolgen, die gesamtgesellschaftliche Position von Mädchen und Frauen zu verbessern und dadurch die Voraussetzungen für eine aktive Aneignung von öffentlichen Plätzen schaffen. Sie sollen Mädchen befähigen, selbstbewusst und als gleichberechtigte Nutzerinnen des öffentlichen Raumes aufzutreten.

Kinder- und Jugendarbeit kann durch eine Vielzahl von Angeboten auch in koedukativen Gruppen auf unterschiedlichsten Ebenen eine Entwicklung in diese Richtung einleiten.

Ziele

Zur Erreichung des oben erwähnten Oberziels sind folgende Teilziele unerlässlich:

- Gesteigerter Selbstwert/Selbstvertrauen
- Erweiterung von Erlebnis- und Handlungsspielräumen
- Verbesserte Spiel- und Sozialisationsfähigkeit in einem emanzipatorischen Sinn
- Vermehrung der Entscheidungsmöglichkeiten
- Ausüben neuer Verhaltens- und Lebensmuster
- Verständnis der Mädchen untereinander - Mädchensolidarität“
- Förderung von Mädchengruppen
- Umsetzung von Eigeninitiativen
- Erweiterung der Angebotsstruktur

- Befähigung, sich Verdrängungsmechanismen zu widersetzen

Alle genannten Ziele setzen die Internalisierung von Regeln zur fairen Nutzung gemeinsamer Räume sowie rollenüberschreitende Verhaltensmuster bei beiden Geschlechtern und allen Nutzergruppen des öffentlichen Raums voraus.

Angebote der Projekte

In unbetreuten Parks halten sich deutlich mehr Burschen als Mädchen auf. Hingegen ist bei betreuten Angeboten in der Altersgruppe der bis zu 12-Jährigen das Geschlechterverhältnis ausgeglichen, daher kann die Parkbetreuung durch fixe Zeiten und Orte sowie die garantierte Anwesenheit von Spielpädagogen/innen per se als mädchenfördernde Maßnahme angesehen werden. Ergänzend zu diesem Angebot der Animativen freizeitpädagogischen Parkbetreuung an 130 Örtlichkeiten gibt es in Wien 18 Projekte der Aufsuchenden/Mobilen Jugendarbeit und Streetwork, die durch eigene zielgruppenorientierte Angebote und Aktivitäten für Mädchen deren Benachteiligung im öffentlichen Raum aktiv begegnen.

Mädchenfördernde Maßnahmen erfordern eine Konzeption, die langfristige und kontinuierliche Prozesse ermöglicht. Alle Phasen der spezifischen Mädchenarbeit müssen von einer ständigen Bewusstseinsbildung für beide Geschlechter begleitet werden und erfordern, um erfolg versprechend zu sein, auch emanzipative und antisexistische Burschenarbeit.

In mehreren parallel ablaufenden Phasen lassen sich die unterschiedlicher Methoden, die zu Mädchenförderung beitragen, beschreiben:

1. Anwesenheit und Aufmerksamkeit

Die Anwesenheit von Betreuer/innen ermöglicht eine Intervention zu Gunsten

der Schwächeren. In Bezug auf die Mädchenarbeit impliziert dies einerseits, die bewusste Aufmerksamkeit auf Mädchen zu richten (auch im Hinblick auf geschlechtsspezifische Barrieren) sowie andererseits ihnen Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten zu eröffnen.

Eine grundlegende Voraussetzung, damit emanzipatorische Haltungen und Verhaltensstrategien angenommen werden können, ist ein entsprechendes Rollenverhalten bzw. das Durchbrechen der Rollenklischees durch die JugendarbeiterInnen. Ihnen kommt eine wichtige Vorbildfunktion zu. Daher sind paritätisch besetzte Teams bei allen Angebotsformen unerlässlich.

2. Mädchenräume

Das Ziel eines speziellen Raumangebots für Mädchen ist, ihnen einen geschützten Rahmen zu bieten, in dem sie persönliche Bedürfnisse, Interessen und Stärken erkennen, artikulieren und deren Umsetzung erproben können. Damit wird auch eine institutionalisierte Einstiegsmöglichkeit geboten, sich bestimmter bisher unerprobter Handlungsfelder zur Verbesserung der Kompetenz sowie zur Bildung von Mädchenzusammenhängen zu nähern. Mädchen können dadurch als Gruppe im öffentlichen Raum gestärkt - und damit leichter - auftreten. Bei diesem Arbeitsansatz sind Mädchenräume nicht als „Schutzräume“, sondern in erster Linie als Räume zur Stützung und Stärkung zu sehen, die der Integration und nicht der Abgrenzung dienen.

3. Gezielte Berücksichtigung der Mädchen bei Angeboten im öffentlichen Raum

Gezielte Angebote für und mit Mädchen können die öffentliche Wahrnehmung von Mädchen erhöhen, ihre Lebenswelten sichtbar machen und dadurch zu einer positiven Bewertung führen. Folgende beispielhafte Angebotsformen und Metho-

den, bei denen auch immer der kulturelle Hintergrund zu berücksichtigen ist, sind Teil des Maßnahmenkatalogs innerhalb dieses Fachbereichs:

- Gesprächsangebot
- Bühne schaffen für die Präsentation und Selbstdarstellung von Mädchenstärken
- Gezielte Einbeziehung von Mädchen in die Vorbereitung und Organisation von Aktivitäten und Veranstaltungen
- Bewegungs- und Sportspiele anbieten, die geschlechtsneutral bewertet werden
- Bewegungsangebote, die Mädchen aufgrund ihrer Motorik besonders entgegen kommen
- Durchbrechen der Rollenmuster
- Kreativangebote, die sowohl das Selbstwertgefühl als auch das Körperbewusstsein stärken

4. Erlernen und Umsetzen neuer Regeln

Neue Regelwerke sind notwendig, um das „Dschungelgesetz“ auf öffentlichen Flächen zu durchbrechen. Es müssen in allen Bereichen der Nutzung des öffentlichen Raums Regelmechanismen gegen die Dominanz von männlichen Nutzern eingerichtet werden. Diese müssen ständig wiederholt und geübt werden und auch dann aufrechterhalten bleiben, wenn Betreuer/innen nicht anwesend sind.

Planungs- und Gestaltungsaspekte

Grundsätzlich benötigen Kinder und Jugendliche für eine positive Entwicklung ausreichend Spiel- und Bewegungsfreiraum. In öffentlichen Räumen sollte es daher genug Platz für alle Nutzergruppen und deren Bedürfnisse geben. Mangel an geeigneten Platzangeboten und Entfaltungsmöglichkeiten führt dazu, dass durchsetzungsstärkere Nutzergruppen sich Raum nehmen und diesen für andere Gruppen unzugänglich machen.

Die Stadt Wien verfügt insgesamt gesehen über viel Grünraum, ein Mangel besteht jedoch im dicht bebauten innerstädtischen Bereich. Eine Erweiterung der „Freiflächen“ in diesen Gebieten wäre daher eine der notwendigen Maßnahmen für ein konfliktfreies, nicht ausgrenzendes Miteinander. Dies kann auch im Rahmen der Mehrfachnutzung¹ (z. B. Öffnung der Schulsportflächen) erfolgen.

Der Qualität von Freiräumen muss ebenfalls Beachtung zukommen, gerade in Bezug auf deren Aneignung durch Mädchen kann sich die Struktur stützend bzw. erschwerend auswirken.

Eine Grundvoraussetzung zur besseren Aneignung von Freiräumen durch Mädchen besteht in der Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten bei Freiraumplanungen. Entsprechende Infrastrukturangebote können einen Beitrag zur gerechteren Ressourcenverteilung leisten. Die Bedürfnisse der Mädchen müssen durchgehend – vor allem nicht nur unter dem Sicherheitsaspekt – bei der Planung mitbedacht werden. Die beste Voraussetzung für die Annahme von Freiflächen durch Mädchen wird durch ihre Einbeziehung in Planungs- und Gestaltungsprozesse geschaffen.

Folgende Vorschläge können aus Studien und aus Erfahrungen aus der Praxis zusammengefasst werden:

- Umgestaltung bestehender, ungenützter Parkflächen für Mädchenaktivitäten
- Gut erreichbare, verkehrssichere Freiflächen, die sich im nahen Wohnumfeld befinden
- Freiflächen müssen groß genug sein, um Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken
- Öffentliche Räume müssen sauber, gepflegt und sicher sein

¹ Siehe dazu Artikel „einfach - mehrfach“ in diesem Werkstattbericht.

- Schaffung von mehrfachen nischenartigen, überdachten Treffpunkten mit Sitzgelegenheiten, die soziale und kommunikative Aktivitäten zulassen. Je nach Platzierung kann die Nutzung unterschiedlicher Nutzergruppen gesteuert werden.
- Errichtung multifunktionaler Bewegungsflächen
- Übersichtliche Gestaltung von Wegen, auf denen auch kleinräumige Spiele möglich sind
- Ausgestaltung der Grenzbereiche als nutzungsoffene Aufenthaltsräume, die eine schrittweise Eroberung des Parkraumes ermöglichen
- Anwenden von Gestaltungskriterien und -elementen, die Mädchen besonders ansprechen (z. B. runde Formen und multifunktionale Sitzmöglichkeiten).

Resümee

Die Chancen für Mädchen sind verbesserbar. Beispiele wie Mädchengärten, Beteiligungsprojekte, geschlechtssensible Umplanungen von Parkanlagen oder zahlreiche mädchenfördernde Maßnahmen der außerschulischen Kinder- und Jugendbetreuung beweisen dies. Grundlage dafür waren und sind der politische Wille sowie die magistratsinterne, abteilungsübergreifende Zusammenarbeit mit den Experten/innen der außerschulischen Jugendarbeit.

Renate Kraft, Jg. 1956, Spiel- und Sportpädagogin; Koordination der Animativen freizeitpädagogischen (Park-) Betreuung (M.A.ST.A.), Magistratsabteilung 13 - Landesjugendreferat.

Manuela Cohnen, Jg. 1970, Sozialarbeiterin; Pädagogische Fachaufsicht für Mobile Jugendarbeit, Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit und Streetwork (M.A.ST.A) Magistratsabteilung 13 - Landesjugendreferat.

Zusammenfassung

Mädchen eignen sich öffentliche Freiräume aufgrund ihrer Sozialisation und der derzeitigen strukturellen Voraussetzungen anders an als Burschen. Durch mädchenfördernde Maßnahmen versuchen Jugendarbeit sowie die Stadtplanung Wien (z. B. gezielte Bewegungsangebote, Errichtung multifunktionaler Bewegungsflächen), ihnen die Zugänge zu erleichtern. Diese sollen Mädchen unterstützen, sich im öffentlichen Raum, wie beispielsweise in Parks, selbstbewusst zu behaupten und als gleichberechtigte Nutzerinnen auftreten zu können. In beiden Arbeitsfeldern sind die Beteiligung und das Mitspracherecht der Mädchen die entscheidenden Arbeitsprinzipien.

Abstract

Because of their socialisation girls find different ways to occupy public space in comparison to boys. By taking measures to encourage girls and to change the discriminating structural conditions the institutions for youth and urban planning in Vienna try to ease the access to public facilities for girls (e. g. offering special sporting activities for girls or building multifunctional moving-areas). These measures are designed to support girls to stand their ground, to be self-confident and to give them equal rights to use public space. One of the most important principles in these two areas – youth and urban planning – is the right of co-determination and the participation of girls.

GROSSSTÄDTISCHE QUARTIERSERNEUERUNG UNTER GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN ASPEKTEN

Heidrun Feigelfeld

Gender Research in der Stadtentwicklung ist jene Forschung, die sich mit den Zusammenhängen von städtischen Lebenssituationen bzw. Wohnbedingungen und dem Geschlecht – gender – beschäftigt sowie mit dem bewussten und unbewussten Umgang mit Unterschieden oder der Entwicklung von Artikulations- und Mitgestaltungsbedingungen.

Hier sollen einige Aspekte dieses Forschungszugangs mit Beispielen auf Stadt- bzw. Quartiersebene kurz skizziert werden.

Zu Beginn möchte ich kurz auf einige Analysen, vor allem zur Wohnsituation, eingehen. Sie basieren auf zwei meiner Arbeiten zur Situation von Frauen in Wien, die auf demselben umfangreichen Datenmaterial aus den Neunzigerjahren aufbauen. Danach folgt ein Exkurs über gender-spezifische Herangehensweisen in der Wiener Stadterneuerung. Zuletzt wird die Aufgabenstellung zu einem europaweiten Projekt mit dem Titel „Urban Quarter Renewal Under Gender Aspects“ (URGEND) erläutert.

Wohnsituation von Frauen in Wien

Immerhin etwa jeder siebte Wiener Haushalt ist als armutsgefährdet zu bezeichnen. Dieser Wert ist im weltweiten Vergleich mit anderen großen Städten sehr gering, aber auch hier in Wien sind die Einkommensunterschiede zwischen „reich“ und „arm“ in den vergangenen Jahren größer geworden. Es handelt sich also um „Armut im Wohlstand“.

Die am stärksten betroffenen Gruppen sind dominant weiblich. Neben jungen Erwachsenen sind dies vor allem Alleinerziehende, insbesondere solche mit

kleinen Kindern (Alleinerziehende sind fast ausschließlich Frauen), kinderreiche Familien und ältere Frauen. Weibliche Migranten sind in besonderem Maß betroffen – das Ausmaß der Armutsgefährdung bei Zuwandererfamilien ist hervorstechend. Diese Daten zeigen demnach deutlich, dass Frauen insgesamt benachteiligter sind als Männer.

Die deutlich eingeschränkten Möglichkeiten für diese armutsgefährdeten Gruppen, zufrieden stellende Wohnverhältnisse zu erreichen, sind klar erkennbar. Das Defizit – zu geringe Wohnfläche und Substandard-Wohnungsausstattung – ist bei Schlechtergestellten doppelt bis dreimal so hoch als bei Bessergestellten. Wieder sind es besonders Alleinerzieherinnen mit kleineren Kindern, die in mehr als 40 % der Fällen doppelt belastet sind – und zwar von schlechten Wohnverhältnissen bei gleichzeitig hohen Wohnkosten.

Wird eine bessere Wohnsituation erreicht, dann zumeist mithilfe einer „Gemeindewohnung“. Dieser große Wiener Bestand bietet Wohnmöglichkeiten für überproportional viele Alleinerzieherinnen mit Kindern unter 15 Jahren. Um die 40 % von diesen leben hier, weiters auch ein ebenso hoher Anteil der allein lebenden älteren Frauen ab 60 Jahren – ein sehr wesentlicher Faktor für die weibliche Wohnsituation in Wien also.

Eine Konzentration schlechten Wohnstandards zeigt sich in Wien besonders in den so genannten innerstädtischen gründerzeitlichen Problemgebieten. Dort begegnen einander vor allem schlecht gestellte Gruppen, wie alte allein lebende Frauen und kinderreiche Migrantenfamilien.

Neben der Qualität der Wohnung und des Hauses kommt der Wohnumgebung eine entscheidende Rolle bei der Realisierung von befriedigenden Lebensbedingungen zu. In eingeschränkten Verhältnissen werden im Umfeld kompensatorisch Funktionen nachgefragt, die Entlastung schaffen können. Die beschriebenen innerstädtischen Problemgebiete haben allerdings auch größere Defizite an Umwelt- und Freiraumqualität, also bezüglich Ruhe, Luftqualität, Sicherheit, Grünflächen und ausreichend Bewegungsraum, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Es ist also eindeutig von kumulativen Effekten zu sprechen.

Aktivitäten zur Stadterneuerung in Wien

Wie lauten nun die Antworten Wiens auf diese Situation? Welche Maßnahmen werden in Alt- und Neubaugebieten getroffen?

Im Wesentlichen sind es zwei miteinander vernetzte Schienen: die Vergabe öffentlicher Gelder für Neubau und Sanierung (die Wohnbauförderung) auf Landes- bzw. städtischer Ebene verbunden mit Maßnahmen, die einen sinnvollen Mitteleinsatz steuern sollen.

Derartige leisten unter anderem die Einrichtungen der „Gebietsbetreuung“ zur Unterstützung der „sanften Stadterneuerung“ oder aber Qualitätsvorgaben und Wettbewerbe zur Hebung des Niveaus von geförderten Neubauten.

Der Gender-Mainstreaming-Aspekt wird durch die bekannte „Leitstelle für Frauen- und Alltagsgerechtes Planen und Bauen“ sowie durch die MA 57 eingebracht, beide kommen in diesem Werkstattbericht selbst zu Wort.

In der Stadterneuerung in innerstädtischen Problemgebieten im Allgemeinen und in der Arbeit der Gebietsbetreuungen sind nur in Ansätzen geschlechtsorientierte Vor-

gangsweisen erkennbar. Zwar werden zahlreiche Aktivitäten gesetzt, die in hohem Ausmaß Frauen zugute kommen, wie beispielsweise Verbesserungen im öffentlichen Raum und in der Infrastruktur, bei Spielplätzen, Bürgerbeteiligung u. ä. Auch sind Gebietsbetreuungen und kooperierende Stellen teilweise schon mit Frauen besetzt.

Explizit auf Gender Mainstreaming ausgerichtete Konzepte sind jedoch nicht erkennbar

Welche Konsequenzen sind nun derzeit daraus zu ziehen?

Ziel ist würdiges und leistbares Wohnen für alle, für Männer und für Frauen, für InländerInnen und für MigrantInnen. Dazu ist es notwendig, ein Netzwerk von Maßnahmen in Sozial-, Wohn-, Infrastruktur- und Integrationspolitik zu entwickeln. Auch in der Stadterneuerung muss der Schwerpunkt der Befassung auf sozialen Anliegen und Herausforderungen liegen, unter Einbeziehung und Aktivierung der Bewohnerschaft.

Die Problemlagen, Bedürfnisse und positiven Kapazitäten der örtlichen Nachbarschaften und im Besonderen der unterschiedlichen Frauengruppen sollen wahrgenommen und gestützt werden und dazu die Kompetenz von planenden, vermittelnden und wissenschaftlich tätigen Frauen herangezogen werden.

Ein Gender-Forschungsansatz

Diese Erkenntnisse motivierten mich zur Entwicklung eines Konzepts für ein Forschungsprojekt auf der Ebene europäischer Städte, welches ich hier vorstellen und - gemeinsam mit anderen Forscherinnen - weiterentwickeln möchte:

Im Mittelpunkt dieses Projekts steht die Stadterneuerung aus dem Blickpunkt von „Gender Mainstreaming“. Der Titel: Großstädtische Quartiersentwicklung und

–erneuerung unter geschlechtsspezifischen Aspekten“ - mit dem Acronym URGEND.

Einerseits soll der bis heute in Österreich und Europa noch wenig beachtete Aspekt eines gender-orientierten Herangehens an die vielfältigen Aufgaben der Stadtentwicklung in seinen unterschiedlichen Teilaspekten empirisch hinterfragt werden – von der Ermittlung der Bedürfnisse bis zur Beteiligung im Erneuerungsprozess und zur entsprechenden Berücksichtigung in Planung und Umsetzung. Zum anderen soll die fachübergreifende Vernetzung von Forscherinnen und Planerinnen durch projektorientierte Kooperation vorangetrieben werden.

Ausgegangen wird im Forschungszugang dieses Projekts von der Hypothese eines geschlechtsspezifisch unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Ausmaßes sozialer Schwäche sowie unterschiedlicher Betroffenheit von Frauen und Männern in Bezug auf Defizite der Wohnsituation, des Wohnumfeldes und der örtlichen Beschäftigungssituation. Der Hintergrund dieses Ansatzes wurde hier schon erläutert.

Daher ist es von großer Bedeutung für das Gelingen von nachhaltigen Erneuerungs- und Stabilisierungsaktivitäten, ob in Projekten auf derartige unterschiedliche Betroffenheit, Bedürfnisse, Prioritäten und Zugänge eingegangen wird.

Es gibt zwar zahlreiche Forschungsvorhaben, die sich im EU-Kontext mit den Problemlagen benachteiligter Gebiete befassen, ein geschlechtsspezifischer Zugang ist jedoch bisher nicht ausreichend einbezogen worden.

Als Ergebnis denkbar ist ein in Bausteinen aufgebautes Handbuch, das als Reflexions- und Kontrollinstrument für derzeitige Aktivitäten dienen kann, und im Vorfeld künftiger Planungen herangezogen werden soll.

In der derzeitigen Phase wird untersucht, wie und wo auf europäischer Ebene bzw. transnational oder national Interesse an Ergebnissen einer derartigen Forschungsschiene besteht, und welche Finanzierung gefunden werden kann.

Sollte die Leserin bzw. der Leser an einer Weiterentwicklung dieses Projektansatzes interessiert sein oder bereit sein, Ideen dazu beizusteuern, ist sie/er herzlich zu einer Kontaktaufnahme und Gesprächen eingeladen.

Dipl.-Ing. Heidrun Feigelfeld, Jg. 1949, Stadt- und Wohnforscherin; langjähriges Mitglied und Gesellschafterin des außeruniversitären Forschungsinstituts SRZ Stadt+-Regionalforschung in Wien sowie freie Forscherin; Arbeitsschwerpunkte: Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnsituation, Frauenforschung, Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik, Infrastruktur.

Zusammenfassung

Dieser Artikel stellt einige Forschungsergebnisse über die Situation (Leben und Wohnen) unterschiedlicher Gruppen von Frauen in Wien dar und zeigt aktuelle innovative Zugänge zum Thema im Bereich der Stadterneuerung auf. Weiters wird das Konzept eines erst kürzlich entwickelten Forschungsprojektes auf europäischer kommunaler Ebene beschrieben. Im Rahmen dieses internationalen Projektes sollen die unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Wünsche und Bedürfnisse bezüglich Wohnen, Nachbarschaft und öffentlichem Raum identifiziert werden. Darüber hinaus sollen Wege aufgezeigt werden, wie diese unterschiedlichen Anforderungen in der Praxis berücksichtigt werden können. Der Fokus liegt dabei auf innerstädtischen Gebieten sowie auf der Erneuerung des Althausbestandes.

Abstract

This article describes some results of research on the condition (living and housing) of different groups of women in Vienna. It shows current innovative approaches towards this topic in the area of urban renewal activities. Moreover the paper refers to a concept for a research project on the municipal level of European cities, which has been recently developed. The proposed research aims to investigate the gender-specific differences in the needs and demands with regard to adequate and affordable housing, quality of the neighbourhood and public space. Furthermore, ways to meet these various demands should be developed. The focus lies on inner city areas and on the renewal of the extensive elder housing stock.

GENDER MAINSTREAMING IM INNENHOF?

Marlis Rief

Wie kommt Gender Mainstreaming in den Innenhof? Gute Frage ...

Anhand zweier Beispiele, die aufgrund privater Initiativen von HausbewohnerInnen entstanden sind, lassen sich einige Grundzüge gender-orientierter Planung und deren Umsetzung aufzeigen. Die Innenhöfe liegen beide in Wiens dicht verbautem innerstädtischem Bereich, Wien-Neubau und Mariahilf, und waren in erster Linie betonierte Abstellplätze für Mülltonnen, Altpapiercontainer, Autos und Fahrräder in Gründerzeithäusern. Zudem wurde in einem Fall Bauschutt eines Dachbodenausbaus zwischengelagert, wodurch nur ein Zugangsweg zum zweiten Hof offen blieb. Das unmittelbare Wohnumfeld ließ also wenig Handlungsspielraum, das Potenzial als qualitativer Aufenthaltsbereich wurde nicht wahrgenommen.

Qualitäten des Innenhofs

Qualitäten der einzelnen Innenhöfe kann man nicht verallgemeinern. Lichtverhältnisse, Größe, Schatten- und Sonnenbereiche, Sichtbeziehungen zu den Wohnraumfenstern, Pflanzenbestand, Organisation und Strukturierung des Raumes u. v. m. spielen eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung und in Folge bei der Neugestaltung von Freiräumen im Wohnumfeld. Außerdem hängt die Qualität eines Innenhofes von der Mehrfachnutzung durch die BewohnerInnen ab. Dient er als Parkplatz oder Werkstatt, eignet er sich nicht mehr als Erholungs- oder Spielraum.

Einen wesentlichen Aspekt machen aber die Bedürfnisse der BewohnerInnen aus. Für Menschen der unteren Einkommensgruppen ist Wohnen im Mietgeschoßwohnungsbau die gängige Wohnform.

Speziell jener Personenkreis, der oft mit Kindern in zu kleinen Wohnungen in mit Spielplätzen und Freiräumen unterversorgten Gebieten wohnt, profitiert von Innenhofsanierungen. Generell kann ein Innenhof aber aufgrund der begrenzten Fläche nicht alle Ansprüche befriedigen und kein Ersatz für öffentliche Grün- und Freiräume sein. Vielmehr sollte das Potenzial des unmittelbaren Wohnumfelds zusätzlich Bewegungsspielraum für alle HausbewohnerInnen (egal ob Frauen oder Männer), speziell für Kinder und in der Folge auch für die Eltern bieten. Ein Innenhof kann sowohl Spiel- und Aufenthaltsbereich für Kinder als auch Erholungs- und Aufenthaltsbereich für Erwachsene sein. Schon geringe Eingriffe machen einen Hof beispielbar, manchmal ist auch nur das Verständnis von AnrainerInnen genug, um den Raum nutzen zu können.

Konkurrierende Nutzungsansprüche müssen unter Berücksichtigung der Gesamtflächengröße abgewogen und im Einzelnen ausgelotet werden. So ist es zum Beispiel nicht möglich, Kinder unbeaufsichtigt im Hof spielen zu lassen (eine große Entlastung für Eltern), wenn ein Teil des Innenhofes gleichzeitig als Parkplatz für Autos genutzt wird, welche ja noch immer ein überwiegend männliches Fortbewegungsmittel darstellen.

Wesentliche Gender-Gestaltungskriterien

Der Zusammenhang mit Gender Mainstreaming entsteht dadurch, dass die zusätzliche Nutzung von Innenhöfen als Spiel- und Aufenthaltsbereich eine wesentliche Aufwertung der unmittelbaren Wohnumgebung bedeutet, die nach wie vor mehr die der Frauen als der Männer ist, und dass diese Maßnahmen ein Umfeld schaf-

fen, „dessen Struktur und Organisation Frauen und Männern erleichtert, ihre Erwerbstätigkeit mit ihren Pflichten im Haushalt und Familie zu vereinbaren und beide parallel wahrzunehmen, ohne dadurch berufliche oder persönliche Nachteile zu erleiden.“¹

Konkret lässt sich damit die Notwendigkeit zur Schaffung

- eines geschützten Raumes und einer Gefahrensicherheit für Kinderspiel,
- der Einsicht auf die Spielbereiche von den Wohnraumfenstern, vorzugsweise der Küche,
- barrierefreier Zugänglichkeit für alle HausbewohnerInnen,
- abgeschotteter Zonen als Rückzugs- und Erholungsbereich für ältere Kinder und Erwachsene,
- lichter Räume, Beleuchtung

ableiten. In neu zu bauenden Wohnanlagen werden diese Überlegungen bereits berücksichtigt; im Altbaubestand bleibt derzeit als Aufenthaltsbereich für Kinder und Erwachsene oft nur der öffentliche Raum.

Kinder, die draußen spielen wollen, müssen von einem Elternteil zur Sandkiste oder zu den Spielgeräten in den Park begleitet werden. Diese Spielumfeldorganisation bedeutet für die Eltern - meist sind es Frauen - konkret Mehrarbeit. Manchmal wäre also auch schon mit dem Aufstellen einer mobilen Sandkiste viel erreicht. Mann/Frau hätte dadurch die Möglichkeit, den Nachwuchs im Hof spielen zu lassen, vom Fenster aus zu beobachten und Haus- oder Erwerbsarbeit zu erledigen. Idealerweise entsteht der Kontakt zwischen den HausbewohnerInnen bereits während der gemeinsamen Ideenfindung und Planungsphase; attraktive Aufenthaltsbereiche im Innenhof bieten weitere Treffpunkte für Einzelne oder für

die Hausgemeinschaft. Durch Kontaktaustausch kann ein soziales Netz entstehen, welches verschiedene Hilfestellungen, beispielsweise abwechselnde Kinderbetreuung, innerhalb der Hausgemeinschaft ermöglicht.

In den beiden Beispielen war aber auch das Aufstellen einer Sandkiste nicht unproblematisch, Hausverwaltungen und EigentümerInnen fürchteten fehlende Kontrolle im Hof, AnrainerInnen beklagten Kinderlärm und bei MieterInnenanhörungen erschien den meisten ein Blumenbeet als Innenhofgestaltung ausreichend.

An dieser Stelle endete die Initiative dreier Mütter in Mariahilf, den Innenhof besser nutzbar zu machen. Die Fläche bleibt weiterhin versiegelt und eine Sandkiste darf nicht aufgebaut werden, da NachbarInnen Lärmbelästigung und Verschmutzungen befürchten. Das Ergebnis des Prozesses sind das Aufstellen einer Bank und Kübelpflanzen.

Der Innenhof im siebten Wiener Gemeindebezirk wird hingegen nach eineinhalb Jahren Verhandlungen mit den HausbesitzerInnen, WohnungseigentümerInnen und MieterInnen mit Mitteln eines privaten Renovierungsfonds geplant und nun etappenweise umgesetzt. Alle Beteiligten zahlen, abhängig von der Quadratmeteranzahl ihrer Wohnfläche, in diesen Fonds ein, zusätzlich fördert das Stadtgartenamt Innenhofbegrünungen mit Mitteln bis zu 2.200 €. Damit wird meist nur eine Funktion im Hof unterstützt. Wünschenswert wäre es, wenn neben einer Förderung für Bepflanzungsmaßnahmen - drei Kostenvoranschläge für gärtnerische Arbeiten müssen vorgelegt werden - auch Bau- und Oberflächenarbeiten bzw. Kinderspielgeräte gefördert würden, um mit den vorhandenen Mitteln eine Ausgewogenheit in den Raumnutzungen und damit einen strukturellen Beitrag zu Gender Mainstreaming zu leisten.

¹ www.wien.gv.at/glossar.htm.

Dipl.-Ing. Marlis Rief, Landschaftsplanerin, freiberuflich in Wien tätig, arbeitet

zum Thema *Gender Mainstreaming im halböffentlichen Raum*.

Zusammenfassung

Ungenutzte Innenhöfe in dicht verbauten Wiener Gründerzeitvierteln bergen wesentliche Potenziale für die Aufwertung der Wohnumfeldgestaltung, was beispielsweise zur Erleichterung der Kinderbetreuung im Alltag führt. Gender-orientierte Planungsansätze werden erläutert und zwei Beispiele privater Initiativen aufgezeigt.

Abstract

Unused courtyards save essential potentials to upgrade living in densely overbuilt old quarters of Vienna. They can, for example ease at-home child care in everyday life. This article shows gender oriented possibilities of planning based on two private initiatives.

GENDER MAINSTREAMING IM KULTURBEREICH

Mag. Karin Rick

Die Kulturabteilung der Stadt Wien hat im Sinne des Gender Mainstreaming als ersten Schritt die Herausgabe eines Frauenkulturberichtes beschlossen. Dieser wurde nun in einem Band mit dem jährlichen allgemeinen Kulturbericht veröffentlicht. Aufgezeigt werden nicht nur die Förderungen der Stadt für Frauenprojekte, sondern auch der Anteil von Frauen bei Preisen, Kunstankäufen, in Juries und in Führungspositionen im Kulturbereich.

Es lässt sich zwar nicht leugnen, dass in fast allen großen oder mittelgroßen Kulturbetrieben der Stadt Männer mit der künstlerischen Leitung betraut sind, nicht übersehen werden soll aber, dass in vielen großen, von der Stadt Wien geförderten Institutionen Frauen die Geschäftsführung innehaben und zwar spartenübergreifend. Sei es nun im Tanzquartier (Uli Lintschinger), das übrigens auch eine künstlerische Leiterin hat (Susanne Gareis), sei es in der Viennale (Eva Rotter), in der Kunsthalle Wien (Bettina Leidl), sei es im Schauspielhaus (Susanne Moser) oder im Jeunesse Orchester (Renate Böck), um nur einige zu nennen.

Feministische bzw. Gender-Forderungen sind tragbar

Die Künstlerinnengruppe „a room of one's own“ hat für diesen Bericht 13 bildende Künstlerinnen und Theoretikerinnen interviewt und damit ein eindrucksvolles Bild ihrer gesellschaftlichen und beruflichen Situation, ihrer Einstellungen zur Kunst sowie ihrer Chancen im Vergleich zu männlichen Künstlern verfasst.

Das Nicht-Vorkommen von Frauen im kulturellen Feld speist sich ja aus der falschen Grundannahme, dass Kunst und die Feststellung ihrer Qualität geschlechtsneutral sind. Die Geschlechterasymmetrie

ist auch in diesem Bereich wie in anderen Manifestationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit allgegenwärtig. Sie zirkuliert allerdings im Verborgenen und darf sich nicht manifestieren. Sie ist Gegenwart, ohne Gegenstand zu sein.

Deutlich wird dies, sobald in einer Institution (egal, in welcher) die Frage aufgeworfen wird, wie viele Künstlerinnen anteilmäßig durch diese vertreten, ausgestellt, präsentiert werden. Die Antwort ist zumeist spontan: „Wir achten auf Qualität und nicht auf Geschlecht.“

Dieser Satz sagt nichts anderes, als dass das Geschlecht „männlich“ bisher die Prämisse von Künstlertum und Qualität stillschweigend mittransportierte. Ein Künstler „ist gleich“ ein männlicher Künstler, ein männlicher Künstler „ist gleich“ ein guter Künstler. „Geschlecht“ galt schon deshalb nicht als relevantes Kriterium, weil ohnehin nur die Vertreter des männlichen eine Chance hatten, erwählt zu werden. Erst jetzt, wenn Frauen für Frauen gleiche Repräsentanz einfordern, wird das Argument „Qualität“ gegen das Geschlecht ausgespielt (nämlich gegen das ihre), damit die, die entscheiden, sich nicht mit dem Faktum „Frau/Künstlerin“ und den daraus resultierenden Forderungen nach Sichtbarkeit auseinandersetzen müssen.

Der Frauenkulturbericht der Stadt Wien als Pilotprojekt

Die Frage „Wer spricht, wer urteilt über wen, wer entscheidet über welche Kunst, wer fällt welches ästhetische Urteil über welches Kunstwerk?“ hat von nun an nicht mehr nur die fachliche Kompetenz der/des Urteilenden und der/des zu Beurteilten zur Grundlage, sondern immer auch die Frage nach dem Geschlecht und die Infragestellung der unterschweligen Vorurteile in

Bezug auf dieses. Das Gleiche gilt auch für staatliche Förderungen und deren Erhebung.

Die Kulturabteilung der Stadt Wien hat mit ihrem Frauenkulturbericht darin die Rolle der Vorreiterin übernommen, indem sie die Datenerhebung des jährlichen Kunst- und Kulturberichtes konsequenterweise um die Kategorie „Geschlecht“ erweiterte.

Das Innovative dieses Schrittes und die beispielgebende Wirkung können nicht oft genug hervorgestrichen werden, schon deshalb, weil Erhebungen über die Lage von Künstlerinnen, vor allem aber über staatliche Förderungen in Europa, mit der Lupe gesucht werden müssen.

Die erhobenen Zahlen belegen deutlich, dass die Stadt Wien bei der Bestellung von

Fachjurys, bei Kunstankäufen, Preisen, Förderpreisen deutliche Akzente für Künstlerinnen setzt, dass bildende Kunst, Literatur, Tanz, Filmnachwuchsförderung und freie Theatergruppen zukunftsorientierte Sparten für Frauen sind.

Jedoch bleibt noch viel zu tun, bis wir so weit kommen, eine Veranstaltung mit einem nicht ausgewogenen Geschlechterverhältnis als redundant anzusehen.

Mag^a. Karin Rick, Schriftstellerin; Dolmetscher- und Übersetzerausbildung an der Universität Wien (Französisch, Englisch); Lehrauftrag an der Universität Nancy; Romanübersetzungen; Organisation von wissenschaftlichen Symposien; seit neun Jahren Leiterin der Beratungsstelle für Kulturarbeit, Frauenbeauftragte der Kulturabteilung der Stadt Wien.

Zusammenfassung

Die Geschlechterasymmetrie ist im Kulturbereich ebenso allgegenwärtig wie in anderen Manifestationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Kulturabteilung der Stadt Wien hat im Sinne des Gender Mainstreaming als ersten Schritt die Herausgabe eines Frauenkulturberichtes beschlossen – ein europaweit innovativer Schritt, da Erhebungen über die Lage von Künstlerinnen kaum existieren.

Abstract

The gender-gap is omnipresent in the cultural field as in every other part of our society. In terms of Gender Mainstreaming the Department of Culture in Vienna decided to publish a report about the situation of women in arts. This means an innovative step forward because there are hardly any surveys of the situation of female artists in Europe.

BEISPIELE AUS ÖSTERREICHISCHEN BUNDESLÄNDERN

Sybille Reidl

Gender Mainstreaming im Bereich der Stadtplanung ist für die öffentlichen Institutionen der Bundesländer Österreichs mehrheitlich Neuland. Hier gibt es noch sehr wenig praktische Erfahrung bzw. Beispiele mit dem Schwerpunkt des Gender Mainstreaming im öffentlichen Planungsbereich. Bei Recherchen zeigte sich, dass Gender Mainstreaming zuerst in den Bereichen Arbeitsmarkt bzw. Verwaltung aufgegriffen wird. Aber einige Städte- und Länderorganisationen setzen auch schon Aktivitäten, um Stadt- und Verkehrsplanung, Wohnbau, Dorferneuerung etc. zu „gendern“.

Kärnten

In Klagenfurt wird derzeit das „**jugend-sport-kulturzentrum-klagenfurt**“ (JUSK) nach Gender-Mainstreaming-Kriterien geplant. Das JUSK soll ein Szene-Treffpunkt für Jugendliche in Klagenfurt werden, der mit geschlechtssensiblen Zugängen nicht nur ein Angebot zur Freizeitgestaltung, sondern auch die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellt. In allen konzipierten Bereichen soll Gender Mainstreaming umgesetzt werden. Ausgehend von einem festgestellten Defizit an Möglichkeiten für Mädchen in Klagenfurt soll in allen Belangen besonders auf die Interessen von jungen Frauen geachtet werden: bei der räumlichen Adaptierung, beim Ausstatten mit Ressourcen (z. B. Proberäume für Girly-Bands), bei der Programmgestaltung. Gender Mainstreaming wird als ausgewogene Besetzung sämtlicher Aktivitäten durch Mädchen und Burschen verstanden, wobei eine ständige Evaluierung der Angebotsstruktur notwendig ist. Es soll Mädchen- wie Burschenarbeit umgesetzt werden, Geschlechtssensibilität und das Interesse an „untypischen“ Betätigungsfeldern gefördert werden. Für diese

vielfältigen Aufgaben soll eine weibliche Gender-Expertin angestellt werden. Außerdem ist die Partizipation Jugendlicher bei der Gestaltung des JUSK vorgesehen.

Niederösterreich

In der **Stadt- und Dorferneuerung** in Niederösterreich wird Gender Mainstreaming noch nicht explizit umgesetzt. Allerdings bemüht sich der Verband für Landes- Regional- und Gemeindeentwicklung der niederösterreichischen Dorf- und Stadterneuerung bei der Leitbildentwicklung gemeinsam mit PolitikerInnen und der Bevölkerung, verstärkt Frauen in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Bei der Stadterneuerung von Traismauer ist es gelungen, Frauen über Beteiligungsprozesse aktiv miteinzubinden. Sie engagierten sich im Bereich Soziales/ Kultur und setzten am Hauptplatz ein Eltern-Kind-Zentrum durch. Der Bürgermeister sieht hier auch die Chance der Integration ausländischer Mütter und Kinder, auch wenn von diesen das Angebot bisher kaum angenommen wird. Am Hauptplatz in Traismauer wurde auch ein öffentlicher Bereich für Kinder und Frauen geschaffen.

Das Beispiel Niederösterreich zeigt, dass Gender Mainstreaming in vielen ländlichen Regionen Österreichs noch ganz am Anfang steht. Erfahrungen aus Deutschland zeigen jedoch, dass Partizipation und BürgerInnenbeteiligung im Bereich der Dorf- und Stadtplanung oft die Vorstufe zu einer Umsetzung von Gender Mainstreaming sind.

Oberösterreich

In Linz wurde 1998 mit dem Bauprojekt frauengerechtes Wohnen im Remisenhof in Urfahr begonnen. Zuvor beschloss der Gemeinderat eine **Resolution „Wohnen**

für Bewohnerinnen“, in der sich die Stadt Linz zur Förderung des frauengerechten Wohnbaus bekennt. Frauengerecht ist die Gestaltung einer Wohnung bzw. des Wohnumfeldes dann, wenn sie sich an den vielfältigen Alltagsaufgaben orientiert und bewusst die Anliegen der Frauen berücksichtigt.

In der Linzer Bauverwaltung wird ein **Merkblatt mit den Richtlinien für familiengerechtes Bauen** an alle Bauwerber ausgegeben. Mit der oberösterreichischen Bautechnikgesetzes-Novelle wurde in das Landesgesetz auch aufgenommen, dass im Wohnbau insbesondere die Bedürfnisse von Kindern, Frauen, Familien, SeniorInnen und behinderten Menschen zu berücksichtigen sind. Einige **Kriterien** für den Wohnbereich seien hier festgehalten:

- Neutrale Grundrisse bezüglich der Nutzung der Räume
- Küche als zentraler Arbeits- und Gemeinschaftsraum
- Gebrauchsorientierte Außenräume wie Balkon oder Loggia

Im Wohngebäude wird auf kommunikative Räume und auf die Orientierbarkeit für Kinder Wert gelegt. Außerdem sollen bauliche Angsträume vermieden und gemeinschaftliche Nutzräume ausreichend dimensioniert werden. Für das Wohnumfeld wird vor allem auf Sicherheit geachtet: Gut einsehbare Hauseingänge, überschaubare Tiefgaragen mit direktem Zugang zum Wohnhaus und gute Beleuchtung sind hier die wichtigsten Punkte.

Seit 1994 befindet sich auf Initiative des Frauenausschusses der Stadt Linz eine Frau im Gestaltungsbeirat. Damit soll, beginnend bei der Planung, Rücksicht auf die Bedürfnisse der Frauen und Familien genommen werden. Auch im Planungs- und Hochbauausschuss befindet sich seit 1979 ein weibliches Mitglied.

Bei der Planung der **Solar City Pichling** hat die Stadt Linz eine Expertin für frauengerechte Stadtplanung engagiert. Sie setzt sich speziell mit der Sicherheit im öffentlichen Raum und mit einer „Stadt der kurzen Wege“ auseinander.

Zum **ArchitektInnenwettbewerb für das frauengerechte Wohnen im Remisenhof** wurden nur Frauen eingeladen. Dieses Projekt war der erste frauenfreundliche Bau in Linz, dabei wurde ein Großteil der schon angeführten Ideen umgesetzt. Weiters soll die Alltags- und Familientauglichkeit künftig Standard im oberösterreichischen Wohnbau werden und mit sämtlichen technischen Ämtern der Stadt Linz ein Schulungsprogramm zu frauengerechter Stadtplanung und frauengerechtem Wohnbau durchgeführt werden.

Salzburg

Im Bundesland Salzburg wurde auf Initiative des Frauenbüros der Stadt Salzburg gemeinsam mit einer Bauträgerfirma ein **Wohnbauwettbewerb „Frauen schaffen Wohnqualität“** ausschließlich für Architektinnen ausgelobt. Ziel war es, die weiblichen Erfahrungen mit Alltagsabläufen in die Planung einfließen zu lassen. Es sollte ein Wohnumfeld geschaffen werden, das die Gleichzeitigkeit von mehreren Tätigkeiten erleichtert (z. B. Kinderbetreuung und Arbeit). Wohnungen wurden vor allem unter dem Gesichtspunkt eines „Vollarbeitsplatzes“ konzipiert. Flexible Grundrisse und kommunikative, nutzungsdifferenzierte Gestaltung des Außenraumes sowie die Anordnung und Integration gemeinschaftlicher Räume waren wichtige Elemente.

Neben diesem Wohnbauprojekt gibt es im Bundesland Salzburg noch weitere Aktivitäten. Im Bereich der Dorf- und Stadterneuerung vertreten die Regionalmanagerinnen in den Leitbildentwicklungen den Genderaspekt. Im Flachgau wird derzeit im Salzburger Seengebiet ein Konzept zur Regionalentwicklung für die

Jahre 2002 bis 2015 erarbeitet. In diesen Prozess bringt das Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung den Genderaspekt ein.

Außerdem führt das Frauenbüro der Stadt Salzburg derzeit ein **Gender-Mainstreaming-Projekt „Wohnalltag in der Stadt“** durch, in dem am Beispiel Wohnen der Blick auf die gesellschaftlich geprägten Unterschiede zwischen Frauen und Männern gerichtet wird. In Kooperation mit den Gemeinnützigen Bauvereinigungen und dem Wohnbund werden die Wohnbedürfnisse von Frauen und Männern erhoben und analysiert. Gemeinsam mit 561 BewohnerInnen von vier ausgewählten Wohnanlagen sollen neue Gestaltungsmöglichkeiten des Zusammenlebens entwickelt werden. Die wichtigsten Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die sich in einer ersten schriftlichen Befragung zeigten, sind folgende:

Frauen haben häufiger als Männer keinen eigenen Rückzugsbereich in der Wohnung. Sie sind aktiver, was soziale Aktivitäten in der Wohnanlage anbelangt und verbringen deutlich mehr Lebenszeit in der Wohnung als Männer. Außerdem übernehmen Frauen nach wie vor einen Großteil der Hausarbeit, auch wenn sie vollzeitig berufstätig sind.

Auch über Mobilität wurden die BewohnerInnen befragt. Es zeigt sich, dass nichts ohne Auto geht. Hier tritt erfahrungsgemäß der Genderaspekt besonders in den Vordergrund: Frauen gehen deutlich mehr zu Fuß und nutzen häufiger den Bus. Männer fahren deutlich mehr Auto und nutzen häufiger das Fahrrad.

Ziele dieses Projekts ist es, Veränderungspotenziale im Wohnen sichtbar zu machen und damit eine Verbesserung des Alltags von Frauen und Männern zu bewirken. Es soll eine neue methodische Bewältigungsstrategie für Alltagshandeln angeboten und an einem praktischen Thema erprobt werden. Außerdem sollen Aussagen zum „innovativen“ Wohnbau hinsichtlich der Bedürfnisbefriedigung getroffen werden. Das Projekt soll Ergebnisse liefern, die für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können (z. B. Broschüre „Wohnalltag - Dialog der Unterschiede“).

***Sybille Reidl** ist Soziologin am Wissenschaftszentrum Wien, zuständig für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie für Gender Mainstreaming.*

VON ROSTOCK BIS MÜNCHEN: GENDER IM MAINSTREAM VON STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG?

Christiane Droste

Gender Mainstreaming (im Folgenden mit GM abgekürzt) ist erklärte Gemeinschaftsaufgabe, soll in allen Sachgebieten, Maßnahmen und Projekten zum Handlungsauftrag werden. Entsteht damit eine neue Herausforderung für die Stadtentwicklung, eine Chance, das Leitbild „frauen- und alltagsgerechte Stadt“ zu verwirklichen? Der „Stand der Dinge“ zur Umsetzung von GM in der Stadtentwicklung und -planung lässt diese Frage vorläufig unbeantwortet – nicht zuletzt angesichts schwindender Ressourcen der Kommunen und zurückgehendem Wohnungsbedarf.

Stand der Dinge im Juni 2002: Versuch einer Zwischenbilanz

Die GM-Strategie ist ein **Top-down-Modell** – betrachten wir also das deutsche GM-Konzept von „oben nach unten“, von der Regierungs- bis zur Kommunalebene. Die Bundesregierung bekennt sich zur GM-Strategie, die auf Bundesebene in allen Ressorts verpflichtend ist. GM gehört inzwischen zum Standard von Regierungsprogrammen und Koalitionsvereinbarungen und wird insofern – allerdings im Rahmen von Familienpolitik – Wahlkampfthema sein. Das Hauptfeld der Implementierung auf Bundes- und Länderebene ist gegenwärtig die Sensibilisierung für und Weiterbildung in der Genderthematik.

Das Konzept der Bundesregierung zur Verbesserung der Chancengleichheit konzentriert sich auf die **Bereiche Arbeit und Familie** – dementsprechend hat in der Umsetzung von GM auf Bundesebene das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Federführung. Ein indirekter Einfluss auf Projekte integrativer

Stadtentwicklung ist durch ein bundesweites Gendertraining für ESF-Verantwortliche zu erwarten. Das für die Stadtentwicklung zuständige Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr hat sich bislang nicht öffentlich zum GM positioniert.

Nach spezifischen GM-Strukturen, ressortinternen Steuerungskonzepten, Modellprojekten zu und Controlling von GM sucht man in den meisten Bundesländern – abgesehen von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – noch vergeblich. Längst nicht alle Bundesländer haben bereits Kabinettsbeschlüsse zum GM gefasst: Niedersachsen und Sachsen-Anhalt waren hier 1998 die Vorreiter, insbesondere durch den Einbezug des Leitbilds der „Stadt der kurzen Wege“ in die Landes-Raumordnungsprogramme. Grundsatzbeschlüsse bestehen in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Bremen, seit Juni 2002 auch in Berlin. Weiterbildungen für das Kabinett und die RessortleiterInnen wurden fast überall durchgeführt, interministerielle Steuerungsgruppen existieren z. B. in Bremen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Es geht also voran, die politische Verankerung und Selbstverpflichtung zur Implementierung von GM nimmt zu.

Im föderativen System der BRD sind die Zuständigkeiten für alltagsrelevante politische Gestaltungsbereiche, wie Stadt- und Regionalentwicklung, Schulwesen und Verkehrsplanung, nicht in allen Bundesländern einheitlich geregelt. Da gesamtstaatliche Steuerungsmöglichkeiten begrenzt sind, setzen Staat, Länder und Kommunen folglich GM nicht im Gleichschritt um. Die Verhältnisse sind jedoch sensibel. So können politische Veränderungen – wie jüngst am Beispiel

des Frauenbeirats der Stadtentwicklungsbehörde Hamburgs zu beobachten war – auch für etablierte und bewährte Instrumente zur Durchsetzung frauenspezifischer Belange von einer Legislaturperiode zur nächsten das „Aus“ oder zumindest einen gewaltigen Rückschritt bedeuten. Widerstand ist auch verwaltungsintern nicht auszuschließen: Eine erste Querschnittsauswertung¹ des Programms *Soziale Stadt*, das ähnlich wie GM verschiedene Themen- und Handlungsbereiche kommunaler Verwaltungen ressortübergreifend zu integrieren versucht, hat ergeben, dass sich deutsche Verwaltungen allgemein mit integrierten Handlungsstrategien noch immer schwer tun. Politisch formulierten Zielen steht oft die Trägheit einer an hierarchisches und segmentiertes „Abarbeiten“ gewöhnten Verwaltung gegenüber.

Zur **Verwurzelung der Strategie** GM tragen die **NGOs** und die **politischen Stiftungen** der Parteien, die einen wichtigen Bildungs- und Diskursauftrag haben, maßgeblich bei. Sie, die bereits seit Jahrzehnten ein Forum für Frauenpolitik waren, ergänzen die Aktivitäten zum GM-„bottom-up“: durch Tagungen oder Strukturveränderungen innerhalb ihrer Institutionen oder durch ihre Einbindung in integrierte Maßnahmen der Stadtentwicklung.

Auf kommunaler und regionaler Ebene wird GM im Wesentlichen über drei Bezugsfelder realisiert: die **Verwaltungsmodernisierung**, das sich entwickelnde Selbstverständnis der **Kommunen als Dienstleister** und im Rahmen von **Zukunfts- und Leitbilddebatten**. In den wenigsten Städten gibt es neben den an der Verwaltungsspitze angesiedelten Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten eigene Geschäftsstellen zur Umsetzung von GM. Die Gefahr, dass durch diese Anbindung der GM-Umsetzung entgegen

dem eigenen Anspruch wieder ein „Ressort“ entwickelt wird, das sektoral arbeitet, ist nicht zu leugnen.

Gender-sensible Planung ...

Da die Frauenbeauftragten selbst meist weder aus Planungsberufen stammen noch in den Planungsabteilungen arbeiten, ist gender-sensible Verwaltung oft stärker im Vordergrund der Aktivitäten als eine frauengerechte Stadt. Zumeist sind es dennoch eher die Frauenbeauftragten als die Planungsressorts, die sich auf die Suche nach „good-practice“ in frauengerechter bzw. gender-sensibler Planung machen. Dies verdeutlicht, dass die Ergebnisse und Modell-Projekte aus zwanzig Jahren feministischer Planungswissenschaft und -praxis bis heute wenig Eingang in den kommunalen Planungsalltag gefunden haben. Die tendenziell resignativ-skeptische Haltung der „ersten Generation“ der Expertinnen feministischer Planung zu GM überrascht daher wenig.

... im Aufwind?

Das **politische Commitment** und das **frauenpolitische Engagement** in der Nachhaltigkeitsdiskussion zu GM lassen jedoch die Expertinnen-Netzwerke für gender-sensitive Planung zu neuem Leben erwachen. Wissenschaftliche Fachtagungen zu GM in der Stadtentwicklung häufen sich, der „Sachnotstand“ führt in der Praxis zu neuen oder intensiveren Vernetzungen von Frauenbeauftragten, -beiräten und -ausschüssen. Die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis ist gefragter denn je: externe Expertinnenarbeitskreise - wie der AK FIRST in Hannover, die FOPA² in Dortmund oder der Frauenratschlag in Stuttgart - werden zur Einbettung gleichstellungsrelevanter Aspekte in die Planung einbezogen. Die Fachgruppe

¹ Deutsches Institut für Urbanistik (difu) 2002, unveröffentlicht.

² FIRST: Fraueninteressen in der Stadt- und Regionalplanung; FOPA: Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen.

„Frauen in der Planung“ der SRL³ veröffentlichte bereits 1998 feministische Strategien für nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung in der BRD als Vorbereitung für URBAN 21. Im Rahmen der Lokalen-Agenda-21-Prozesse wurde 1999 ein „Frauennetzwerk Lokale Agenda“ gegründet. In einigen Städten ist Gleichstellung eine der Zielsetzungen des Lokalen-Agenda-21-Prozesses oder wird, wie in den Agenda-Leitlinien von Bochum, Duisburg oder Köln, über entsprechende Teilnahmeverfahren umgesetzt. Der Deutsche Städtetag als kommunaler Spitzenverband greift das Thema „gendersensitive Planung“ wieder auf: GM in die Diskussion um das Leitbild für die „Zukunft der Stadt in Europa“ 2000/2001 einzubeziehen, setzte zumindest ein Signal.

Doch wie sieht der Alltag aus, im Planungsamt, in der Wohnungsgesellschaft, jenseits von Theoriedebatten, Politik und Leitbildern? *„Das zuständige Ressort für was? Gender Mainstreaming? Ja, was um Gottes Willen soll denn das sein?... Ach so, da dürfte wohl eher die Frauenbeauftragte zuständig sein ...“* - nicht selten lautet so die erste Antwort auf die Frage an kommunale Planungsabteilungen, ob, von wem und mit welchen Instrumenten GM derzeit in der Planung umgesetzt wird. Hier wird zweierlei offenbar: **Die Diskussion über GM beschränkt sich weitgehend auf Fachforen.** Die Öffentlichkeit, deren Kenntnis über und Interesse an frauenspezifischen Fragen in der Planung ohnehin gering ist, versperrt sich dem Begriff „Gender Mainstreaming“ bisher weitgehend. Auch unter Expertinnen scheiden sich die Geister, ob Gender Mainstreaming als Instrument zur stärkeren Berücksichtigung von Fraueninteressen genutzt werden kann, Ausdruck eines umfassenderen Bewusstseins für Frauenbelange oder eine Bedrohung für etablierte

Frauenförderinstrumente, eine Missachtung seit Jahren praktizierter Querschnittspolitik ist. Gleichzeitig profitiert die Umsetzung von GM durch Gleichstellungsbeauftragte davon, dass diesen in Konfliktsituationen gesetzliche Verfahrenswege für die Umsetzung von Chancengleichheit offen stehen, und dass sie in der Regel bereits über interne Netzwerke und Personalkenntnisse verfügen.

Gender Mainstreaming - good practice

erschließt sich oft nicht auf den ersten Blick. Salopp ausgedrückt „steht nicht überall, wo *gender* drin ist, auch *gender* drauf“. Viele Kommunen scheuen noch immer Labels wie *gender-sensibel* oder *frauengerecht* und arbeiten die entsprechenden Kriterien allgemeiner unter „Chancengleichheit“, „Familienfreundlichkeit“ oder „Sozialverträglichkeit“ in ihre Leitbilder ein. Checklisten zur frauengerechten Planung ergänzen dann bestehende Verfahren. Die Erfahrungen in München, Leipzig und Lübeck, wo GM in die Leitbilder zur Stadtentwicklung oder Steuerungsmodelle aufgenommen wurde, beweisen jedoch die Signalwirkung dieses Vorgehens. Ein Nachteil ist dabei, dass so häufig **nicht verschiedene weibliche Lebensentwürfe**, sondern hauptsächlich die **Familiertätigkeit** als Bedürfnisstruktur zu Grunde gelegt wird. In der Regel werden Doppelstrategien wirksam, d. h. die Festschreibung von Leitlinien und die Realisierung von Modell-Projekten laufen parallel. Zumeist findet sich GM als Bestandteil von Verwaltungsreformen wieder, wie z. B. in Berlin-Charlottenburg, wo es bereits seit 1997 einen generellen Beschluss zur Verwirklichung von Gleichstellung per Leitbild gibt, und dies auch im Rahmen von Strukturen und allen Stufen der Verwaltungsreform zu realisieren war. Konkret hieß das, pro Leistungs- und Verantwortungszentrum eine verantwortliche Person zur Umsetzung von

³ Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung – SRL e.V.

Gleichstellungszielen einzusetzen, Letztere in allen Etappen der Verwaltungsmodernisierung explizit festzuschreiben und den Frauenbeirat „Stadtplanung“ aktiv in Planungsverfahren einzubeziehen.

Praktische Beispiele

Einige Beispiele, wie GM bisher in Planungsprozesse einbezogen wurde, seien hier in aller Kürze vorgestellt⁴:

München

In München sind frauenspezifische Belange im Leitbild für die Gesamtstadt, der PERSPEKTIVE MÜNCHEN und im Leitbild für das Planungsreferat enthalten. Gleichstellung ist Bestandteil der kommunalen Zielvereinbarungen und in der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes werden Frauenbelange gesondert behandelt. Eine Mustersatzung für den Bebauungsplan formuliert eine „Regelung besonderen Wohnbedarfs“, die Investoren die Überschreitung räumlicher Begrenzungen für die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen erlaubt. Im Rahmen der Sozialen Stadt wurden am Goldschmiedepplatz ein frauen- und Mädchenspezifisches Freiraumprojekt und in Milbertshofen ein frauenorientiertes Projekt zur sozialen Ökonomie im Stadtteil realisiert.

Lübeck

„Lebensformen sind individuell veränderbar und wählbar“ lautet das Lübecker Leitbild, dessen Grundlage eine dialoggesteuerte frauenspezifische Bestandsaufnahme war. Strategische Ziele sind einerseits die

Förderung von solchen Lebensentwürfen, die Alternativen zu herrschenden geschlechtsspezifischen Rollenklischees anbieten und andererseits eine mädchen- und frauengerechte Stadt. Operativ wird dies u. a. umgesetzt durch Rahmenbedingungen für den städtischen Wohnungsbau, die neue Wohnformen erlauben, durch die Anwendung frauengerechter Gestaltungsprinzipien in Architektur und Planung, die flächendeckende Einrichtung von Stadtteilbüros und die Sicherstellung vernetzter Zeiten durch frauengerechte Abstimmung der ÖPNV-Fahrpläne.

Wuppertal

Im Wuppertal werden Personalentwicklung, Umweltschutz, Controlling, Haushalts- und Qualitätsmanagement nach GM-Kriterien umgesetzt. Mit den einzelnen Fachressorts werden dazu unterschiedliche Managementformen vereinbart, über deren Umsetzung halbjährlich Bericht erstattet wird. Zusätzlich wird eine Sozialverträglichkeitsprüfung innerhalb der Bauleitplanung durchgeführt.

Rostock

Leitfäden oder Sozialverträglichkeitsprüfungen strukturieren die Umsetzung von GM z. B. in Rostock und Karlsruhe. Rostock nimmt aufgrund der Vielzahl seiner Projekte mit frauenspezifischem Ansatz eine besondere Rolle in den neuen Bundesländern ein. Seit April 2001 arbeitet die Bürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik und Wahlen an der Umsetzung von GM in der Stadtverwaltung. Ende 2000 wurden Leitlinien zur Stadtentwicklung beschlossen, an deren erster Stelle das Leitbild „Chancengleichheit“ steht. Zur Unterstützung des GM-Prozesses wurde eine Arbeitsgruppe „Chancengleichheit“ gegründet, in der alle Fachämter an den Kriterien einer Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung arbeiten. Stadtentwicklung gehörte zu den Themen des öffentlichen „Frauenpolitischen Tisches“, einer der frauen-

⁴ Die Informationen stammen aus Veröffentlichungen der Kommunen, Telefoninterviews und - mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberinnen - den Manuskripten der Dokumentationen der Fachtagung „Chancengleichheit durch Stadtentwicklung“ (ILS Dortmund/Zentrum für Frauen, Beruf und Technik Castrop-Rauxel 2001) und der Tagung *GM in der Stadtentwicklung der Fachgruppe Frauen der SRL* in und der *Frauengruppe des IfR*, 2002 in Hannover.

spezifischen Beteiligungsformen der Stadt. Hier wurden z. B. die Gestaltung von frauenfreundlichen Straßentunnels durchgesetzt oder die „Fledermaus“, ein Nacht-Bus-Shuttle, das die Rostocker Discoteken abfährt, um vor allem Frauen einen sicheren Heimweg zu gewährleisten. Die Wanderausstellung StadtWeibBlick (1998) eröffnete Frauensichten auf die Stadt.

Karlsruhe

Die Stadt Karlsruhe führte an Stelle einer explizit „frauengerechten“ Prüfung von Planungsverfahren 1995/2001 per Gemeinderatsbeschluss eine „Sozialverträglichkeitsprüfung“ ein, die jeweils die am stärksten betroffene und zugleich am wenigsten berücksichtigte Gruppe eines Stadtteils ins Zentrum der Analyse und der Beteiligung stellt. Alle an den Planungsprozessen beteiligten Ämter waren sowohl an der Bearbeitung des Kriterienkatalogs beteiligt als auch verpflichtet, über die Umsetzung dieser „Amtshilfe“ im Gemeinderat zu berichten. Für den Planungsprozess heißt das konkret, dass entweder eine Stellungnahme in der Beschlussvorlage zur Sozialverträglichkeit formuliert, ein Beteiligungskonzept erarbeitet oder eine Projektgruppe gegründet wird. Bereits im Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes werden die Sozial- und Jugendbehörde sowie die Frauenbeauftragte einbezogen. Bei Bauvorhaben wie in der Gestaltung des ÖPNV sind die Kriterienkataloge der Sozialverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen. Das Verfahren wird durch halbjährliche Routinegespräche mit der Frauenbeauftragten und der Sozial- und Jugendbehörde begleitet.

Berlin

Grundsatzbeschlüsse wurden z. B. in Berlin und Leipzig gefasst. Der Senat von Berlin beschloss im Mai 2002 die Einrichtung einer *Landeskommission Gender Mainstreaming*, der unter Leitung

der Staatssekretärin für Wirtschaft, Arbeit und Frauen VertreterInnen folgender Bereiche angehören werden: Inneres, Finanzen, Rat der BürgermeisterInnen, Beschäftigungsvertretungen, die neu eingerichtete *Geschäftsstelle Gender Mainstreaming*, externe Beratung sowie aus der Gesamtsteuerung der Verwaltungsmodernisierung.

Diese Landeskommission koordiniert und berät auf Senats- und Bezirksebene jene Ressorts, denen das Controlling hinsichtlich der Umsetzung von GM in ihren Zuständigkeitsbereichen zugewiesen wird. Für die Dauer etwa eines Jahres werden Pilotprojekte zur Implementierung von GM auf Senats- und Bezirksebene initiiert. Noch offen ist hierbei die Rolle des Beirats für frauenspezifische Belange, der bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angesiedelt ist.

Leipzig

verfolgt in seinem Beschluss zur Umsetzung von GM den schwedischen „3-R-Ansatz“, der als Grundlage die Aspekte *Repräsentation, Ressourcen* (Geld, Zeit, Raum) und *Realität untersucht*. *Realität* bezeichnet dabei jene Normen und Werte, die durch die Struktur behördlicher Aktivitäten sowie durch deren „Produkte“ deutlich werden.

Hannover

Bereits seit 1990 existieren im Kommunalverband Großraum Hannover Gleichstellungsleitlinien für die Verkehrsplanung. Der Nahverkehrsplan für den Großraum Hannover setzt auf die Doppelstrategie, den Genderansatz sowohl in den Einzelkapiteln, als auch in einem zusätzlichen Kapitel gesondert zu thematisieren. GM strukturiert die geschlechtsspezifische Standort- und Nutzungsanalyse des Planungsraumes, die Folgenanalyse von Nutzungstrends bei Frauen und die Maßnahmen zum Abbau ungleichwertiger Mobilitätschancen.

Hagen

In Hagen wurde GM im Rahmen des Lokalen-Agenda-21-Prozesses in das gesamtstädtische Leitbild einbezogen. Mehrfach veröffentlicht wurde die städtebauliche Rahmenplanung für den Stadtteil Hagen-Vorhalle, die über ein integriertes Modellprojekt zu frauengerechten Beteiligungsprozessen erstellt wurde.

Stuttgart

In Baden-Württemberg wurden Frauenbelange erstmals im Fortschreibungsverfahren des Regionalplans des Verbands der Region Stuttgart berücksichtigt. Vorbildlich war hier die Einführung einer Erfolgskontrolle, unter anderem durch das externe Expertinnen-Team FrauenRat-schlag, Region Stuttgart.

Hamburg

Der Hamburger Senat erließ 1995 die Verfügung, eine frauenspezifische Sicht in alle Arbeitsbereiche der Baubehörde einzubeziehen. Der in der Folge gegründete Frauenbeirat der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg war bis zur letzten Senatswahl ein erfolgreiches Beispiel für die Umsetzung von Frauen- und Gleichstellungsfragen. Seine Aufgaben waren die Entwicklung von Kriterien für die Berücksichtigung von Frauenbelangen in der Stadtplanung, von Konzepten zur sozialen Stadtteilentwicklung, der wohnortnahen Arbeitsversorgung und die Erarbeitung eines Zentrenkonzepts. Das größte Projekt des Frauenbeirats war die Mitwirkung an der frauengerechten Gesamtkonzeption für die Hamburger Hafencity. Besondere Berücksichtigung fanden neben der physisch-materiellen Ebene das Prozessverfahren sowie die Betonung umfassender NutzerInnenbeteiligung an diesem Stadtumbauprojekt.

Frankfurt am Main

In Frankfurt nimmt das Frauenreferat seit 1991 Stellung zu den Bebauungsplänen, seit 1996 existiert ein Leitfaden „Frauenbelange in der verbindlichen Bauleitplanung“. Seit 1998/99 kooperiert das Frauenreferat mit dem Sport- und Bäderamt zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen – Erfolge sind der seit 1997 etablierte *Frankfurter Frauen-Sport-Sommer* und die *geschlechtssensible Sportpädagogik*. Erfolge gab es hier insbesondere in der Arbeit mit islamischen Migrantinnen. Die Umsetzung von GM wird in Frankfurt ebenfalls durch die Frauenbeauftragte gesteuert, allerdings im Team mit einem ausschließlich für GM-Belange eingestellten männlichen Mitarbeiter - was möglicherweise im Sinne der Glaubwürdigkeit, dass es bei GM auch um die differenziertere Wahrnehmung der Situation von Männern geht, Signalfunktion hat.

Perspektiven für die Umsetzung von Gender Mainstreaming?

Bleibt zu fragen, welche Perspektiven die aktuellen Städtebauförderungsprogramme und Modell-Projekte für die Umsetzung von GM bieten. Das Ergebnis ist mehr als ernüchternd: Im Programm *Soziale Stadt*, das sich durch Ansprüche wie Nachhaltigkeit und Integrationsfähigkeit auszeichnet, ist die Berücksichtigung von GM oder frauenspezifischen Belangen in der Stadtplanung weder konzeptionell erforderlich noch als Evaluationskriterium benannt. Immerhin: Frauen spielen in der Umsetzung des Programms eine maßgebliche Rolle als Expertinnen und Multiplikatorinnen, die Berücksichtigung frauenspezifischer Belange ist jedoch weitgehend abhängig vom (impliziten) Engagement einzelner EntscheidungsträgerInnen. Die Ausschreibung für das

Programm *Stadtumbau* thematisiert GM gar nicht⁵.

Im **Forschungsverbund *Stadt 2030***, in dem Kommunen und WissenschaftlerInnen gemeinsam Zukunftsperspektiven, Ziele und Leitbilder für die Stadtentwicklung erarbeiten sollen, thematisieren 4 von 21 Projekten explizit den Zusammenhang von Stadtentwicklung und Geschlechterperspektive: **Bremen** formulierte ein Leitbild „Zeitgerechte Stadt“. Die Bürgerschaft beschloss hier bereits 1995, die Sicherheit und Mobilität von Frauen sicherzustellen. Vier Maßnahmen sollten wegweisend wirken: der Einbezug von „frauen- und kinderfreundlichen“ Kriterien in die Planung, die Beteiligung von Fachfrauen an Planungsprozessen, die Berücksichtigung von Fraueninteressen in allen Bereichen der Stadtentwicklung und die Entwicklung eines an den spezifischen Interessen der weiblichen Bevölkerung orientierten Verkehrskonzepts. **Braunschweig** und **Stuttgart** führen geschlechtsspezifische Trendberechnungen zum Wandel der Gesellschaft durch – dabei spielt die Zunahme des Anteils älterer Frauen in der Gesellschaft ebenso eine Rolle wie sich auflösende Haushaltsstrukturen und neue Familienformen. Erste Ergebnisse der Geschlechterforschung zur Partizipation finden sich im **Esslinger** Projekt wieder⁶.

Funktion und Wirkung von Frauen-Modellprojekten

werden kontrovers diskutiert: Kritisiert werden die zeitliche Befristung von Sonderförderungen, die tendenziell zu Konkurrenzsituationen in der Planung führt sowie die zeitlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen von Frauen-Modell-

projekten. Positiv hervorgehoben werden der „Überzeugungswert“ von Gebautem, die Öffentlichkeitswirksamkeit, die zunehmende Beteiligung von Frauen am Bauen & Planen und die Multiplikatorinnenwirkung. Kommunen und Wohnungsbau-gesellschaften, die solche Vorhaben realisierten, beurteilen sie eher positiv. Frauen-Projekte dienen in ihren Augen durch neue Organisationsformen, erweiterte TeilnehmerInnenkreise im Planungsprozess und frauengerechte Beteiligungsformen nach wie vor als Katalysator für GM. Eine kritische Darstellung vorwiegend deutscher städtebaulicher Frauenprojekte haben Barbara Zibell und Anke Schröder im Juni 2002 veröffentlicht - in der Absicht, sowohl das Wissen um Frauen in der Architektur und Planung zu vermehren als auch eine Sammlung von Good-practice-Beispielen für die Umsetzung von GM zur Verfügung zu stellen.

Vorläufiges Fazit

Form und Intensität der Umsetzung von GM leben auch in der Stadtentwicklung von Beitrag und Position „gendersensitiver“ MitarbeiterInnen in der Verwaltung, vom Vorbild weiblicher Planerinnen, von informellen Formen des Wissenstransfers - wo Planerinnen selbst in GM-Beiräten oder als Gleichstellungsbeauftragte am Werk sind, ist die Wirkung am stärksten. Eine nachvollziehbare Strategie einer der befragten Kommunen war daher, die Auswahl von Ressorts für GM-Pilotprojekte und Gender-Trainings erst nach dem Erkennen persönlichen Engagements in der Führungsebene zu treffen. Eine offene Frage bleibt bisher meist, was passiert, wenn die Strategien und Leitbilder zum GM nicht umgesetzt werden. Die aktuelle wirtschaftliche Situation der Kommunen lässt befürchten, dass jede zusätzliche Förderung willkommen ist, jedoch ohne Controlling die tatsächliche Umsetzung *inhaltlicher* Anforderungen, an die eine Förderung gebunden ist, keineswegs gewährleistet ist.

⁵ Die Ergebnisse des Wettbewerbs, die möglicherweise in der Bearbeitung dennoch zu anderen Ergebnissen führen könnten, sind noch nicht veröffentlicht.

⁶ Die Informationen zu *Stadt 2030* entstammen dem Vortragmanuskript von Stephanie Bock 2002.

Handreichungen, Leitfäden, Kriterienkataloge oder Sozialverträglichkeitsprüfungen - all diese Instrumente sind daher dann am wirkungsvollsten, wenn sie in vorhandene, anerkannte Verfahren eingebunden sind und direkt in Verfahrensabläufe eingreifen, wie z. B. in Controlling, Evaluation, Begründungen im B-Plan oder in die Dokumentation von Beteiligungsverfahren.

Christiane Droste, Kunst- und Kulturwissenschaftlerin, geb. 1963 in Augsburg. 1987-1990 Bühnenbildnerin,

1991-98 Studium der Kunstpädagogik an der Hochschule der Künste, Berlin. Laufendes Dissertationsvorhaben zu „Architektinnen in der Wiederaufbauzeit – ein Balanceakt zwischen Anpassung und Eigensinn? Werke und Biografien von Architektinnen in Ost- und West-Berlin von 1949-1969“. 2000 Visiting Scholar der International Women's University, Projektbereich City and Gender in Kassel. Seit 2001 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, Berlin.

Zusammenfassung

Gender Mainstreaming (GM) gehört inzwischen zum Standard von Regierungsprogrammen und Koalitionsvereinbarungen in Deutschland. Die politische Verankerung und Selbstverpflichtung zur Implementierung von GM nehmen zu. In der Stadtentwicklung sind spezifische GM-Strukturen und Controlling jedoch noch entwicklungsbedürftig, die meisten Kommunalverwaltungen tun sich mit integrierten Handlungsstrategien nach wie vor schwer. Auf kommunaler und regionaler Ebene wird GM im Wesentlichen über drei Bezugfelder realisiert: die Verwaltungsmodernisierung, das sich entwickelnde Selbstverständnis der Kommunen als Dienstleister und im Rahmen von Zukunfts- und Leitbilddebatten.

Wer koordiniert die Umsetzung von GM in den Kommunen, welche Auswirkungen hat dies auf die Stadtentwicklungsplanung, welche Instrumente haben sich bisher als effektiv erwiesen? Eine Zwischenbilanz.

Abstract

Today Gender Mainstreaming is a standard in every government program and coalition agreement in Germany. The political commitment to implement Gender Mainstreaming increases, but in the area of Urban Development specific structures and controlling of Gender Mainstreaming are still to be developed. Most of the municipal administrations have problems with gender sensitive strategies. At the regional level Gender Mainstreaming is realised mainly in three different referent fields: the modernisation of administration, the developing identity of the municipal administration as service providers and within debates about future principles.

Who coordinates the realisation of Gender Mainstreaming in the municipal administrations and how does this effect the planning of urban development? Which kind of instruments have proved to be effective so far? An interim balance.

STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR UMSETZUNG DES PRINZIPS GENDER MAINSTREAMING IN DER VERKEHRSPLANUNG

Johann Dieckmann

Situationsanalyse

Mit dem ab 2020 bundesweit (BRD) vorhergesagten massiven Bevölkerungsrückgang wird das Schrumpfen der Städte in vielen Regionen Europas endgültig ein Problem.

Dort, wo Abwanderung und Bevölkerungsrückgang jetzt schon in erheblichem Umfang auftreten, werden die betroffenen Städte eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Handlungsstrategien spielen. Sie haben als Pioniere die Chance, ihren Handlungsvorsprung zu nutzen und frühzeitig Strategien zur Gegensteuerung zu entwickeln.

Schrumpfung erfordert grundlegend andere Strategien und Methoden als die angebotsorientierte, auf Wachstum ausgerichtete, klassische Stadt- und Verkehrsplanung. Ein Paradigmenwechsel ist angesagt. Nachdenken ist erforderlich, um neue Ideen zu entwickeln, wie die Situation zu meistern ist¹.

Die Veränderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung ist zugleich

auch eine Antwort auf die unterschiedlichen Bedingungen der Geschlechter in der Gesellschaft, die zur Veränderung eben dieses generativen Verhaltens geführt haben - mit allen damit verbundenen Auswirkungen, die erst jetzt langsam erkennbar werden, jedoch eine einschneidende Veränderungen mit sich bringen. Um die Entwicklung überhaupt beeinflussen zu können, ist darüber nachzudenken, wie mithilfe des Planungsprinzips des „Gender Mainstreaming“ die Chancengleichheit der Geschlechter hergestellt werden kann und wie durch gezielte Förderung auf allen Ebenen das generative Verhalten beeinflusst werden kann.

Deshalb ist auf allen Ebenen zu prüfen, inwieweit Planungen und Verteilungsmechanismen diesen Prozess beeinflussen, und zwar mit dem Ziel, die Lasten für die Erziehung der Kinder gerecht zu verteilen und für Lebensgemeinschaften mit Kindern optimale Bedingungen zu schaffen.

Die Prüfung, inwieweit Planungen bzw. die Verteilung von Ressourcen zur Umsetzung oder Behinderung dieses Ziels dienen, ist deshalb zwingend als Prüfbaustein bei Planungen zu beachten, ähnlich wie bei der mittlerweile zum Standard gewordenen Umweltverträglichkeitsprüfung.

Trotz der alarmierenden, durch die Bevölkerungsentwicklung ausgelösten bzw. beschleunigten sozialen und finanziellen Veränderungen ist das Problembewusstsein der Öffentlichkeit - und vor allem der Politik - nur mangelhaft ausgeprägt. Dies liegt zum Teil an unterschiedlichen Prioritäten, zum Teil aber auch daran, dass die, die in der Lage sind, Entwicklungen mit

¹ Die nachfolgenden Überlegungen sind Auswertung der Diskussionen eines Workshops, der von der Stadt Wien im Dezember 2001 durchgeführt wurde. Grundlage der Einschätzungen und Vorschläge sind die Entwicklungen in der Bundesrepublik, speziell die strukturelle Veränderung im Ruhrgebiet. Den Aussagen liegt die Wertvorstellung von der Weiterentwicklung der europäischen Stadt in einer pluralistischen Gesellschaft zu Grunde, die überall Grundlagen für verschiedene Lebensstile und Wohnformen bieten muss. Planungskonzeptionen, die zu einseitigen Bevölkerungsstrukturen mit deren negativen Auswirkungen führen und von einem Bild der „separierten Stadt“ für verschiedene soziale Klassen ausgehen, entsprechen nicht den Wertvorstellungen.

ihren Konsequenzen aufzuzeigen, sich scheuen, in der Öffentlichkeit eindeutig Position zu beziehen. Es werden kaum Lösungsansätze in der Planungstheorie und Praxis entwickelt, die auch von der Politik vermittelt werden können.

Der Landes- und Regionalplanung ist es nicht gelungen, diesen Prozess der Bevölkerungsumverteilung nachhaltig zu beeinflussen, zumal andere Faktoren diese Nutzungsverteilung mit ihren Auswirkungen wesentlich stärker beeinflussen (z. B. steuerliche Förderinstrumente wie die Entfernungspauschale, Bodenpreisentwicklung, Steuervorteile etc.). Ohne eine grundsätzliche Neuorientierung sämtlicher, die Raumnutzung bestimmender Faktoren, wird allein mit den herkömmlichen Planungsinstrumentarien die Entwicklung nicht zu beeinflussen sein.

Bestimmende Größe für die Verkehrsentwicklung einer Stadt oder Region ist die Nutzungsverteilung innerhalb des Raumes, aus der sich die Verkehrsbedürfnisse ableiten lassen. Nachhaltige Verkehrsentwicklung muss deshalb die Verteilung der Nutzungen beeinflussen können.

Aus diesem strategischen Ansatz heraus ist die politische Diskussion zu führen; zumal die sozialen Sicherungssysteme, die auf dem Generationsvertrag beruhen, unter diesen Rahmenbedingungen nicht finanzierbar sind. Dies führt bereits jetzt zu erheblichen finanziellen Problemen. Hierdurch könnte der soziale Frieden in der Gesellschaft gefährdet werden.

Unter Berücksichtigung dieser Situationsanalyse sind die strategischen Überlegungen zum Gender Mainstreaming in der Verkehrsplanung abgeleitet.

Strategische Hinweise und Handlungsfelder für die geschlechterspezifische Verkehrsentwicklungsplanung

Durch die Stadt-Umland-Wanderungen und die bereits erwähnten Schrumpfungsprozesse entstehen disperse Siedlungsstrukturen, die sich in der Regel nur schlecht durch öffentliche Verkehrsmittel erschließen lassen. Dies führt zu einer Dominanz des Autos, mit der Folge zunehmender verkehrsbedingter Immissionen und damit einhergehender Umweltzerstörung. Besonders die innenstadtnahe Wohnbevölkerung ist den Auswirkungen des autogestützten Berufs- und Einkaufsverkehrs ausgesetzt.

Auch diese Situation kann zu weiteren Abwanderungen führen. Die Immissionsbelastungen in den Innenstädten durch den Verkehr führen heute bereits zur Überschreitung der Grenzwerte bezüglich der Luftqualität. Andererseits werden die fehlenden Stellplätze in den dicht bebauten Innenstadtquartieren von den Bewohnern als Mangel der Wohnqualität empfunden.

Die kommunale Verkehrspolitik muss integraler Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik sein. Ziel muss es sein, den Verkehr stadt- und sozialverträglich zu gestalten und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltqualität zu leisten. Mobilität muss unabhängig von sozialem Status oder Geschlecht zu vertretbaren Kosten ermöglicht werden. Deshalb ist ein leistungsfähiger ÖPNV, in Verbindung mit den notwendigen Infrastruktureinrichtungen für den Individualverkehr, Grundlage für die Attraktivität der Städte und Regionen.

Verkehrspolitik muss deshalb eine Mobilität schaffen, die die innenstadtnahen Wohnquartiere stärkt und eine Zeit sparende Erreichbarkeit der verschiedenen Einrichtungen für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung ermöglicht (Kindergärten,

Schulen, Freizeiteinrichtungen etc.). Um eine solche Politik ermöglichen zu können, müssen die jetzigen, für die Verkehrsentwicklung bestimmenden Faktoren überprüft werden und unter Einbeziehung der Auswirkungen auf die Geschlechter diskutiert werden. Dies wird unter strategischen Gesichtspunkten nur möglich sein, wenn bei der Erarbeitung von Verkehrsentwicklungsplänen diese Systematik überprüft und weiterentwickelt wird. Eine generelle Infragestellung der Systematik der Verkehrsentwicklungsplanung, so wie sie sich seit dem Krieg auch zur Durchsetzung der Mobilitätsvorstellungen der Gesellschaft entwickelt hat, wird aufgrund der dahinter liegenden Interessen nicht möglich sein.

Hieraus ergeben sich zwei strategische Handlungsfelder:

- Die Analyse des Verkehrsverhaltens muss geschlechterspezifisch hinterfragt werden, d. h. die Methodik der Haushaltsbefragung ist zu verändern, um die unterschiedlichen Mobilitätsmöglichkeiten der Geschlechter darstellen zu können und daraus Forderungen und Maßnahmen für eine veränderte Verkehrsentwicklung ableiten zu können.
- Die Grunddaten, die der Verkehrsentwicklungsplanung zu Grunde liegen, sind um geschlechterspezifische Daten zu ergänzen, sodass mithilfe dieser Daten die Planungssystematik und die Anforderungen an die Verkehrsentwicklungsplanung überprüft werden können.

Aus der Analyse ist ein begleitendes Kommunikationsmodell zur Strukturierung des Diskussionsprozesses in der Öffentlichkeit zu entwickeln, damit die Ergebnisse dieser Analyse öffentlich diskutiert werden können und durch diese öffentliche Diskussion die Inhalte der

Planung und des Prozesses beeinflusst werden können.

Grundlage für dieses begleitende Kommunikationsmodell sind die für die Verkehrsentwicklung strategischen wichtigen Handlungsfelder sowie die jeweils zu definierenden Vorgaben. Hierbei ist auch die besondere Situation der Stadt oder der Region zu beachten. Ferner sind die besonderen Eigenarten und die Mentalität der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Weiteres Vorgehen

Da es kaum konkrete Erfahrungen gibt, wie im Rahmen einer Verkehrsentwicklungsplanung das Prinzip des „Gender Mainstreaming“ umzusetzen ist, müssen für die Planung Partner gesucht werden, die auf Grundlage gleichartiger Wertvorstellungen die Planung erarbeiten. Hierbei sind verschiedene Disziplinen zusammenzuführen (z. B. StadtplanerInnen, VerkehrsplanerInnen, Kommunikationsfachleute, StatistikerInnen).

Es sollte durch ein Angebotsverfahren, dem ein präzises Anforderungsprofil unterlegt ist, ein Planungsteam aus verschiedenen Fachsparten zusammengestellt werden.

Dieses Angebotsverfahren sollte genutzt werden, um das Anforderungsprofil weiterzuentwickeln und mithilfe der Diskussion mit Fachleuten die gewonnenen Erkenntnisse zu verarbeiten und daraus die konkreten Teilaufträge abzuleiten, die zur Durchführung dieses neuen Ansatzes der Verkehrsentwicklungsplanung erforderlich ist.

Dipl.-Ing. Johann Dieckmann, Architekt und Stadtplaner (SRL); Stadtbaurat/Technischer Beigeordneter der Stadt Hagen. Mitglied in der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Zusammenfassung

Der Beitrag setzt sich mit Überlegungen bezüglich der Umsetzung des Prinzips Gender Mainstreaming in der Verkehrsplanung auseinander. Aufgrund der Veränderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung (Stadt-Umland-Wanderungen; Bevölkerungsrückgang) ist ein Paradigmenwechsel in der Stadt- und Verkehrsplanung notwendig. Strategische Überlegungen zu Gender Mainstreaming sind aufgrund der Berücksichtigung einer Situationsanalyse (Erhebung der Nutzenverteilung innerhalb des Raumes, aus der sich die Verkehrsbedürfnisse ableiten lassen) abzuleiten. D. h. dass die für die Verkehrsentwicklung bestimmenden Faktoren unter Einbeziehung der Auswirkungen auf die Geschlechter diskutiert werden müssen. Zusätzlich gilt es, die Grunddaten, die der Verkehrsentwicklungsplanung zu Grunde liegen, um geschlechtsspezifische Daten zu ergänzen.

Abstract

The article deals with aspects of implementing Gender Mainstreaming into the area of traffic planning. Due to changes in the generative behaviour patterns of the population (increase of commuting, general decrease of population in the cities e.g.) a paradigm shift in city and traffic planning is becoming necessary. Strategies for Gender Mainstreaming are to be deduced from an evaluation of the actual situation: Analyses of how public space is used provides information about transportation needs). The gender-specific impacts of the decisive traditional factors for traffic planning have to be considered. Further relevant gender-specific data have to be collected.

GENDER MAINSTREAMING UND LOKALE ZEITPOLITIK

Ulrich Mückenberger

1. Gender Mainstreaming und sein „Außenaspekt“

Man kann bei Gender Mainstreaming (im Folgenden GM abgekürzt) einen „Innen-“ und einen „Außenaspekt“ unterscheiden. Organisationen können - und sollen - bezogen auf ihre innere Struktur etwa bei der Personalbeurteilung, bei Fortbildung, beruflichem Aufstieg etc. die Grundsätze und Methoden des GM einhalten. Organisationen können - und sollen - aber auch, und gerade in ihrer Aktivität nach außen, diesen Grundsätzen und Methoden folgen. Hier wird vor allem der Außenaspekt genauer betrachtet. Wie kann eine Politik in Bezug auf städtische Gestaltung und Entwicklung aussehen, die diesen Grundsätzen und Methoden gerecht wird?

Ich möchte dies an einem **Gestaltungsfeld** beleuchten, das erst jüngerem Datums ist, das aber wohl gerade unter dem GM-Blickwinkel Aufmerksamkeit verdient: der **lokalen Zeitpolitik**. Diese bezieht sich unmittelbar auf für das Geschlechterverhältnis relevante Bereiche¹ und hat besondere inhaltliche Bedeutung: Wer von Alltag und konkretem Lebenszusammenhang redet, wird vom Geschlechterverhältnis nicht schweigen können. Das zeigen die drei Elemente des Begriffes „lokale Zeitpolitik“:

Zeit: Mit „Zeit“ umschreiben wir nicht die vergegenständlichte Dimension unserer Städte - wie Architektur, Technik, Anlagen usw. -, sondern wir beziehen uns dabei auf den gelebten Alltag, die Handlungsweisen, Glücksgefühle und Leiden der die Stadt

¹ Schon von ihrem Ursprung her trägt dieses neue Politikfeld geschlechterbezogene Züge - es geht nämlich auf Initiativen und Gestaltungen der italienischen Frauenbewegung seit Mitte der 80er-Jahre zurück.

bewohnenden Bürger/innen. Die „Zeiten der Stadt“ symbolisieren gewissermaßen den gelebten Alltag der Menschen, die das Gemeinwesen darstellen.

Lokal: Für die Qualität des Alltags sind oft die konkreten Umgebungsbedingungen Ausschlag gebend. Sie begegnen uns tagtäglich wieder, sind uns ein wiederkehrendes Ärgernis oder ein Grund wiederkehrender Freude. Wir können der Macht des Ortes und des Alltages, in dem wir uns gewohnheitsmäßig bewegen, nur je vorübergehend entfliehen. Trotz aller Globalität unserer Wirtschaft und unserer Lebensbedingungen sind wir immer wieder auch auf die Konkretheit der Umstände, die uns örtlich umgeben, angewiesen.

Politik: Es setzt sich neuerdings die Einsicht durch, dass die zeitlichen Bedingungen des Alltags - ob ich zur Ruhe komme oder gehetzt bleibe, ob die öffentlichen Verkehrsmittel meinen Mobilitätsanforderungen entsprechen, ob ich die zeitlichen Anforderungen von Erwerbsarbeit und Familie vereinbaren kann usw. - nicht einfach „gottgegeben“ sind, sondern „gemacht“ werden. Wenn sie aber gemacht werden, dann können sie auch gestaltet, „besser gemacht“ werden - und das ist ja wohl die Aufgabe - hier örtlicher - Politik.

2. Warum lokale Zeitpolitik?

Bis vor wenigen Jahren hat mit den Worten „Zeiten der Stadt“ kaum jemand etwas anfangen können. Bei den meisten werden Unkenntnis und Zweifel überwogen haben: Was ist denn so wichtig an der *Zeit* – sind der *Raum*, die *Infrastruktur* oder das *Geld* nicht wichtiger? Was soll der Plural in „Zeiten der Stadt“? Wieso wird da von *Zeiten der Stadt* und nicht *Zeiten in der Stadt* gesprochen? Und wieso gerade von

Zeiten in der Stadt und nicht auf dem Land? All das wäre von den Zeitgenoss/innen mit Kopfschütteln demjenigen entgegengehalten worden, der ohne weitere Erklärung von „Zeiten der Stadt“ gesprochen hätte.

Das hat sich deutlich geändert. Dass die urbanen Zeitabläufe und deren - gute oder schlechte - Organisation sehr viel mit Lebensqualität und dem Wohlbefinden der in der Stadt lebenden Bürger/innen zu tun haben, ist mittlerweile fast Gemeingut. Die Medien haben sich des neuen Themas bemächtigt: „Zeitwohlstand“ wird gefordert, der „Kampf gegen die Zeitdiebe“ ausgerufen. Das öffentliche Nachdenken hat auch in Deutschland begonnen. Dieses Nachdenken schließt die mit ein, über deren Zeit ohne ihre Zustimmung verfügt wird: im Stau, im Wartesaal, vor verschlossenen Schaltern und Ladentüren, in der Schlange vor der Kasse etc.

Muss das so sein?

Die „Bestohlenen“ beginnen, sich gegen die „Diebe“ zur Wehr zu setzen. Man kann das auch weniger trivial ausdrücken. Ein zunehmender Teil der Bürger/innen – Frauen vermutlich häufiger als Männer - fragt sich, *ob die herkömmlichen Vorkahrungen und Abläufe des täglichen Lebens, die ihren Alltag unter einen offenbar zunehmenden Stress setzen, eigentlich so sein müssen, wie sie sind.*

- Muss der Stress, dem die Eltern kleinerer Kinder - durch Verkehrszeiten, Schulzeiten, Betreuungszeiten, eigenen Arbeitszeiten und wieder Verkehrszeiten - ausgesetzt sind, wirklich sein, ist er unabänderlich?
- Muss das sein, dass Bibliotheken, Schwimmbäder, Werkstätten gerade dann ihre Türen abschließen, wenn ihre Zielgruppen die Zeit haben, sie zu nutzen?

- Muss das sein, dass bestimmte private oder öffentliche Dienstleistungen gerade dann erbracht werden, wenn die mit ihnen Gemeinten keine Zeit haben, die Dienstleistungen entgegenzunehmen?
- Konkret: Ist es wirklich der Weisheit letzter Schluss, dass Pakete dann angeliefert werden, wenn ich höchstwahrscheinlich nicht zu Hause anzutreffen bin - nämlich am späten Vormittag? Folge: eine orangefarbige Benachrichtigungskarte. Ich muss am Samstag in ein abgelegenes Amt fahren, um das Paket abzuholen - ein Paket womöglich, dessen Annahme ich, da es sich um unbestellt zugesandte Waren handelt, verweigern werde!
- Müssen mich der Behördengang, der Arztbesuch oder die Ankunft des lang erwarteten Handwerkers einen Tag meines Urlaubs kosten (alle diese Dienstleistungen sind nämlich regelmäßig nur dann zugänglich, wenn ich arbeite)?

Oder könnte es auch anders sein?

Alle Welt führt die Orientierung an Kund/innen, an Bürger/innen, KlientInnen oder wem auch immer auf den Lippen. Könnten sich daher private und öffentliche Dienstleistungen mit ihrem Angebot in Form und Zeit nicht nach denen richten, für die sie bestimmt sind?

Das hieße mit einfachsten Worten: „Zeiten der Stadt“.

Ausgangspunkt sind die im Alltag der Menschen in der Stadt auftretenden Probleme, die die Lebensqualität nachhaltig beeinträchtigen. Zeitnot ist zwar gewiss nicht der einzige Gradmesser für vorenthaltene Lebensqualität, aber er ist ein wichtiger – und wichtiger werdender – und ein viel zu lange vernachlässigt gebliebener.

Der Ansatz spürt die Hintergrundbedingungen für die ungelösten Alltagsprobleme auf – dies ist sein mehrere wissenschaftliche Disziplinen einschließender Forschungsbestandteil. Auf dieser Grundlage werden Modelle, Projekte und Experimente für die Verbesserung der Bedingungen des Alltags entwickelt und erprobt. Oft reicht schon eine bessere Zeitorganisation, um Alltagsprobleme zu lösen: eine Samstags-Sprechstunde, Rufbereitschaft usw. Nicht selten aber ergibt die Erforschung trivial erscheinender Alltagsprobleme auch Anhaltspunkte für die Notwendigkeit der Einrichtung neuartiger Dienstleistungen, der Umstrukturierung von Behörden und Verwaltungen, neuartiger kommunaler Planungsverfahren o. ä.

Ein roter Faden zieht sich durch alle Untersuchungen und Experimente zu „Zeiten der Stadt“ hindurch: Die **Verbesserung der Qualität des Alltags der Bürger/innen** erfordert eine viel weiter gehende direkte Beteiligung der Bürger/innen an den sie betreffenden Planungen und Gestaltungen, als es bisher üblich ist. Die meisten Experimente, die erfolgreich waren oder bei denen sich Erfolg abzeichnet, sind dadurch charakterisiert,

- dass feinfühligere Formen der Ermittlung des Bürgerwillens entwickelt und eingesetzt werden,
- dass neue Formen öffentlich geführter Diskurse über kommunale Gestaltungsfragen entstehen,
- dass Akteure – öffentliche wie private, repräsentative wie einzelne – zusammen treffen, die sonst nicht zusammenträfen und damit territoriale Gestaltungssynergien erzeugt werden („lokale soziale Dialoge“).

Es kann sich bei lokaler Zeitpolitik um die Umgestaltung der Zeitstrukturen eines Stadtteils nach den Bedürfnissen erwerbstätiger Mütter handeln (wie vom Hamburger Senatsamt für die Gleichstellung im Ortsamtsbereich Barmbek-Uhlenhorst in die Wege

geleitet). Oder es kann sich eben um die Einrichtung eines auf Zeitkoordination ausgerichteten „Zeitbüros“ handeln (wie bei dem Modellvorhaben in Bremen).

Dieses „Zeitbüro“ - das erste dieser Art in Deutschland - gibt es in Bremen seit Oktober 1997. Es soll helfen, den urbanen Alltag durch eine alltagsgemäßere Zeitkoordination zu verbessern. So einfach dieses Ziel klingt – seine Verwirklichung ist an eine Vielzahl von Nachforschungen, praktischen Informationen sowie gesellschaftlichen Abstimmungs- und Auswertungsprozessen gebunden. Existenz und Zeitstrukturen öffentlicher und privater Dienstleistungen müssen ermittelt, die Zeitrhythmen und Bedürfnisse der Bürger/innen erforscht werden, mögliche Kompromisse zwischen Dienstleistungsanbietern und Bürger/innen gefunden und praktisch umgesetzt werden.

Das Zeitbüro arbeitet akteursübergreifend und stadtteilbezogen. Es unterstützt die Erfüllung der Aufgabe der Beiräte und Ortsämter zu bürgernahe Tätigkeit und koordiniert die Tätigkeit privater wie öffentlicher Dienstleistungserbringer (sowohl untereinander als auch mit den Bedürfnissen der Bürger/innen). Dies geschieht nicht durch hoheitliche „Anordnungen“, sondern durch die Herstellung der Bedingungen für beteiligungsorientierte Lösungen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren, die sonst oft unabhängig voneinander - ja in Konkurrenz zueinander - denken und handeln. Das Zeitbüro wird damit Bestandteil einer demokratisierenden Kultur im Gemeinwesen.

Die folgenden Beispiele zeigen (auszugsweise) neben Projekterfahrungen aus italienischen Zeitprojekten auch Projektideen aus dem „Forum alltagsfreundliches Vegesack“: einheitliche Einführung eines Dienstleistungsabends von Behörden und Beratungseinrichtungen kombiniert mit einer Vereinheitlichung der Ladenöffnungszeiten des Einzelhandels;

sinnvolle Verknüpfung von Weiterbildungsmaßnahmen mit speziellen Kinderbetreuungsangeboten; Entzerrung von Zeiten des Schul- und Betriebsbeginnes zur Stauvermeidung; Mehrfachnutzung von öffentlichen Gebäuden z. B. Schulhöfen (nachmittags z. B.); Koordinierung von Schul- und Kinderbetreuungszeiten mit den Arbeits- und Wegezeiten der Eltern(teile); Kindermittags- und -nachmittagsbetreuung in einem Public-private-Mix; Einrichtung bzw. Stärkung von Zeitbanken zum Austausch von Dienstleistungen ohne Markt („Tausche Zeit gegen Zeit“).

3. Was hat das alles mit Gender Mainstreaming zu tun?

Lokale Zeitpolitik, also die zeitliche Strukturierung des Alltages am Ort, ist auf eine höchst verwickelte Weise mit dem Geschlechterverhältnis verknüpft (worauf auch schon der Ursprung dieser Initiative hinweist). Wir müssen uns auch die Widersprüchlichkeit sowie die Wechselwirkungen von Interessen klar machen, die mit Zeitpolitik berührt werden. Wenn wir z. B. an Öffnungszeiten denken, dann finden wir Frauen oft plötzlich „auf beiden Seiten“ - als diejenigen, die längere oder besser angepasste Öffnungszeiten brauchen (etwa als Eltern, als Kundinnen), aber auch als diejenigen, die diese neuen Zeiten anzubieten hätten (etwa als Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Lehrerinnen, Verkäuferinnen usw.). Dies ist zur Genüge aus der Ladenöffnungsdebatte bekannt. Aber mit dem Befund, dass das Problem vielschichtig und schwierig zu lösen ist, wird man sich nicht so einfach abfinden. Dort beginnt die Aufgabe von Zeiten der Stadt und Gender Mainstreaming eigentlich erst.

4. Konzeptionell-systematische Überlegung zu einer gender-gainstreaming-orientierten Gestaltung

Die Ausgangsthese lautet: Neue Zeitgestaltung hat vielfache Auswirkungen

auf das Alltagsleben von Beschäftigten und Bürger/innen und auf deren soziales Umfeld. Beispielsweise hat eine flexibilisierende Arbeitszeitgestaltung nicht nur Einfluss auf die Lebensführung Beschäftigter und ggf. ihre Familien, sondern auch auf die Zugänglichkeit der von ihnen erbrachten Dienstleistungen und damit auf deren persönliche und gemeinschaftliche Lebensführung. Der Gender-Mainstreaming-Ansatz erlaubt - und verlangt -, diese Vielfalt von betroffenen Interessen im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu beurteilen und angemessener zu gestalten.

Bei der Gestaltung betrieblicher oder behördlicher Zeiten werden der Innen- und der Außenaspekt meistens ohne Blick aufeinander konzipiert und geregelt. Unter dem Blickwinkel der Gleichstellung der Geschlechter sind mehrerlei Prüfungen vorzunehmen:

- ob eine veränderte oder beabsichtigte Arbeitszeitgestaltung mit Blick auf die Beschäftigten den gleichstellungspolitischen Zielen entspricht,
- ob eine nach außen gerichtete Zeitgestaltung - etwa Öffnungszeiten, Schalterstunden usw. - mit Blick auf die Klientel den gleichstellungspolitischen Zielen entspricht und
- ob die Wechselwirkung zwischen veränderten Arbeitszeiten und veränderten Zugänglichkeitszeiten den gleichstellungspolitischen Zielen entspricht.

Arbeitszeitgestaltung und Beschäftigte

Betriebliche und behördliche Arbeitszeitgestaltungen haben - bewusst oder unbewusst, gewollt oder nicht gewollt - gleichstellungspolitische Wirkungen. Betrachten wir das Beispiel Teilzeitarbeit, die derzeit bekanntlich eine überwiegend weibliche Domäne der Erwerbstätigkeit ist.

1. Unter diesen Bedingungen wird etwa die Nicht-Einführung von Teilzeitarbeit zu verringerten Beschäftigungschancen derer, die verstärkt Teilzeitarbeit nachfragen, führen. Der Blickwinkel des Gender Mainstreaming wird hier also für eine Ausweitung der Teilzeitarbeit sprechen.
2. Umgekehrt wird unter gegebenen Bedingungen die Einführung von Teilzeitarbeit in Betrieben oder Dienststellen - wenn sie nicht von näher zu bestimmenden Maßnahmen begleitet wird - innerhalb der betrieblichen Hierarchie zu einer geschlechter-spezifischen Segmentierung führen. Männer werden mehr Führungs-, Frauen mehr ausführende Funktionen innehaben, was sich dann unvermeidlich im Einkommenskegel ausdrücken wird. Der Blickwinkel des Gender Mainstreaming wird hier für Maßnahmen sprechen, die genau diesen geschlechterhierarchischen Segmentationsprozess zu verhindern, abzubauen oder zu kompensieren versuchen (Maßnahmen der gezielten Weiterqualifizierung für Teilzeitbeschäftigte, gezielte Einführung von Teilzeitarbeit in Führungspositionen).
3. Mit Arbeitszeitverkürzung im Allgemein bzw. dem Vordringen von Teilzeitarbeit im Besonderen gehen heute oft Prozesse einerseits der Flexibilisierung, andererseits der Intensivierung der Erwerbsarbeit (also höherer physischer und/oder psychischer Belastung innerhalb einer gegebenen Zeiteinheit) einher. Beide Prozesse haben erfahrungsgemäß auch Effekte auf das außerbetriebliche Leben der Beschäftigten und ihres sozialen Umfeldes, die unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming Aufmerksamkeit verdienen.
 - Flexiblere, also beweglichere und schwerer vorhersehbare Arbeitszeiten machen auch die sonstigen Lebenszeiten beweglicher und schwerer

vorhersehbar. Das führt zu Problemen im sozialen Umfeld, wenn dieses auf feste verlässliche Zeiten angewiesen ist, was erfahrungsgemäß bei Teilzeitbeschäftigten (also meist Frauen) oft zutrifft. Unter Gender Mainstreaming-Blickwinkel ist dabei wenigstens zweierlei bedeutsam:

Flexible Arbeitszeiten werden i. A. Teilzeitbeschäftigte und ihr soziales Umfeld negativer treffen als Vollzeitbeschäftigte.

Allerdings sind Teilzeitarbeitsplätze oft besonders flexibel ausgestaltet. Hier wäre unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming zu überlegen, inwieweit solche flexiblen Arbeitsverhältnisse in solche mit verlässlichen Arbeitszeiten umgewandelt, hilfsweise inwieweit Sozialkriterien auf die Verteilung dergestalt flexibler Teilzeitbeschäftigung angewandt werden können, die den externen Effekten auf das soziale Umfeld Rechnung tragen.

- Eine höhere physische und/oder psychische Belastung innerhalb einer gegebenen Zeiteinheit wirkt sich gleichfalls auf die außerbetriebliche Lebensführung aus - indem weniger persönliche Energie zur Verfügung steht oder sogar Teile der betrieblichen Arbeitsbelastung in die Privatsphäre „mitgenommen“ werden. Das Problem ist zunehmend und von höchster Tragweite, allerdings ist es keineswegs geschlechter- oder teilzeitspezifisch (man denke etwa an die Software-Branche). Geschlechter- und teilzeitspezifisch hingegen dürfte sein, dass die genannten externen Effekte ihrerseits vorhersehbare negative Auswirkungen auf das soziale Umfeld haben werden. Unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming wäre dann wohl darüber nachzudenken, wie teilzeitbeschäftigte Frauen von solchen psychischen oder physischen Belastungen freigestellt werden

können, von denen die Gefahr der Kollision mit außerbetrieblichen Zeit-Inelastizitäten auszugehen droht.

4. Für den Blickwinkel des Gender Mainstreaming von besonderem Interesse ist immer auch, ob und wie sich die Perspektive der Gleichstellung von Männern und Frauen in Systemen der Vertretung von Interessen niederschlägt. Dabei geht es immer um zweierlei: ob solche Systeme für vertretungsbedürftige Interessen überhaupt existieren und ob gleichstellungspolitische Belange in den „allgemeinen“ Vertretungssystemen qualitativ und quantitativ angemessen repräsentiert sind. Auf Teilzeitarbeit bezogen ist dieses Problem so bekannt wie praktisch ungelöst. Auch hier erscheint bloßes Gewähren Lassen mit Gender-Mainstreaming-Anforderungen kaum vereinbar. Dem Gender Mainstreaming würde auch hier der Einsatz positiver Maßnahmen entsprechen. Diese könnten in der Herstellung bzw. Ausweitung von für Teilzeitbeschäftigte geeigneten Versammlungen oder Bildungsurlauben bestehen. Auch könnte die Arbeitsorganisation so gestaltet werden, dass Teilzeitbeschäftigte zur Kandidatur für Vertretungsposten ermutigt werden, ohne dabei mit Arbeitsanforderungen oder -kollegen in Konflikt zu geraten. Jedenfalls verlangt ein Gender-Mainstreaming-Ansatz, dass bei der Planung und Durchführung entsprechender Veranstaltungen, bei Arbeitsorganisation und Arbeitseinteilungen, bei der Aufstellung von Vorschlagslisten usw. dem Blickwinkel der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern bei der Repräsentation von Arbeitnehmer-Interessen Bedeutung beigemessen wird.

5. Dass Teilzeitbeschäftigte oft unstatthafterweise von bestimmten, Vollzeitbeschäftigten zustehenden betrieblichen oder tariflichen Vergünstigungen ausgenommen werden, ist als

Problemfeld längst entdeckt. Die Praxis hat sich dieser Regel aber erst teilweise angepasst. Deshalb bleiben unzulässige Benachteiligungen Teilzeitbeschäftigter weiterhin ein Feld des Gender Mainstreaming. Nach wie vor nicht hinreichend gelöst sind die Probleme, die auftauchen, wenn zwar dem Pro-rata-Prinzip genügt wird², wenn aber auch dabei tatsächliche Ungleichheiten entstehen, die sich speziell auf Teilzeitbeschäftigte negativ auswirken. Das ist bei allen Lohn- und Lohnersatzleistungen (Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Rente, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld u. a.) der Fall. Denkt man jedoch unter der Gender-Mainstreaming-Perspektive den häufig vorliegenden außerbetrieblichen „Grund“ für die Aufnahme von Teil- statt Vollzeitarbeit hinzu, dann kann der Befund nicht befriedigen. Denn dann bleibt noch immer das wenig erfreuliche Resultat übrig, dass Frauen für die Tatsache, dass vorwiegend sie statt erwerblicher Arbeit außererwerblich organisierte Erziehungs- und Pflegetätigkeit verrichten, i. A. eine materielle Unterversorgung innerhalb und außerhalb von Erwerbsphasen zu gewärtigen haben. Das Problem ist nicht neu und es ist von äußerster gesellschaftspolitischer Tragweite – aber durch die rentenversicherungsrechtliche Anerkennung von wenigen Kindererziehungsjahren ist es in dieser Tragweite noch nicht annähernd befriedigend aufgegriffen oder gar gelöst.

Arbeitszeitgestaltung und Bürger/innen

Die nach außen gerichtete Zeitgestaltung von Dienststellen, Läden, kulturellen Einrichtungen und Dienstleistungsbetrieben

² Damit werden Maßnahmen bezeichnet, die Teilzeitbeschäftigte von bestimmten Leistungen zwar nicht ausnehmen, sie daran aber nur nach Maßgabe - Pro rata - des Verhältnisses ihrer individuellen Arbeit zur „normalen“ Vollzeitarbeit teilhaben lassen.

– etwa Öffnungszeiten, Schalterstunden usw. – muss mit Blick auf die Klientel den gleichstellungspolitischen Zielen entsprechen.

1. Oft zeigt sich, dass solche Zeitgestaltungen eher der internen Logik und Interessenlage der Anbieterseite (z. B. Effizienzinteressen der Dienststellenleitungen, Arbeitszufriedenheitsinteresse der Beschäftigten oder Kompromisse zwischen beiden) als den Nachfrager/innen-Interessen folgen. Das Problem ist aus der Debatte um die Verwaltungsmodernisierung bekannt. Es wird an vielen Stellen mit dem Ziel der Bürger- und Teiligungsorientierung angegangen - über die Durchschlagskraft solcher Versuche ist hier nicht zu urteilen. Jedenfalls werden die Verwaltungsreformpläne und -vorhaben bislang noch kaum unter dem Blickwinkel der Gleichstellung der Geschlechter gemustert und gehandhabt. Gerade die Verwaltungsreform bietet aber gute Anhaltspunkte für eine ernsthafte Einbeziehung des Gender Mainstreaming - nicht nur weil da überhaupt über Reform nachgedacht wird, sondern weil dem Anspruch nach die Wirkungsperspektive auf die mit Verwaltungsdienstleistungen Bedachten in deren Planung selbst aufgenommen wird.

2. Will man bei äußeren Zeitgestaltungen der Nachfrageperspektive Rechnung tragen, ist man unweigerlich mit dem Gender-Aspekt konfrontiert. „Männliche“ und „weibliche“ Zeitmuster unterscheiden sich nämlich heute typischerweise noch deutlich voneinander – und aus dieser Unterschiedlichkeit resultieren ebenso unterschiedliche typische Zeitanforderungen an private und öffentliche Anbieter.

- Die immer noch vorherrschende geschlechterhierarchische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen führt zu voneinander deutlich

abweichenden Mustern. Stark typisiert ausgedrückt, führt die erwerbsarbeitsorientierte männliche Alltagsorganisation zu einem alltäglichen Zeitmuster mit relativ großen zusammenhängenden Zeiteinheiten, innerhalb derer die Zeitverwendungsmuster selbstbestimmt und/oder auf relativ engem Raum erfolgen. Die typische weibliche familien- oder (zunehmend) erwerbsarbeitsorientierte Alltagsorganisation führt dagegen zu kleinteiligeren Zeitmustern, bei denen die Zeiteinheiten häufig fremdbestimmt (durch externe „Zeitgeber“) und über größere räumliche und institutionelle Distanz verbreitet sind.

- Besonders in Ballungsräumen - wie Städten oder Stadtregionen - drücken sich diese unterschiedlichen alltäglichen Zeitmuster als unterschiedliche Zeitanforderungsmuster aus. Männer nehmen wegen ihrer erwerbsarbeitsorientierten Alltagsorganisation - mit Ausnahme der Mobilitätsfrage - durchschnittlich weniger am Stadtleben teil, werden daher auch zu einem geringeren Umfang mit den Zeitfraktionen der Stadt konfrontiert. Frauen dagegen erleben die Zeit- und Qualitätsstruktur der Stadt als durchlaufenden Teil ihrer Alltagsorganisation. Ihr Alltag und dessen Zeitelastizität steht deshalb in direkter Korrelation zu dem Angebot und der Qualität personenbezogener Dienstleistungen und deren Zeitelastizität. Daher sind Anforderungsmuster wie die „Stadt der kurzen Wege“ oder die „Einheit des Alltags“, obschon nicht zwangsläufig geschlechterabhängig, heute ein Gender-Thema.

3. Aus der Nachfrageperspektive heraus sind die Zeitgestaltungen öffentlicher und privater Dienstleistungen umso mehr Kandidaten für eine Gender-Mainstreaming-Kritik, -Beurteilung und -Gestaltung, je alltagsnäher sie sind und je mehr sie den Alltag dauerhaft

begleiten. Man mag die Warteschlange im Einwohnermeldeamt oder beim TÜV bedauern und für vermeidbar halten. Aber das Problem selbst und die Bemühungen, ihm Abhilfe zu schaffen, bleiben in ihrer gesellschaftlichen Resonanz begrenzt, weil es nur punktuell und zeitlich begrenzt wirkt und verschiedene Betroffenenkreise zu unterschiedlicher Zeit trifft. Deshalb werden diese Zeitgestaltungen - zumal sie am ehesten geschlechtsneutral wirken dürften - im Gender-Mainstreaming-Kontext keine vorrangige Achtung verdienen. Anders verhält es sich bei Zeitfraktionen, die die alltägliche Lebensführung betreffen und wenn schon nicht alltäglich, so doch häufig wiederkehrend erfahren werden. Dazu gehören die berufliche Mobilität, Schule und Kinderbetreuung, Einzelhandel, Qualität des öffentlichen Raumes, Sicherheits- und Gesundheitsversorgung etc. Für diese Zeitgestaltungen - sie werden heute im Allgemeinen mit dem Stichwort „Zeiten der Stadt“ charakterisiert - hat der Gender-Mainstreaming-Ansatz Maßstäbe zu definieren. Wie wirken sich auf diesen Feldern die Zeitgestaltungen auf die alltägliche Lebensführung beider Geschlechter aus? Wie wird der „Zeitwohlstand“ zwischen ihnen verteilt? Bestehen Möglichkeiten, die Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern im Sinne von Gleichstellung verhindern, abzubauen und/oder zu kompensieren? Wie können diese Möglichkeiten durchgesetzt werden? Diese Fragen bedürfen bei Anwendung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes der Konkretisierung, Operationalisierung, Umsetzung und Evaluierung.

Wechselwirkung zwischen beiden Zeitgestaltungen und Gleichstellung

Beides ist also klar: betriebliche und behördliche Arbeitszeitgestaltungen haben - bewusst oder unbewusst, gewollt oder

nicht gewollt - gleichstellungspolitische Wirkungen; und die nach außen gerichtete Zeitgestaltung von Dienststellen, Läden, kulturellen Einrichtungen und Dienstleistungsbetrieben - etwa Öffnungszeiten, Schalterstunden usw. - muss mit Blick auf die Klientel den gleichstellungspolitischen Zielen entsprechen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass beide Formen von Zeitgestaltung derart miteinander verzahnt sind, dass die jeweils eine die jeweils andere automatisch mitbeeinflusst. Folglich wird sich Gender Mainstreaming insbesondere auf ihr Zusammenwirken beziehen müssen.

1. Nehmen wir das Beispiel der kollektiven Wochenarbeitszeitverkürzung. Dabei stellt sich unter dem Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming innerhalb der Dienststelle oder des Betriebes die Frage, welche Form der Arbeitszeitverkürzung gewählt wird. Bekanntlich kommen Verkürzungen der täglichen Arbeitszeit (7- oder 6-Stunden-Tag) einer Veränderung alltäglicher Rollen und Routinen eher entgegen als blockweise Wochenarbeitszeitverkürzungen (verlängertes Wochenende). Erstere versprechen daher eher, der tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Beruf und Familie Raum zu geben als Letztere. Nach allem was wir wissen, sind kollektive Arbeitszeitverkürzungen eher geeignet, den Beschäftigten neue Optionen der Gestaltung ihres außerbetrieblichen Lebens zu eröffnen, als hochindividualisierte. Auch das ist für das Gender Mainstreaming nicht ohne Belang. Andererseits haben Arbeitszeitverkürzungen gesellschaftliche Außenwirkungen. Bei publikumsbezogenen Dienstleistungen verkürzen sie, wenn sie nicht mit anderen Maßnahmen einhergehen - etwa zusätzlichen Schichten -, systematisch die Zeiten der Zugänglichkeit zu diesen Dienstleistungen. Ist dann noch die Lage dieser verkürzten Arbeitszeit sehr auf die Beschäftigteninteressen ausgelegt (z. B.

Behördenzeiten von ½ 7 bis 15 Uhr oder Freitagsschluss von Werkstätten oder Bibliotheken um 13 Uhr), entstehen „Zeitnotstände“ – obwohl doch allenthalben angenommen wird, mit der Arbeitszeitverkürzung nehme das Ausmaß an „Freizeit“ zu. Wenn alle kürzer arbeiten, schrumpfen paradoxerweise auch gerade diejenigen Dienstleistungen, auf die Menschen gern zurückkommen, wenn sie mal Zeit haben. Dies wird sich, je nachdem um welche Dienstleistungen es sich handelt, in unterschiedlicher Weise auf den Alltag von Männern und Frauen auswirken. Damit wird die Wechselwirkung von Arbeitszeiten und gesellschaftlichen Zeiten Gegenstand des Gender Mainstreaming.

2. Oft wird der Befund, dass restriktive Arbeitszeitgestaltung negative Auswirkungen auf den Alltag der Nutzer/innen hat, zum Ausgangspunkt von Forderungen oder Maßnahmen, die die Beschäftigteninteressen gänzlich denjenigen der Nutzer/innen unterordnen wollen. Das ist etwa bei der Forderung nach Abschaffung des Ladenschlussgesetzes, nach völliger Liberalisierung dieser Zeiten („Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“) der Fall. Auch gegenüber dieser Forderung bietet sich das Gender Mainstreaming als Korrektiv an. Würde nämlich die völlige Liberalisierung deutlich zu Lasten weiblicher Beschäftigter gehen - und vieles spricht dafür, dass dies etwa im Einzelhandel so wäre -, dann wäre man in Hinsicht auf sie der Gleichstellung von Männern und Frauen eher ferner- als nähergerückt. Dann hätte man den Frauen auf der Kund/innenseite etwas gegeben, was man ihnen auf der Beschäftigtenseite genommen hätte. Das kann nicht im Sinne des Gender Mainstreaming sein. Dieses würde nach „intelligenteren“ Lösungen verlangen, die konfligierenden Zeitinteressen von Beschäftigten und Nutzer/innen zu thematisieren, auszugleichen und nach

Möglichkeit wechselseitig zu optimieren. Es würde in Befragungen und Kommunikation nach „Win-win-Situationen“ Ausschau halten, Nöte auf der „Nachfrager/innenseite“ ermitteln, diese mit Bereitschaften und Zumutbarkeiten auf der „Anbieter/innenseite“ vermitteln und daraus vernünftige und faire Kompromisse, „Zeitpakete“ schmieden. Das ist Gegenstand der neu aufgetauchten Disziplin „kommunale Zeitpolitik“: systematische beteiligungsorientierte Versuche der Zeitkoordination vor Ort, die die Interessierten aller Art in einen Moderations- oder einen Mediationsprozess einbeziehen und sich um Lösungen bemühen, mit denen alle „ihren Alltag leben können“.

3. Es versteht sich, dass dies auch veränderte Verwaltungs- und Politikformen erfordert. Bei departementalisierten Vorstellungen von und Behandlungen der Wirklichkeit kann es da nicht bleiben.

5. Lokale Zeitgestaltung als Gegenstand von Gender Mainstreaming

Es hat sich eine gewisse Methodik des Gender Mainstreaming herausgebildet, die in ähnlicher Form im Qualitätsmanagement verwendet wird und die sich auf geschlechterpolitische Vorhaben gut übertragen lässt. Der eingangs erwähnte Expertinnen-Bericht des Europarats rekurriert denn auch darauf. Danach sind es sechs Prüfschritte (siehe folgende Punktation), an denen sich eine projektförmige Maßnahme zu bewähren hat. Dieses methodische Schema lässt sich in folgender Weise auf die soeben umrissenen Fragestellungen beziehen:

Definition der gleichstellungspolitischen Ziele: Zeitgestaltung, die Lebensbedürfnissen entspricht, ohne zu diskriminieren; Zeitgestaltung, die die

Gleichstellung der Geschlechter begünstigt.

Analyse der Probleme der Betroffenen: alltägliche Zeitmuster von Männern und Frauen; Auswirkungen auf die Zeitanforderungen von Dienstleistungen; „Zeitkonflikte“ zwischen und innerhalb Betroffener.

Entwicklung von Optionen: Materielle: z. B. zugängliche, bürger/innennahe Zeitgestaltung; Verfahrensbezogene Aushandlungsformen von AnbieterInnen und NachfragerInnen; „Zeitpakete“.

Dem Text liegt ein Vortrag zu Grunde, den der Verfasser im Herbst 2001 auf einer Fachtagung des Deutschen Stadttages und des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin gehalten hat.

Prof. Dr. iur. Ulrich Mückenberger, Jg. 1944, Studium der Rechts- und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Philipps-Universität Marburg; seit Januar 1985 Professor für Rechtswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Schwerpunkt Arbeits- und Sozial- sowie Europarecht; bis 2001 Vorsitzender des Leistungsbereiches Forschung, wissenschaftlicher Nachwuchs

Analyse der Optionen im Hinblick auf die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Gleichstellung und Entwicklung eines Lösungsvorschlages: Welche Daten sind vorhanden, um Auswirkungen zu ermitteln? Welche Wirkungen sind danach absehbar?

Umsetzung der getroffenen Entscheidung: Besondere Vorkehrungen: Beteiligung von Mitarbeiter/innen bzw. Kund/innen.

Erfolgskontrolle und Evaluation: Gender Impact Assessment; Expert/innen zur wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung.

und Wissenstransfer; zahlreiche Gastprofessuren (Florenz, Nantes, Bremen, Bari); Mitherausgeber/Beirat der Zeitschriften: *Kritische Justiz*, *Jahrbuch Soziale Bewegungen* (1980-1987), *International Journal of the Sociology of Law* (1986-1990), *European Journal of Industrial Relations* (seit 1995); zahlreiche Publikationen über Perspektiven der industriellen Beziehungen in Europa, Zukunft des Normalarbeitsverhältnisses, europäische Gewerkschaftsbewegung, kommunale Zeit-Politik, europäische Arbeits- und Sozialpolitik.

Zusammenfassung

Der Beitrag beleuchtet den Zusammenhang zwischen Gender Mainstreaming und dem neuen Gestaltungsansatz „lokale Zeitpolitik“ („Zeiten der Stadt“). Lokale Zeit versucht, in praktischen Modellprojekten die urbanen Zeitstrukturen - Arbeitszeiten, Öffnungszeiten, Kinderbetreuung, Mobilitätszeiten, „freie Zeiten“, Kultur etc. - auf die Alltagsbedürfnisse der in den Städten lebenden Menschen abzustimmen. Da der Alltag von Männern und Frauen sich in zeitlicher Hinsicht noch typischerweise unterscheidet, muss eine lokale Neugestaltung der Zeiten dem Geschlechterverhältnis Rechnung tragen. Die alltagsrelevanten Zeitgestaltungen werden einerseits geschlechtstypische Zeitbedarfe aufgreifen, andererseits einem Maßstab der Gleichheit zwischen den Geschlechtern folgen. Dafür bietet das Gender Mainstreaming methodisch gesicherte Ansatzpunkte.

Abstract

This article deals with the connection between Gender Mainstreaming and the new concept of “local time policy” (“times of a town”). “Local time” is about adapting urban time structures (like working time, opening hours and child care facilities, etc.) to the modern routines of the urban population. Local rearrangements of times has to take into account that there are big differences in everyday life patterns of women and men. Therefore, new time management models will be based on the analysis of “gender-typical” time patterns, and they will be guided by equity benchmarks. Therefore Gender Mainstreaming offers the methodological framework.

MAINSTREAMING: AN OVERVIEW OF DEVELOPMENTS IN THE UNITED KINGDOM

Christine Booth

The Legislative and Policy Context

During the last twenty-five years, the UK has enacted a range of important equality legislation. However, legislation alone is insufficient, and also requires positive action measures and mainstreaming to ensure that within an organisation, all actors take appropriate action to make working towards fairness and equality a routine part of their usual working processes. In the UK the European equality agenda has been an important driver for change. Unlike some other EU member states the UK has been unwilling to pursue an equality agenda solely focussed on gender equality. The most important relevant UK legislation is:

- Equal Pay Act 1970
- Sex Discrimination Act 1975
- Race Relations Act 1976
- Disability Discrimination Act 1995
- Human Rights Act 1998
- Race Relations Amendment Act 2000

The legislation makes it clear that there is a requirement to ensure that equality issues are fully considered in all policy developments, as well as the delivery of goods and services.

Since 1996, mainstreaming diversity has been promoted as a routine consideration throughout UK central government departments, in policy development, service delivery and internal staffing matters. The UK Women's Unit of the Cabinet Office has produced *Policy Appraisal for Equal Treatment* guidelines (PAET) to provide a practical tool to help

policy-makers consider the impact of their policies on women and men¹.

During the late 1990s, 'devolved' parliaments were established in Scotland, Wales and Northern Ireland. These new parliaments and assemblies have been set up with a legal requirement to integrate equal opportunities into their formal structures and agendas. For example, the Government of Wales Bill, 1999, commits the Welsh Assembly to fostering equal opportunities. Northern Ireland has a requirement for the preparation of Annual Equality Action Plans, which cover all aspects of policy. The Scotland Act, 1998, has committed the new Scottish Parliament to combat all forms of discrimination and prejudice on the grounds of sex, marital status, race, disability, age, sexual orientation, language, social origin or other personal attributes including beliefs and opinions. These new parliaments, together with new legislation have ushered in a new, more inclusive equalities agenda, as well as a new seriousness of purpose about achieving genuine equality of opportunity for all².

In terms of the **UK planning process**, central government published a good practice guide for the preparation of development plans in 1992³. This was the first central government advice to highlight the need to address issues of diversity. Although the UK does not have a national

¹ For detailed information on the PAET guidelines see <http://www.womens-unit.gov.uk>

² For details see <http://www.ni-assembly.gov.uk>, <http://www.scottish.parliament.uk>, sp.info@scottish.parliament.uk, <http://www.wales.gov.uk>.

³ For further details see The Development Plans Good Practice Guide, Department of the Environment, 1992.

spatial development plan, it does however, publish a series of 'Planning Policy Guidance' notes (PPGs) on specific land-use planning issues, as well as specific aspects of the UK planning process. The guidance (PPG1) advising on detailed development issues urges local planning authorities to take account of access issues and secure more accessible environments for wheelchair users, other people with disabilities, the elderly and those with young children. Subsequently, central government have issued further detailed guidance on tackling issues of safety and security, which have important implications for women and other vulnerable groups in society⁴.

Central government guidance on the preparation of spatial development plans makes it clear that diversity issues must be addressed in the wider context of sustainable development. The guidance specifically states,

'Local planning authorities in preparing development plans should consider the relationship of planning policies and proposals to social needs and problems, including their likely impact on different groups in the population, such as ethnic minorities, religious groups, elderly and disabled people, women, single parents, students and disadvantaged people living in deprived areas, where social considerations will be most relevant.' (DETR, 2000b)

Recently published **guidance on regional planning** advises the use of the Policy Appraisal and Equal Treatment guidelines (PAET), published by the UK Women's Unit, in the sustainable development process to assess the potential impacts of

strategic options on different groups in society⁵.

Although there is clearly some way to go in mainstreaming equality in the spatial planning process, there are examples of innovative projects, methodologies, guidelines, audits and checklists, which serve to challenge and change traditional approaches to UK spatial planning. The examples briefly highlight a variety of approaches to mainstreaming gender equality, currently being developed by a range of UK organisations involved in the spatial planning process. All of the examples seek to sensitise the policy and plan-making process to the needs of diverse social groups. In many cases, the projects, strategies and guidelines attempt to combat discrimination against vulnerable groups and most importantly, mainstream equality at all stages and all levels of the policy making process.

Mainstreaming Equality in Parliamentary Committees

The commitment to equality and a strategy of mainstreaming was at the heart of the preparations for setting up Scotland's new parliament. Although the power to legislate on equal opportunities was reserved to the UK parliament, the Scotland Act, 1998, enables the Scottish Parliament to encourage equal opportunities. To fulfil their obligations under the legislation, work has recently been commissioned to develop equality guidelines for effective mainstreaming of equal opportunities by Scottish Parliamentary Committees⁶. The

⁵ For details of the advice see <http://www.local-regions.detr.gov.uk>.

⁶ The Equal Opportunities Committee of the Scottish Parliament commissioned the Centre for Regional Economic and Social Research at Sheffield Hallam University to undertake work on the development of equality guidelines for Scottish Parliamentary Committees. The work was completed in October 2001 and is currently awaiting publication by the Scottish Parliament and circulation of the CRESR report will be

⁴ For details on PPGs and other UK central government spatial planning advice see <http://www.planning.odpm.gov.uk/policy>.

Equality Guidelines can assist Scottish Parliamentary Committees in implementing mainstreaming equality in relation to all their functions. They will provide a practical tool to check that an equality impact assessment has been undertaken and the impact of the legislation have been identified for a broad range of social groups.

The guidelines are an appraisal tool, which parliamentary committees could adopt to ensure that equal opportunities become a routine part of their work. The aim is to use the guidelines as a final check in legislative scrutiny, and for specific committee activities such as inquiries. To date, most equality appraisal tools have been developed to scrutinise policy, but these guidelines take existing practice into the legislative arena. These guidelines will be of particular significance for all legislation associated with the planning, housing and transportation process. Research indicates that these guidelines will be at the leading edge of practice in this field, both in the UK and at an international level.

Mainstreaming Equality in European Structural Fund Programmes

The South Yorkshire sub-region of the UK is a former coal mining and steel manufacturing area. The area has suffered severe economic, social and environmental

of the bid, was subject to an Equal Opportunities (EO) appraisal⁷.

As part of the appraisal process an EO checklist was developed to demonstrate that the programme was responding seriously to the EC regulations, and incorporating gender equality as a horizontal policy objective. The appraisal also included a gender impact analysis of the proposed measures. For each priority established by the SPD, a detailed EO impact analysis was carried out to assess each measure in relation to direct and indirect EO benefits, the risk of disbenefits, or whether the measure was neutral or had missed opportunities to identify EO benefits. The analysis enabled recommendations to be made as to the key sectors to be targeted in order to effect maximum beneficial EO impacts. A template of the table used to assess the likely gender impact of each measure is set out below (see Table 1 below).

The EO appraisal helped secure European Structural funds and has embedded gender mainstreaming at the heart of South Yorkshire's Objective 1 programme. Subsequently, a gender advisory group has been set up to ensure that gender mainstreaming is appropriately implemented and a gender manager has also been appointed, funded as a measure from the programme, to secure the

Table 1

Measure	Direct EO Benefits	Indirect EO Benefits	EO Neutral	EO Risks	Missed opportunities
---------	--------------------	----------------------	------------	----------	----------------------

decline as a result of the collapse of the coal and steel industries. To address the legacy of this economic decline, a bid for structural funds was made to the European Commission (EC). The draft South Yorkshire Objective 1 Single Programming Document (SPD), which formed the basis

implementation of the gender measures proposed in the programme⁸.

⁷ For details of the South Yorkshire Objective 1 Single Programming Document, as well as the Objective-1-programme, see <http://www.goyh.gov.uk/objective1>.

⁸ For details of the appraisal see Yeandle and Booth, 1999, Equal Opportunities Appraisal of the draft SPD for South Yorkshire Objective 1, prepared for the Government Office for

restricted until the guidelines have been published.

Gender Impact Assessment Tools for Regeneration⁹

Urban regeneration programmes can significantly impact on women's lives. In particular, targeted projects offer huge potential to improve the quality of women's lives in terms of tackling poverty, poor housing, health and crime. Studies carried out in the EU and the UK have concluded that gender blindness results in men and women gaining unequal benefits from programmes, as well as being unequally represented in the local management process.

The development of gender assessment tools helps raise awareness of gender and regeneration issues. It also develops gender expertise. Tools can be used to identify key beneficiaries and assess the distributional impact of programmes, policies and projects. Most importantly, tools are required to monitor and evaluate progress toward objectives and the effective implementation of programmes. The Gender Impact Assessment developed for Birmingham Voluntary Services Council (BVSC) Gender and Regeneration Project focused on the four key aspects of regeneration programmes:

- **Programme planning** (including strategic objectives and the planning process for measures and interventions). This should include assessment against baseline indicators and examples of interventions.
- **Programme development** (including assessment and validation). This should provide guidance on programme planning and the appraisal of effects, guidance on needs, actions, results and impacts, and

should predict programme effects on beneficiaries of the measures.

- **Programme and project management** this third stage should assist the project selection process and enable the identification of beneficiaries and effects at the project level. It includes the development of project assessment tools and techniques, including training.
- **Monitoring and evaluation**, rigorous and robust systems should be developed to measure progress toward targets, identify direct and indirect equal opportunities impacts and assist in the development of monitoring and evaluation tools and techniques.

Gender Sensitive Approaches to Planning

The Royal Town Planning Institute (RTPI) is an influential professional body in the UK, which seeks to advance the science and art of town planning. The RTPI plays an important role in seeking to shape opinion and influence planning policy; maintain professional standards both in planning practice and education; and provide continuing professional development. The RTPI set up a women's working party in 1982, which today has developed into the '*Equal Opportunities (Women) Panel*'. This panel meets twice a year and usually has up to six members, plus advisers. The role of the EO (Women) panel is to support professional town planners to improve the delivery of planning to meet the needs of women, as well as promoting the role of women within the planning profession.

The panel aims to highlight the needs of women within the planned environment, identify how theory, policy and practice affect women's lives, disseminate good practice and identify knowledge gaps. The panel has undertaken some significant work in the field of gender and planning. In particular, the preparation of a Practice Advice Note on planning for women and

Yorkshire and the Humber, CRESR, Sheffield Hallam University.

⁹ For details of the GIA see Bennett, Booth and Yeandle, 2000 Gender and Regeneration Project: Developing Tools for Regeneration Partnerships, CRESR, Sheffield Hallam University.

more recently, the panel has commissioned a Gender Audit of Local Plans. The study aims to assess the current use of gender auditing within the planning-making process and produce a practical toolkit to help local authorities to introduce gender audits. The gender audit will be available in late 2002¹⁰.

Gender Audit of Spatial Plans

Plymouth is a medium sized city in the southwest region of the UK. Plymouth City Council appointed the University of Plymouth to undertake a Gender Audit of the spatial plan for their local authority area and the work was completed in March 2001. The main aims of the Gender Audit were to:

- identify gender relevant issues for the review of the 'Plymouth Local Plan'
- provide an equal opportunities appraisal methodology against which the emerging plan could be tested.

The main output of the Gender Audit was the provision of information against which the strategy, policies and proposals of the new spatial plan for Plymouth could be tested. Plymouth City Council has used the Gender Audit to test the emerging local plan in a number of policy areas including: population and households; labour market; family and caring responsibilities; housing; leisure; transport and mobility; shopping; and safety.

Copies of the Plymouth Gender Audit are being made available for sale. The work for Plymouth City Council is considered to be at the leading edge of work in this field. Subsequently, the gender audit has been used to inform the preparation of a gender audit toolkit currently being prepared for the

Royal Town Planning Institute (RTPI) see above for details¹¹.

Mainstreaming Gender Equality in Local Authority

Birmingham is considered to be the UK's second city after London. It is a multi-cultural city with over 1 million inhabitants. In an attempt to improve its services to all its citizens, Birmingham City Council launched its corporate gender equality strategy in 2002.

'The Birmingham approach to equalities seeks the systematic integration of diversity, equality and anti-discrimination perspectives into all areas of policy, at all stages of policy development; and at all organisational levels within the City Council' (Birmingham City Council, Equalities Division, Moving On, our strategy for progressing gender equality, 2001)

The City Council's corporate strategy was subject to extensive consultation and has six key themes: *personal safety; consultation and representative democracy; education; economy and work-life balance; health; and infrastructure*. Each key theme sets out a series of objectives, operational direction, critical success factors and the service or department, who is primarily involved in implementation of the objective. It is anticipated that progress will be carefully monitored and reported on an annual basis, both by the equalities division and individual services and departments.

The corporate strategy on gender equality forms part of a holistic approach to equalities in Birmingham. It will complement and link with the city's 'Blueprint for Disabled People', as well as

¹⁰ For details of the work of the panel, the practice advice note and gender audit of local plans see www.rtpi.org.uk.

¹¹ For details of the Plymouth Gender Audit, Plymouth City Council, Department of Planning, www.plymouth.gov.uk.

the City's 'Race Equality Scheme'. The corporate strategy on gender equality is a good example of how one local authority is trying to mainstream equality and use it to positively improve services for all its citizens. It appears to be leading the way in UK local authorities, where equality and diversity have often been marginalised. Most importantly, it provides strategic direction for professionals working in the planning, development, regeneration and transportation fields.

For details of this strategy, see <http://www.Birmingham.gov.uk>

Christine Booth is Head of Urban Policy in the School of Environment and Development, at Sheffield Hallam University. Prior to joining the University in 1990 she worked as a planning practitioner for nearly 17 years, where she specialised in plan making, planning for diversity and public consultation. She has written extensively on gender, diversity and local and regional development and has undertaken a series of major European and national research projects in this field. Currently, she acts as an advisor on regeneration and neighbourhood renewal for the UK central government.

Zusammenfassung

Dieser Artikel bietet einen kurzen Überblick zur geschlechtsspezifischen Chancengleichheit im Bereich der Raumplanung in Großbritannien. Dabei werden der gesetzliche und politische Hintergrund in Bezug auf Chancengleichheit und räumliche Planungsprozesse dargestellt sowie einige innovative Beispiele aus der Praxis herausgegriffen.

Diese Beispiele beschreiben unterschiedliche Zugänge zur Implementierung von Gender Mainstreaming in Parlamentarischen Ausschüssen, Kreisverwaltungen und Strukturfonds; weiters die Entwicklung von Instrumentarien und Prüfungskriterien für ein „Gender Impact Assessment“ in Stadtteilerneuerungen und Raumplänen; und schließlich die Entwicklung von geschlechtssensiblen Zugängen zu Planungsprozessen. Alle diese Beispiele haben eine Sensibilisierung der politischen Entscheidungsprozesse bezüglich der Bedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen, die Bekämpfung von Diskriminierung sowie die Verankerung der Chancengleichheit in der Routinearbeit von Organisationen zum Ziel.

Abstract

This article provides a brief overview of gender equality and spatial planning in the United Kingdom (UK). It sets out the wider legislative and policy background on equality and the UK spatial planning process and highlights a few examples of innovative practice. The examples include a variety of different approaches to mainstreaming equality in Parliamentary Committees, Local Authorities and Structural Fund Programmes; developing gender impact assessment tools and audits for use in regeneration programmes and spatial plans; and finally developing gender sensitive approaches to spatial planning through the work of professional bodies. All the examples highlighted seek to sensitise the policy making process to the needs of diverse social groups, combat discrimination and mainstream equality as a routine part of organisational practice.

GENDER MAINSTREAMING AND URBAN PLANNING – A NORDIC VIEW

Liisa Horelli

Gender mainstreaming was officially launched at the UN's Fourth World Conference on Women, in Beijing in 1995. Gender mainstreaming is sometimes referred to as a policy, an approach, a philosophy, a mechanism, a strategy, and a method. In the spirit of the definitions by the European Commission and the Council of Europe, gender mainstreaming is regarded here as a transformative strategy, meaning "(re)organisation, improvement, development, and evaluation of policy processes so that a gender equality perspective is incorporated in all policies at all levels and all stages, by the actors normally involved in policy making and in practice" (European Commission, 1997; Council of Europe, 1998).

Engendering urban planning and development means, on the other hand, the application of a set of specific concepts, methods, and practices in the different phases and arenas of the endeavour. In fact, women have been tacitly mainstreaming planning and development for the past two decades. The major consecutive and partially parallel movements in mainstreaming this field are mobilizations around the Nordic women's New Everyday life-project, the EuroFEM-Gender and Human Settlements, and the "Women in Defense of Place".

Gender mainstreaming within women's movements around planning and development

Nordic women interested in housing and building on women's terms gathered to their first conference in 1979, in Sweden. They came up with a shared idea of a better everyday life in which a more humane infrastructure would play a central role. This evolved into a decade long

project the **New Everyday Life** (Forskargruppen, 1987). The latter did not only comprise a critique of the present conditions but also a vision of a harmonious, creative, and just society as well as a model of action. The model focused on the creation of an *intermediary level* between the private households and the public and commercial world of enterprises. The intermediary level is a new structure in the neighbourhoods comprising environmentally friendly housing, services, employment, and other activities which support the residents irrespective of age and gender¹. The practical examples dealt mostly with cohousing and care and work cooperatives on the local level.

In the early nineties, European women involved with planning issues had the opportunity to meet one another in several international conferences, which led to the founding of the **EuroFEM** – Gender and Human Settlements network². Supported both by the EU Fourth Action framework for promoting equal opportunities and the Finnish Ministry of the Environment, EuroFEM held the first international conference in Hämeenlinna, Finland, in 1998. The event gathered 300 grassroots, women entrepreneurs, researchers, administrators, and politicians from all over the world to discuss theory, practice and policy around human settlements³. Although the participants came from diverse backgrounds and cultures, women shared a common interest, namely the collaborative creation of an infrastructure for everyday life. The latter consists of gender sensitive planning and development, job creation and local initiatives,

¹ Horelli & Vepsä, 1994.

² Council of Europe, 1990; 1994; OECD, 1994; Ottes et al. 1995.

³ Horelli, 1998.

models of involvement, and the reorganising everyday life around housing.

EuroFEM grew into a network of projects and policy providing a transnational arena for finding new solutions and forms of gender action in the field of human settlements all over Europe.

The original model of infrastructure for everyday life was gradually expanded not only in scope, but also in the sense that the focus was enlarged to include besides the local settings also the regional, national and even transnational levels⁴. "Glocalization" became the issue. "How can women master locally the tensions brought forth by globalization" was one of the central questions.

The results of the EuroFEM-network and its projects were both material (co-housing examples in Sweden and in Austria), ecological, (environmental protection in the Netherlands), economic (job creation within women's resource centres in Finland, Sweden and Italy), social (residential services in the UK, the Northern Feminist University in Norway), psychological (programmes for supporting ones self-esteem and confidence), organizational (network organizations), and methodological. The results were not trivial, but they remained fragmented. Perhaps the greatest impact of the network was the partial mainstreaming of the EU structural policy and hence regional development in many of the European countries, which included the community programmes like Urban. The collaboration of EuroFEM-members with the gatekeeper women of the Commission resulted in the organizing of four conferences on how to mainstream structural policy, several evaluations of structural fund interventions from the gender perspective, and a network of EU-funded women's resource centres⁵.

The third movement – **Women in Defense of Place** – expands the horizons of mainstreaming beyond Europe, to the place-based politics of women on the other continents. The concept of women's place-based politics refers to the political activities carried out by women around the body, the home, the environment, the community and the public arenas supported by networking and meshworking on the local, national, and global levels. Networks are considered dominant and formal where as meshworks are informal, process-based, self-organizing, and often oppositional. The movement is in fact a series of UNESCO- and Rockefeller foundation-funded projects (1998-2002) which Wendy Harcourt, programme director for SID (Society for International Development) has coordinated and mobilized. It involves over hundred women and a few men, from 40 different countries. The participants - researchers, experts, grassroots activists, politicians, and artists - began their process by forming a cyber-list in the internet⁶. The discussions urged to ponder, how to create transformative places for alternative futures that might provide viable solutions to globalization. The participants also met in a couple of seminars where the questions were raised whether virtual or cyber communities have an impact on local communities. What can the internet offer women who work with alternative modes of action? Can cyberspace assist in transcending the borders of conventional knowing and the traditional community? The discussions gave birth, besides the global network, to the book [Women@Internet](#)⁷ and a special thematic issue on Place, Politics and Justice: *Women negotiating globalisation*. The network continues to aim "to defend from the corridors of cyberspace" different kinds of local cultures and to create human alternatives to globalisation.

⁴ Gilroy & Booth, 1999.

⁵ Horelli, 1997; 2002a.

⁶ Haraway, 1991.

⁷ Harcourt, 1999.

Women's narratives around place-based politics deal, for example, with the networking before UN international conferences (Beijing, Cairo, Istanbul), counter-histories, like the Zapatista women's struggles for both indigenous and women's rights in Mexico, and with ways how women migrant workers in Hongkong transform their former local communities in the Philippines by investing their savings in alternative job creation that allows them to return and integrate into their homes⁸.

Challenges to the content, process and strategies of planning

The analysis of the "history" of European women's movement interested in the collaborative creation of supportive structures for everyday life as well as the narratives of women in defence of place reveal, how gender mainstreaming means the expansion and re-conceptualising of both the content, process and strategies of planning and development. Central to this endeavour are the demands for an ethical stance in the praxis of planning and the efforts to tame power relations by adopting multilevel, flexible approaches.

The ideal content for planning - the infrastructure of everyday life - has remained nearly the same as it was first launched by the Nordic women, in the early eighties. However, the intermediary level, which was a structure in the neighbourhood or in the housing area, has been expanded into resource centers that serve larger areas, even regions. The latter have also grown into networked or meshworked "glocalities" that might have a global role through the place-based politics. Therefore, it might be more correct to speak, instead of the infrastructure of everyday life, about supportive structures or networks. The latter may consist of

hybrids, like people, activities, services, gendered parks, or model districts⁹.

Although holistic economics was part of the New everyday life-model twenty years ago, the role of diverse economies has become more salient, even vital for women's place-based politics. It is important to open up the economic palette and language so that women and men can see that "the market economy" is only the "icing of the economic cake" which comprises the economies of nature and community as well¹⁰. This language discloses the existence of a variety of mechanisms of economic exchange, remuneration of labour, forms of organizing the exchange, and resources in the form of ecological, human, social and material capital.

The reason for focusing on the structural features of the content is that both the supportive networks and the varying forms of diverse economies function as major contextual supports for a re-subjectivation process of women and other fragile groups which enables them to become eco-social and economic agents in planning and development.

In addition to the desired contextual supports, gender mainstreaming planning means a form of empowerment. Although the literature on collaborative or communicative planning¹¹ is mostly gender-neutral or even gender-blind, most women activist are in favour of participatory planning. The latter can be defined as "a social, ethical, and political practice in which women and men, children, young and elderly people take part, assisted by different enabling methods, in the overlapping phases of the planning and decision-making cycle that may bring forth outcomes congruent with the participants'

⁸ Harcourt et al. 2001.

⁹ cf. the examples of the conference held in Vienna - see relevant article in this Werkstattbericht.

¹⁰ Henderson, 1996; Graham, 2002; Gibson, 2002; Horelli, 2002c.

¹¹ Healey, 1997.

needs and interests"¹². The Italian time-planning¹³ as well as the Dutch planning from the perspective of reconciliation of work and care¹⁴ are important contributions to the conventional forms of planning.

Last but not least, gender mainstreaming seems to imply a new vision of politics that includes projects that are embedded, contextualized and localized but also linked, networked, and meshworked. In fact, it is a "politics of becoming" which presupposes the application of innovative, hybrid strategies. The latter consist of:

The construction of motivating visionary narratives in which women from different contexts emerge as agents of their everyday lives who pursue social justice and conviviality (*convivencia*). The spheres of the women's identities stretch from the local to the global.

The adoption of "swarming"-like tactics¹⁵ that comprise the recognition of multiple, situated, and relational knowledges, the production of dialectical and empowering concepts as well as the application of a set of enabling tools and techniques. This includes the management of different local and specific knowledges which might nurture the viability of community economies and even alternative regional innovation systems¹⁶.

The sensitive organizing of networks and meshworks around "glocalities" and other supports that enhance the mastering of global/local tensions. The organizing also comprises the networking of the body, home, the community and the public space on the local, national, and global level¹⁷, assisted by a conscious application of information / communication technologies.

The recognition of the role of conflicts and power issues inherent in place-based politics, although the latter remain one of the important future challenges.

Even if many other important issues still remain unanswered, gender mainstreaming planning, development and place-based politics has brought forth new concepts, strategies and best practices that hopefully will pave the way for a renaissance of sustainable human settlements.

Liisa Horelli, PhD is Senior Research Fellow of the Finnish Academy. She conducts research at the Centre for Urban and Regional Studies of Helsinki University of Technology on participatory local and regional planning with women and young people. Her latest projects and publications deal with evaluations of Nordic and Finnish structural fund interventions from the gender perspective and with the mobilisation of young people and women into local and regional development.

¹² cf. Taylor, 1998; Horelli, 2002b.

¹³ Bocca, 2002.

¹⁴ Gepken, 2002.

¹⁵ Arquilla & Ronfelt, 2001.

¹⁶ Cook et al. 2000.

¹⁷ cf. Harcourt et al, 2001.

Zusammenfassung

Stadtplanung und Entwicklung zu gendern, bedeutet die Anwendung spezifischer Konzepte, Methoden und praktischer Handlungsweisen in den unterschiedlichen Phasen und Stadien der Planung. In den letzten zwei Jahrzehnten haben Bewegungen - wie die Nordic women's New Everyday life, das Netzwerk „EuroFEM - Gender and Human Settlements network“ oder „Women in Defense of Place“ - Planungs- und Entwicklungsprozesse gemainstreamed. Die Ergebnisse zeigen die Ausweitung und Überarbeitung von Inhalten, Prozessen und Strategien der Planung und Entwicklung in Bezug auf Gender Mainstreaming. Im Mittelpunkt dieser Bestrebungen stehen die Forderung nach einer ethischen Haltung bei Planungsprozessen sowie die Bemühungen um einen Ausgleich der Machtverhältnisse.

Abstract

Engendering urban planning and development means the application of a set of specific concepts, methods, and practices in the different phases and arenas of planning. Movements, like the Nordic women's New Everyday life, the EuroFEM - Gender and Human Settlements network, and the "Women in Defense of Place", have been tacitly mainstreaming planning and development for the past two decades. The results disclose that gender mainstreaming has expanded and re-conceptualised both the content, process and strategies of planning and development. Central to this endeavour are the demands for an ethical stance in the praxis of planning and the efforts to tame power relations by adopting multilevel, flexible approaches.

GENDER MAINSTREAMING IN DER SCHWEIZERISCHEN RAUMPLANUNG

Gisela Vollmer

Das Thema Gender Mainstreaming wird in der schweizerischen Raumplanung bisher vor allem aus dem Blickwinkel „Sicherheit im öffentlichen Raum“ behandelt.

Auf nationaler Ebene ...

Im Nationalrat wurde kürzlich ein Vorstoß zum Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ eingegeben: „Aspekte der Raumplanung, Architektur und Gestaltung“. Dieser Vorstoß wird frühestens in der Herbstsession 2002 behandelt.

In sensibilisierten Fachkreisen ist es längst klar, dass die raumplanerische, architektonische und visuelle Ausgestaltung des öffentlichen Raumes für die objektive und subjektive Sicherheit der Menschen von größter Bedeutung ist.

Die besondere Berücksichtigung der Situation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und ihrer unterschiedlichen Wege resp. Nutzungsarten und -zeiten (beispielsweise der Kinder, Frauen, Betagten, aber auch der Fußgänger/innen, ÖV-Benutzer/innen usw.) ist dabei von größter Bedeutung.

Der Bund könnte in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Raumes (sei es aufgrund seiner unmittelbaren Gestaltungskompetenz, sei es aufgrund der Mitfinanzierung von Projekten) mit entsprechenden Vorgaben und Hinweisen einen wesentlichen Beitrag zur qualitativen Verbesserung des öffentlichen Raumes leisten.

Der Bundesrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie er in seinem Gestaltungskompetenzbereich einerseits, andererseits in dem von ihm indirekt beeinflussten Bereich (z. B. Projektmitfinanzierungen), den Anliegen

der Sicherheit im öffentlichen Raum mittels raumplanerischer, architektonischer und visueller Ausgestaltungen vermehrt Rechnung tragen kann.

... an der Universität

Frau Prof. Doris Wastl-Walter beschäftigt sich am geografischem Institut der Universität Bern in ihren Seminaren mit der Nutzung des öffentlichen Raumes. Die StudentInnen führen in diesem Zusammenhang laufend Befragungen von NutzerInnen im Bahnhof Bern durch.

Ihr ist ebenfalls zu verdanken, dass die Universität Bern ebenso wie die Universität Basel über ein Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung verfügt.

... in der Verwaltung

In verschiedenen Städten in der Schweiz existieren in der Verwaltung für die „Sicherheit im öffentlichen Raum“ mit Frauen besetzte Teilzeitstellen. Die Umsetzung der dort formulierten Anliegen ist allerdings sehr schwierig.

In St. Gallen ist die Fachstelle mit einer Architektin besetzt. Die Fachstelle besteht seit 1999 mit einem Teilzeitpensum von 20 % und ist in die Dienststelle „Stadtplanung“ der städtischen Bauverwaltung integriert. Ihre Aufgabe besteht darin, Stellungnahmen zu Baueingaben zu verfassen und für die Sicherheitsanliegen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu sensibilisieren.

In Winterthur besteht ebenfalls eine Fachstelle mit einer Architektin. Sie ist Abteilungsleiterin der Stadtentwicklung im Stadtplanungsamt. Die Fachstelle entstand

während der vorletzten Revision der städtischen Bau- und Zonenordnung, als der Stadtrat die Aufnahme eines „Sicherheitsartikels“ in die Bau- und Zonenordnung beantragte, den das Gemeindeparlament sehr positiv aufgenommen hat. Die Fachstelle beurteilt öffentliche und private Bauvorhaben unter dem Aspekt der Personensicherheit und interveniert im Rahmen der verwaltungs-internen Mitberichtsverfahren. Die juristische Grundlage ist Art. 79 der städtischen Bauordnung (siehe auch „Planungsinstrumente“).

... in den Planungsinstrumenten - auf kantonaler Ebene

Zum Entwurf eines Kantonalen Richtplans für den Kanton Bern hat die „Arbeitsgruppe Frauenanliegen“ eine Stellungnahme abgegeben. Einige Forderungen und Ergänzungen sind hier genannt:

- Die kantonale Gleichstellungsstelle von Frau und Mann ist als mitbeteiligte Amtsstelle zum Mitwirkungsverfahren ebenfalls einzuladen.
- Für sichere, direkte und kurze Alltagswege für die ganze Bevölkerung sind Kriterien zu entwickeln, welche die Wohnung mit den Alltagsräumen außerhalb der Wohnung verbinden. Der Öffentlichkeitsaspekt ist dabei erfüllt, wenn die ganze Bevölkerung diese Räume zu jeder Tages- und Nachtzeit für ihre Alltagswege nutzen kann, ohne dass ihre Sicherheit gefährdet ist.
- Die kleinteilige Nutzungsmischung als Kernstück des öffentlichen Raumes für die Vitalität und Vielfalt im Quartier oder Stadtteil muss als überschaubares und vielfältig nutzbares Alltagsumfeld erhalten bleiben.
- Für den öffentlichen Raum ist eine Koordinationsgruppe einzusetzen und ein periodisches Controlling durchzuführen. Beide Anliegen sind

paritätisch mit Fachfrauen zu besetzen; die Raumbesichtigung ist auf die speziellen Anliegen von Frauen zu erweitern. In einer Stadtregion ist dazu ein Pilotprojekt umzusetzen.

... und auf kommunaler Ebene - auordnung

In der Stadt Winterthur besteht in der städtischen Bauordnung ein besonderer Artikel: Bei der Gestaltung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen in Bauten und Anlagen ist den Sicherheitsbedürfnissen der Benutzer und Benutzerinnen, insbesondere von Frauen und Kindern sowie alten und gebrechlichen Personen, Rechnung zu tragen. Zu vermeiden sind unter anderem unübersichtliche und des Nachts unausgeleuchtete Bereiche. Besondere Beachtung ist der Ausgestaltung der Freiräume zu schenken.

Die Gemeinde Ostermundigen, eine Agglomerationsgemeinde in der Region Bern, verfügt in ihrem Baureglement seit der Volksabstimmung vom 2. 12. 2001 ebenfalls über einen neuen Artikel 56a „Sicherheit im öffentlichen Raum“:

1. Bei der Projektierung von Bauten und Anlagen ist die angst- und gefahrenfreie Benutzbarkeit zu berücksichtigen; dies vor allem bei öffentlichen und internen Erschließungen; Umgebungsgestaltungen; Hauszugängen und Einstellhallen.
2. Straßen, Wege und Plätze sind so zu projektieren, dass die angst- und gefahrenfreie Benutzbarkeit durch Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer sichergestellt ist (gute Überblick- und Orientierbarkeit).

Auf dieser Grundlage beginnt jetzt das Tiefbauamt mit einer Raumplanerin einen Leitfaden sowie Maßnahmen für die Gestaltung der öffentlichen Freiflächen zu erarbeiten.

... in der Stadtplanung - Pilotprojekt in Biel zur Erarbeitung von Gender-Mainstreaming-Kriterien

In der Stadt Biel läuft ein Projekt zur Wohnumfeldverbesserung - dazu hat die Baudirektion der Stadt Biel einer Sozialarbeiterin und einer Raumplanerin den Auftrag für ein Projekt „Sicherheit im öffentlichen Raum in Biel“ erteilt.

In der ersten Phase wurden Frauen aus allen Quartieren über Potenziale, Defizite, Strategien und „eigene“ Projekte zur Verbesserung ihrer Alltagswege befragt. Das Ergebnis:

- Sicherheit im öffentlichen Raum bedeutet für Frauen einerseits Verkehrssicherheit auf Alltagswegen und andererseits Sicherheit vor Übergriffen durch Fremde.
- Das Wohlbefinden der befragten Frauen hängt somit einerseits von der Verkehrssicherheit (Verkehrslage, Verkehrsaufkommen, Sicherheitsmaßnahmen für Frauen/Kinder) und andererseits vom subjektiven Sicherheitsempfinden, abhängig von der baulichen Gestaltung, sozialen Nutzung sowie von der Tages-/Nachtzeit ab.
- Ausgeprägte Wohlfühl-Orte im öffentlichen Raum sind z. B. „grüne Oasen“ und der Samstagmarkt in der Altstadt. Angst-Orte erhalten ihre Bedrohung hingegen erst durch die Dunkelheit, fehlende Beleuchtung, fehlende Einsicht, fehlenden Raum und mangelnde Belebung.
- Die befragten Frauen nutzen das Angebot des öffentlichen Verkehrs sehr intensiv und sind zudem häufig mit dem Velo (Rad) unterwegs. Nur wenige der befragten Frauen haben ein Auto zur Verfügung und benutzen dieses auf Alltagswegen.
- Mobilitätsgewohnheiten, die tagsüber völlig problemlos und selbstverständlich sind, werden am Abend infolge von Dunkelheit und geringerer Belebung für die meisten Frauen problematisch. Abends bzw. nachts sind Frauen daher anders unterwegs als tagsüber. Bauliche Gestaltung kann diese Problematik verschlimmern oder verringern (z. B. Beleuchtung, Einsicht/Übersicht etc.)
- Die meisten befragten Frauen haben negative Erlebnisse im öffentlichen Raum, davon mehrere mit traumatisierenden Auswirkungen und entsprechenden Änderungen im Mobilitätsverhalten.
- Das Problem ist für Frauen weniger das Rotlichtmilieu als die Spielsalons. Die in der Innenstadt wohnenden Frauen fühlen sich durch Spielsalons massiv in ihrer Wohnqualität und in ihrer Bewegungsfreiheit beschnitten.
- Für die Hälfte der Frauen waren unsichere Orte im öffentlichen Raum bereits ein- oder mehrmals ein Grund für persönliches Engagement.
- Zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum sind aus Sicht der Frauen neben verkehrstechnischen, gestalterischen und baulichen Maßnahmen auch Aktionen zur Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Sicherheit, zur Erhöhung der gegenseitigen Solidarität und Hilfeleistung und zum Aufbau sozialer Netzwerke notwendig.

In einer Expertenrunde mit ausgewählten Verwaltungsstellen (Stadtgärtnerei, Baudirektion, Kantons- und Stadtpolizei) sollen Erfahrung, Fachwissen und Meinungen der Verantwortlichen den Aussagen der Frauen aus den Quartieren Biels betreffend Sicherheit, Wohlbefinden und Ängsten im öffentlichen Raum gegenübergestellt werden.

Schlussendlich sollen Umsetzungsprobleme an einem konkreten Beispiel aufgezeigt und daraus Schlussfolgerungen

gezogen werden. Ziele des Projektes sind die Erarbeitung von Gender-Mainstreaming-Kriterien sowie deren Umsetzung am Beispiel eines Quartiers.

... bei den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB)

Die SBB saniert zurzeit 640 Regionalbahnhöfe, 50 neue sollen gebaut werden. 2005 soll das Bauvorhaben abgeschlossen sein. Dazu wurde ein Leitfaden für die ProjektleiterInnen und Architektenteams erstellt. Er besteht im Wesentlichen aus drei Teilen:

1. Charakterisierung von fünf „Angst“-Räumen beim Zugang zu Regionalbahnhöfen: einsame Parkanlagen, verlassene Straßen, geschlossene Unterführungen, abgelegene Bahnhöfe, Bahnsteig als Insel.
2. Kriterien für Sicherheit und Wohlbefinden auf Regionalbahnhöfen: direkte, klare und belebte Wegbeziehungen ohne Umwege; Übersicht und Einsehbarkeit, auch in der Nacht; vielfältige Belebung durch Nutzungsmischung.
3. Checkliste für Planende zum Bahnhofumfeld sowie für zwei Bahnhofseiten.

... in der Quartierplanung in Bern

Im Marziliquartier in Bern arbeitet eine Quartiergruppe in einem intensiven Mitwirkungsverfahren an der Umsetzung einer Begegnungszone - aus Wohnstraßen sollen so genannte Begegnungszonen werden. Grundlage dafür ist ein im Herbst 2001 neu gefasster Artikel in der

Signalisationsverordnung. Damit ist es nun möglich, im vereinfachten Verfahren Straßen in Begegnungszonen umzubauen. Die Projektgruppe im Marzili besteht aus vier Frauen und einem Mann.

„Begegnungszone“ sind Straßen in Wohn- oder Geschäftsbereichen, auf denen die Fußgänger die ganze Verkehrsfläche benützen dürfen. Sie sind gegenüber den Fahrzeugführern vortrittsberechtigt. Es gibt Beschränkungen bezüglich der Höchstgeschwindigkeit sowie bezüglich der Parkmöglichkeiten.

... ein Schulprojekt „Technogirls“

Das Projekt www.techno-girls.ch ermöglicht Maturantinnen mittels Schnupperkursen, Einblicke in den Alltag von Frauen in technischen Berufen zu erhalten. Da der Anteil der Studentinnen in den technischen Studiengängen der ETH und an Hochschulen weit unter dem landesüblichen Durchschnitt liegt, haben sich vier Frauenvereine mit der Unterstützung des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann entschlossen, dieses gemeinsame Projekt zu initiieren.

***Gisela Vollmer**, Architekturstudium mit Nachdiplomstudium in Raumplanung an der ETH Zürich. Seit 1989 eigenes Planungsbüro in Bern. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören feministische Aspekte in der Raumplanung. Kernbereiche sind dabei die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes, Sicherheit im öffentlichen Raum und die Mobilität der Bevölkerung, insbesondere die von Frauen. Außerdem unterrichtet sie an der FH für Architektur in Bern zum Thema Frau und Raumplanung.*

Zusammenfassung

Das Thema Gender Mainstreaming wird in der schweizerischen Raumplanung bisher vor allem aus dem Blickwinkel „Sicherheit im öffentlichen Raum“ auf allen Ebenen behandelt: mit einem Vorstoß im nationalen Parlament, im Mitwirkungsverfahren zum kantonalen Richtplan, mit ergänzenden Artikeln in der Bauordnung auf kommunaler Ebene, mit Befragungen zur Nutzung des öffentlichen Raumes an der Universität Bern, mit interdisziplinären Zentren für Frauen- und Geschlechterforschung, mit der Besetzung von Fachstellen in den kommunalen Verwaltungen, mit Projekten zu Regionalbahnhöfen bei der SBB und in der Stadt Biel sowie im Quartier mit der Umsetzung des neuen Artikels in der Straßenverkehrsordnung. Das Projekt www.techno-girls.ch ermöglicht Maturantinnen mittels Schnupperkursen, Einblicke in den Alltag von Frauen in technischen Berufen zu erhalten, um den Anteil der Studentinnen in technischen Studiengängen zu erhöhen.

Abstract

Gender Mainstreaming in the spatial planning in Switzerland focuses mainly on “security in public space”. All political and administrative levels deal with this subject: The national parliament took gender mainstreaming into its agenda. It is part of processes of participation for developing cantonal concepts. Amendatory articles in the regional building regulations have been introduced. Interviews about the utilisation of public space were made at the University of Bern. Furthermore interdisciplinary centres for gender-studies have been established, offices in the municipal administration are appointed appropriately. Projects about the regional train stations of the SBB and at the city of Biel are carried out to realise the new article of the road traffic act. To increase the quota of female students in technics the project www.techno-girls.ch shows female school-leavers the everyday life of women in technical professions.

SERVICETEIL

ExpertInnen und Ansprechpersonen¹

Österreich

Magistrat der Stadt Wien

DIⁱⁿ Shams Asadi

MA 18, Stadtplanung und Stadtentwicklung
Rathausstraße 14-16
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-88867
asa@m18.magwien.gv.at

Mag^a. Manuela Cohnen

MA 13, Landesjugendreferat
Friedrich-Schmidt-Platz 5
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-84339
coh@m13.magwien.gv.at

DIⁱⁿ Eva Kail

MD-Stadtbaudirektion, Leitstelle für
Alltagsgerechtes Planen und Bauen
Volksgartenstr. 1
A – 1010 Wien
Tel.: +43-1-4000-82662
kae@mbd.magwien.gv.at

Renate Kraft

MA 13, Landesjugendreferat
Friedrich-Schmidt-Platz 5
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-84343
eng@m13.magwien.gv.at

DIⁱⁿ Gabriele Steinbach

MD-Stadtbaudirektion, Leitstelle für
Alltagsgerechtes Planen und Bauen
Volksgartenstraße 1
A – 1010 Wien
Tel.: +43-1-4000-82662
stg@mdb.magwien.gv.at

Mag^a. Ursula Bauer

MA 57, Frauenbüro
Friedrich-Schmidt-Platz 3
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-83512
bar@m57.magwien.gv.at

DIⁱⁿ Brigitte Jilka

Abteilungsleiterin MA 18, Stadtplanung und
Stadtentwicklung
Rathausstraße 14-16
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-88811
jib@m18.magwien.gv.at

DIⁱⁿ Jutta Kleedorfer

MA 18, Stadtplanung und Stadtentwicklung
Rathausstraße 14-16
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-88887
kle@m18.magwien.gv.at

Mag^a. Karin Rick

MA 7, Kulturberatungsstelle
Friedrich-Schmidt-Platz 5
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-81174
ric@gku.magwien.gv.at

Ingⁱⁿ. Hanna-Maria Wismühler

Magistratsdirektion, Zivil- und
Strafrechtsangelegenheiten
Rathausstraße 2
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-75841
wis@mdz.magwien.gv.at

¹ Die Liste der hier angeführten Expertinnen und Experten erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie spiegelt lediglich das Ergebnis der nationalen und internationalen Recherchen für diesen Werkstattbericht wider.

Ing. Wolfgang Vevera

MA 27, EU-Förderungen
Schlesingerplatz 2,
A – 1080 Wien
Tel.: +43-1-4000-82597
vew@meu.magwien.gv.at

Drⁱⁿ. Gabriele Zimmermann

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr
Rathaus, Stiege 4
A – 1082 Wien
Tel.: +43-1-4000-81428
zim@gsv.magwien.gv.at

Wien

Ass. Profⁱⁿ. Mag^a. Drⁱⁿ. Elisabeth Aufhauser

Universität Wien, Institut für Geografie und
Regionalforschung
Universitätsstraße 7
A – 1010 Wien
Tel.: +43-1-4277-48621
elisabeth.aufhauser@univie.ac.at

Mag^a. Nadja Bergmann

GeM – Koordinationsstelle für Gender
Mainstreaming im ESF
Liniengasse 2a/1
A – 1060 Wien
Tel.: +43-1-5954040-18
bergmann@gem.or.at

DIⁱⁿ Heidrun Feigelfeld

SRZ Stadt- und RegionalforschungsGmbH
Lindengasse 26/2/3
A – 1070 Wien
Tel.: +43-1-5238953
hf@srz-gmbh.com

Mag^a. Irene Pimminger

L&R Sozialforschung OEG
Liniengasse 2A/1
A – 1060 Wien
Tel.: +43-1-5954040-0
pimminger@lrsocialresearch.at

Mag^a. Sybille Reidl

Wissenschaftszentrum Wien
Strozzigasse 10/16
A – 1080 Wien
Tel.: +43-1-4055538-27
sybille.reidl@wzw.at

DIⁱⁿ Marlis Rief

Landschaftsplanerin
Gumpendorferstraße 21/18
A – 1060 Wien
Tel.: +43-1-9541106
m.rief@gmx.net

design. Dr. DIⁱⁿ Gisa Ruland

Landschafts- und Raumplanerin
Deissenhofergasse 21
A – 1230 Wien
Tel.: +43-1-8871031
gisaruland@web.de

Mag^a. Alice Schmatzberger

Wissenschaftszentrum Wien
Strozzigasse 10/16
A – 1080 Wien
Tel.: +43-1-4055538-15
alice.schmatzberger@wzw.at

Univ.-Profⁱⁿ. Drⁱⁿ. DIⁱⁿ Gerda Schneider

Universität für Bodenkultur, Institut für
Landschaftsplanung und Ingenieurbiologie
Peter-Jordan-Str. 65
A – 1190 Wien
Tel.: +43-1-47654-7251
gschneid@mail.boku.ac.at

Mag^a. Marietta Schneider

agentin für veränderungs.wissen
Heinickegasse 2/13
A – 1150 Wien
Tel.: +43-1-8952751
marietta.schneider@gmx.at

DIⁱⁿ Heide Studer

Tilia – Technisches Büro für Landschaftsplanung
Hofmühlgasse 20/18
A – 1060 Wien
Tel.: +43-1-5873683-30
heide.studer@tilia.at

Ulrike Weissenbacher, MAS

Europaforum
Rahlgasse 3/2
A – 1060 Wien
Tel.: +43-1-5858510-26
weissenbacher@europaforum.or.at

Burgenland

Mag^a. Monika Lämmermayr

Leiterin des Frauenbüros,
Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus, Europaplatz 1
A – 7001 Eisenstadt
Tel.: +43-2682-600-2156
monika.laemmermayr@bgld.gv.at

Kärnten

Helga Graftschafter

Leiterin des Frauenreferats
Frauenreferat des Landes Kärnten
8. Mai-Straße 18
A – 9020 Klagenfurt
Tel.: +43-463-536-31330
helga.graftschafter@ktn.gv.at

Mag^a. Astrid Malle

Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt
Frauenbüro
Kumpfgasse 20/II
A – 9020 Klagenfurt
Tel.: +43-463-537-655 oder 656
frauenbeauftragte@at

Sigrun Taupe

Frauenreferat der Stadt Villach
Europaplatz 2
A – 9500 Villach
Tel.: +43-4242-205-3440
sigrun.taupe@villach.at

Niederösterreich

DIⁱⁿ Sabine Klemitsch

Verband für Landes-, Regional- und
Gemeindeentwicklung der niederösterreichischen
Dorf und Stadterneuerung
Neustiftgasse 26
A – 3454 Reidling
Tel.: +43-2276-2974

Maria Rigler

Frauenreferat des Amtes der NÖ
Landesregierung
Landhausplatz 1
A – 3109 St.Pölten
Tel.: +43-2742-9005-13003 oder 12786
post.f3frauenreferat@noel.gv.at

Drⁱⁿ. Judith Zeidlinger

Magistrat der Stadt St. Pölten
Rathausplatz 1
A – 3100 St. Pölten
Tel.: +43-2742-333

Oberösterreich

Monika Ratzenböck

Amt der OÖ Landesregierung
Büro für Frauenfragen
Klosterstraße 7
A – 4010 Linz
Tel.: +43-732-7720-1850 oder 11851
brigitte.lohnecker@ooe.gv.at

Mag^a. Gabriele Wagner

Linzer Frauenbüro
Altes Rathaus
A – 4041 Linz
Tel.: +43-732-7070-1190 oder 1192
frauenbuero@mag.linz.at

Salzburg

Mag^a. Ulrike Gschwandtner

Solution – Sozialforschung & Entwicklung
Mirabellplatz 9/3
A – 5020 Salzburg,
Tel.: +43-662-886635-14
solution@salzburg.co.at

Barbara Huber-Jeblinger

Regionalmanagerin Pinzgau
Stadtplatz 1
A – 5700 Zell am See
Tel: +43-664-2022563
barbara.huber@salzburg.gv.at

Mag^a. Ulrike Kendlbacher

Amt der Salzburger Landesregierung
Frauenfragen und Gleichbehandlung
Hellbrunnerstraße 7
A – 5020 Salzburg
Tel.: +43-662-8042-3402
ulrike.kendlbacher@salzburg.gv.at

DIⁱⁿ Eva Pötzensberger

Stadt Salzburg – Planungsabteilung
Schwarzstraße 44
A – 5024 Salzburg
Tel.: +43-662-2697
eva.potzensberger@stadt-salzburg.at

Mag^a. Andrea Schindler-Perner

Regionalmanagerin Lungau
Regionalverband Lungau
Mauterndorf 52
A – 5570 Mauterndorf
Tel.: +43-6472-7740
reiolun@aon.at

Mag^a Alexandra Schmidt

Frauenbüro der Stadt Salzburg
Schloß Mirabell
A – 5024 Salzburg
Tel.: +43-662-8072-2044
alexandrea.schmidt@stadt-salzburg

Arch. DIⁱⁿ Ursula Spannberger

Wolf-Dietrich-Str. 12/3
A – 5020 Salzburg
Tel.: +43-662-872066
ursula.spannberger@architektur-musik.at

Mag^a. Dagmar Stranzinger

Frauenbüro der Stadt Salzburg
Schloß Mirabell
A – 5024 Salzburg
Tel.: +43-662-8072-2043 oder 2045
frauenbuero@stadt-salzburg.at

Steiermark

Mag^a. Heide Cortolezis

NOWA-Netzwerk für Berufsausbildung
Gender-Mainstreaming-Beauftragte in Urban II
Rudolf-Hans-Bartsch-Straße 15-17
A – 8042 Graz
Tel.: +43-316-48-26-00
cortolezis@nowa.at

DSA Daniela Jauk

Frauenbeauftragte der Stadt Graz
Tummelplatz 9, 1. Stock
A – 8010 Graz
Tel.: +43-316-872-4660

Margit Kollega

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Referat Frau-Familie-Gesellschaft
Stempfergasse 7
A – 8010 Graz
Tel.: +43-316-877-4023
margit.kollega@stmk.gv.at

Tirol

Mag^a. Barbara Huetter

Stadtmagistrat Innsbruck
Referat, Frau & Familie, Senioren
Stiftgasse 16
A – 6020 Innsbruck
Tel.: +43-512-5360-670
b.huetter@tirol.gv.at

Mag^a. Elisabeth Stögerer-Schwarz

Frauenreferat des Landes Tirol
Michael Gaismair-Straße 1
A – 6020 Innsbruck
Tel.: +43-512-508-3580
e.stoegerer-schwarz@tirol.gv.at

Vorarlberg

Brigitte Bitschnau-Canal

Vorarlberger Landesregierung – Raumplanung
Römerstraße 15
A – 6900 Bregenz
Tel.: +43-5574-511-27124
brigitte.bitschnau-canal@vorarlberg.at

Mag^a. Monika Lindermayr

Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung
Römerstraße 15
A – 6900 Bregenz
Tel.: +43-5574-511-24113
monika.lindermayr@vorarlberg.at

Manuela Steger

Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung
Römerstraße 15
A – 6900 Bregenz
Tel.: +43-5574-511-24136
manuela.steger@vorarlberg.at

Internationale ExpertInnen

DIⁱⁿ Uta Bauer

Büro für Integrierte Planung, Freiraum & Verkehr
 Marienburger Allee 20
 14055 Berlin
 GERMANY
 Tel.: +49-30-30614746
bi_pberlin@t-online.de

Christiane Droste

IRS – Institut für Regionalentwicklung und
 Stadtstruktur
 Flakenstraße 28-31
 15537 Erkner bei Berlin
 GERMANY
 Tel.: +49-30-3221154
droste@irs-net.de

Petra Kersting

Zentrum Frau in Beruf und Technik
 Erinstraße 6
 44575 Castrop-Rauxel
 GERMANY
 Tel.: +49-2305-92150-18
kersting@zfbt.de

Meike Spitzner

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie;
 Postfach 100480
 42004 Wuppertal
 GERMANY
 Tel.: +49-202-2492-151
meike.spitzner@wupperinst.org

Dr. Liisa Horelli

Helsinki University of Technology,
 Centre for Urban and Regional Studies
 Hopeasalmentie 21B
 00570 Helsinki
 FINLAND
 Tel.: +358-9-684-8867
liisa.horelli@hut.fi

DI Johann Dieckmann

Stadt Hagen Bau- und Kulturdezernat
 Postfach 4249
 58042 Hagen
 GERMANY
 Tel.: +49-2331-207-3996 oder 3997
johann.dieckmann@stadt-hagen.de

DIⁱⁿ Christine Grüger

CG Konzept – Raumplanung Forschung
 Kommunikation
 Reichsgrafenstr. 14
 79102 Freiburg
 GERMANY
 Tel.: +49-761-707488 0
christine.grueger@t-online.de

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger

Hochschule für Wirtschaft und Politik
 Projektbüro „Zeiten und Qualität der Stadt“
 Von-Melle-Park 9
 20146 Hamburg
 GERMANY
 Tel.: +49-40-42838-3619
ContiusM@hwp.-hamburg.de

DIⁱⁿ Gisela Vollmer

Architektin und Raumplanerin
 Münzrain 10
 3005 Bern
 SWITZERLAND
 Tel.: +41-31-326-4404
gisela.vollmer@raumplanerin.ch

Arch. Ing. Roland Mayerl

City & Shelter
 40, rue d' Espagne
 1060 Brüssel
 BELGIUM
 Tel.: +32-2-534-7735
City.shelter@skynet.be

Dr. Christine Booth

Head of Urban Policy,
School of Environment and Development,
Sheffield Hallam University
Pond Street,
Sheffield, S1 1WB
UNITED KINGDOM
Tel.: +44-114-2253503
c.j.booth@shu.ac.uk

DI Torsten Lindh

Fastighetskontoret
Besuchadresse: Torpgatan 2 Malmö
Postadresse: 205 80 Malmö
SWEDEN
Tel.: +46-40-341752
torsten.lindh@malmö.se

Arch. Rose Gilroy

University of Newcastle upon Tyne, Dept. of
Town & Country Planning
Claremont Tower
NE1 7RU
UNITED KINGDOM
Tel. +44-191-2225831
r.c.Gilroy@newcastle.ac.uk

Arch. Dipl.-Ing. Visnija Bedenko

Ulica Republike Austrije 18
1008 Zagreb, Gradski zavod za
CROATIA
Telefax: +385-1-6101896

Internet-Links²

Europäische Kommission

ExpertInnengruppe für Beschäftigung und Chancengleichheit der Europäischen Kommission
www.umist.ac.uk/management/ewerc/

Generaldirektion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
europa.eu.int/comm/employment_social/index_de.htm

Gleichstellung von Frauen und Männern
europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/presentation_de.html

Link- & Dokumentationsliste der Europäischen Kommission zu Gender Mainstreaming
europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.html

Information und Dokumente zum Europäischen Sozialfond
europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/index-de.htm

Women and Science
www.cordis.lu/rtd2002/science-society/women.htm

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
www.bmwa.gv.at

EQUAL-Büro Österreich
www.equal-esf.at/german/index.html

Europäischer Sozialfonds
www.esf.at/start.html

GeM-Chancengleichheit von Frauen und Männern
Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im ESF
www.gem.or.at

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
www.bmbwk.gv.at/start.asp

Geschlechtsspezifische Bildungsfragen/Gleichstellung von Mädchen und Buben
www.bmuk.gv.at/pbildg/bildunte/unteprin/gleichst.htm

Publikationen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur
www.bmuk.gv.at/Fspublik.htm

Frauen in Wissenschaft und Forschung
www.bmbwk.gv.at/womenscience

² Die Liste der hier angeführten Internet-Links erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie spiegelt das Ergebnis der nationalen und internationalen Recherchen für diesen Werkstattbericht wider und beschränkt sich nicht auf den Fokus Stadtplanung.

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen

Frauenangelegenheiten und Gender Mainstreaming
www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/frauen/welcome.htm

Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming
www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/frauen/content/genderm_kurz.htm

Arbeitsmarktservice

Bundesgeschäftsstelle und alle Landesgeschäftsstellen
www.ams.or.at

Bundessozialämter

Alle Bundessozialämter in den Bundesländern
www.basb.bmsg.gv.at

Bundesländer

Burgenland

Landesverwaltung und EU-Service
www.burgenland.at

Kärnten

Koordinationsstelle für Angelegenheiten der Europäischen Integration
www.ktn.gv.at/buergerservice/servicestellen/europaeischeintegration/hauptfenster.htm

Frauenreferat des Landes Kärnten

www.ktn.gv.at/buergerservice/servicestellen/frauenreferat/hauptfenster.htm

Niederösterreich

Frauenreferat der Niederösterreichischen Landesregierung
www.noel.gv.at/Soziales/Frauen.htm

Oberösterreich

Büro für Frauenfragen der Oberösterreichischen Landesregierung
www.ooe.gv.at/beratung/allgbera/frauen.htm

Salzburg

Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg
www.land-sbg.gv.at/buero-fuer-frauenfragen

Steiermark

Landesverwaltung, Fachabteilung für Jugend, Frauen, Familie und Generationen
www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/9679/DE

Wirtschaftskammer Steiermark: Zentrales Förderungsservice
www.wko.at/Detail_Dst.asp?DstID=4187&blnDst=true

Tirol

Frauenreferat des Landes Tirol
www.tirol.gv.at/juff/frauenreferat.html

Vorarlberg

Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung
www.vorarlberg.at/frauen_familie/frauen/frauen/start.htm

Wien

Frauenbüro der Stadt Wien

www.wien.gv.at/ma57

EU-Förderungen in der Stadt Wien

www.magwien.gv.at/meu

Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds

www.waff.at/waff/htm/index_ie.htm

WWFF Frauenservice: Die GründerINitiative der Stadt Wien

www.wwff.gv.at/frauen

Wiener Integrationsfonds

www.wif.wien.at/

Territoriale Beschäftigungspakte

Koordinationsstelle der Territorialen Beschäftigungspakte in Österreich

www.pakte.at

Beschäftigungspakt Obersteiermark West

www.murtal.at/beschaefigungspakt

Initiativen und Projekte in Österreich

Gender Mainstreaming Webportal

www.gendermainstreaming.at

Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming

www.imag-gendermainstreaming.at

Business Frauen Center

www.bfc.at

Ceiber Weiber eu-phorum

www.ceiberweiber.at/euphorum/index.htm

Diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung- und -organisation

www.dabo.at

Frauenstiftung Steyr

www.frauenstiftung.at

Peripherie - Institut für praxisorientierte Genderforschung

www.uni-graz.at/vwlwww/kreimer/peripherie

Webakademie

www.webwomen.at

Verband feministischer Wissenschaftlerinnen

www.vfw.or.at

Internationale Initiativen und Projekte

Aktivitäten zur Chancengleichheit während der schwedischen EU-Präsidentschaft

www.naring.regeringen.se/fragor/jamstalldhet/sonja2001/index_eng.htm

G.I.B. - Gesellschaft für Innovative Beschäftigungsförderung GmbH – Arbeitshilfe Gender Mainstreaming

www.gib.nrw.de/esf-foerderung/gender_mainstreaming.html

Arbeitskreis kritische Männerforschung

www.menstudy.de

Effective Local Partnerships for Gender Mainstreaming (4. Aktionsprogramm der EU)

www.4thapelp.com

Frauen-Computer-Schulen und Frauen TechnikZentren

www.frauen-computer-schulen.de

Gender-Mainstreaming - Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

www.asfh-berlin.de/gender-mainstreaming

Gleichberechtigung goes online - Angebote für Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte

www.gleichberechtigung-goes-online.de/gbo/angebot/index.html

HERA 2001 Making Gender Mainstreaming

www.fundacionmujeres.es/hera2001/english/english.htm

Kompetenzzentrum für Frauen

www.kompetenzz.de/seiten/home_neu.html

Swedish Secretariat for Gender Research

www.genus.gu.se

Eurofem-Netzwerk

www.eurofem.net

Transfaire

www.rhone.pref.gouv.fr/trans-faire

Umsetzung von Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe im NRW-Ziel-2-Programm - Gender Mainstreaming

www.zfbt.de/chance.htm

Power Cat: Der Webkatalog für Frauen

www.powercat.de

Richtlinien und Beispiele für einen nicht-sexistischen Sprachgebrauch

www.psychologie.uni-heidelberg.de/Personen/frauenbeauftragte/hintergrund.htm

Women and Equality Unit

<http://www.womens-unit.gov.uk>

Chancengleichheit in Unternehmen

e-quality-managment.de
www.e-quality-management.de

Total Equality Österreich
www.equality.at

Geschlechterpolitik
www.hgdoe.de/pol/sieben.htm

KOBRA Gleichstellung & Berufs- und Personalentwicklung (Berlin)
www.kobra-berlin.de/profil.htm

Managing E-Quality
 Gleichstellung von Frauen und Männern - Vereinbarkeit von Beruf und Familie
www.magwien.gv.at/ma57/meq.htm

ÖSB – Unternehmensberatung GesmbH - Gender Consult
www.oesb.at

BAB GmbH. Unternehmensberatung
www.bab.at

Publikationen, Downloads und Datenbanken

ARIADNE: frauenspezifische Serviceeinrichtung der Österreichischen Nationalbibliothek
www.onb.ac.at/ariadne/index.htm

Datenbank zur betrieblichen Chancengleichheitsförderung
www.e-quality-management.de/newtip/literat1.asp

EQUAL Opportunities Commission
www.eoc.org.uk/html/rebranded/ordering_publications.html

Europäische Kommission: Gleichstellung von Frauen und Männern: Dokumente & Veröffentlichungen
www.europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/documents_de.html

Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer Informations- Dokumentationseinrichtungen in Österreich
www.frida.at

ILO Leitlinien und Handbücher zu Gender Themen
www.ilo.org/public/english/bureau/gender/guides/index.htm

Publikationsliste zu „Gender Issues and Women at Work“
www.gleichberechtigung-goes-online.de/gbo/themen/31.html

Gender Equality: Statistics and Indicators on Gender Issues
www.ilo.org/public/english/bureau/gender/stat/index.htm

Datenbank der Interuniversitären Koordinationsstelle für Frauen- und Geschlechterforschung Graz
www.kfunigraz.ac.at/kffwww/litdok.html

Geschlechterpolitik Quellen
www.hgdoe.de/pol/sieben.htm

Status of Women Canada: Publikationen zum Downloaden
www.swc-cfc.gc.ca/pube.html

Literatur

Shams ASADI

- www.gendermainstreaming.net
- Heinz, Werner, Stadtentwicklungsplanung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt, Opladen, 1998, S. 234.
- Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung, Wotha, Brigitte, Nr. 42, 2000, Gender Planning und Verwaltungshandeln.
- MA 57 - Frauenbüro der Stadt Wien, www.wien.gv.at/ma57/gender_mainstreaming/begriff.htm
- Schriftenreihe Verband Region Stuttgart, Frauengerechte Regionalplanung, Gutachten zur Berücksichtigung von Frauenbelangen in der Regionalplanung am Beispiel des Verbandes Region Stuttgart.
- So!ution, Sozialforschung & Entwicklung, Buchinger & Gschwandtner OEG, Vortragsunterlagen, „Wie kommt Gender in den Mainstream? Gender Mainstreaming in der Stadt- und Verkehrsplanung“, Wien, Dezember 2001.

Ursula BAUER

- Aufhauser, Elisabeth, Sabine Malecek, Bauer Ursula und Elisabeth Binder, 2000. FrauenArbeit Macht KörperRaum - Diskurse am Treffpunkt von Feminismus und Geographie. In: Interuniversitäre Koordinationsstelle für Frauenforschung und Frauenstudien Wien (Hg.) Innovationen 1. Standpunkte feministischer Forschung und Lehre. Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. S. 205 - 232.
- Bauer, Ursula und Irene Sachse, 2002. Gender Mainstreaming – ein neuer Weg zur frauengerechten Stadt? In: Österreichische Gemeindezeitung. Nr 4/2002, S. 35 - 39
- Berichterstattergruppe für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, 1998. Gender Mainstreaming. Konzeptueller Rahmen, Methodologie und Beschreibung bewährter Praktiken. Schlussbericht der Group of Specialists on Mainstreaming. Europarat-Ministerkomitee. GR-EG(98)1. Die deutsche Übersetzung wurde in Auftrag gegeben und finanziert von der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz.
- Brauner, Renate, Pelikan, Veronika und Edith Schlaffer, 2000. Diskussion „Sister, act! Frau sein in Wien. In: Urbane Visionen. Sozialdemokratische Perspektiven für ein weltoffenes Wien. Zukunftswerkstätte. S. 40 - 65. Wien.
- Kreisky Eva und Birgit Sauer, 1999. Feminismus oder Staat: Frauenpolitik zwischen Skylla und Charybdis? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 28. Wien. S. 7 - 20.
- Magistratsabteilung 57 - Frauenbüro der Stadt Wien (Hg.), 2001. 10 Jahre Frauenbüro der Stadt Wien-Frauen sichtbar machen. 10 Jahre Tätigkeitsfelder und beispielhafte Projekte. Bearbeitung Susanne Feigl. Wien.
- Magistratsabteilung 57 - Frauenbüro der Stadt Wien, 2000 (Hg.). Leitfaden Gender Mainstreaming. Erstellt vom IFA Wien. Wien.

- Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, o.J. gender mainstreaming in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- Scheller, Andrea. Frau Macht Raum. Geschlechtsspezifische Regionalisierungen der Alltagswelt als Ausdruck von Machtstrukturen. (= Anthropogeographie Bd. 16). Zürich 1995.
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2001. Gender Mainstreaming – neoliberale Horizonte eines neuen Gleichstellungskonzeptes. In: Kurswechsel. Heft 3/2001. S. 15 - 25. Sonderzahl Verlag. Wien.
- Strategieplan für Wien, 2000. Strategische Projekte. Magistratsabteilung 18-Stadtplanung Wien. Werkstattbericht 32 A.
- Strategieplan für Wien, 2000. Magistratsabteilung 18 - Stadtplanung Wien. Werkstattbericht 32.
- Wiechmann, Elke und Kißler, Leo. 1997. Frauenförderung zwischen Integration und Isolation. Gleichstellungspolitik im kommunalen Modernisierungsprozess. Modernisierung des öffentlichen Sektors; Bd. 11. ed sigma. Berlin.

Christine BOOTH

- Bennett C, Booth C and Yeandle S, 2000, Gender and Regeneration Project: Developing Tools for Regeneration Partnerships, CRESR, Sheffield Hallam University.
- Bennett C, Booth C, Yeandle S, and Reeves D, 2001, Mainstreaming Equality in the Committees of the Scottish Parliament, CRESR, Sheffield Hallam University.
- Department of the Environment, 1992, Development Plans Good Practice Guide, HMSO.
- DOE 1997, Planning Policy Guidance (PPG 1) General Policy and Principles, HMSO.
- DETR, 2000a, Planning Policy Guidance Note 11 (PPG 11) Regional Planning, HMSO.
- DETR, 2000b, Planning Policy Guidance Note 12 (PPG 12) Development Plans, HMSO.
- Royal Town Planning Institute, 1996, Practice Advice Note 12 Planning for Women, Royal Town Planning Institute.
- Yeandle S, and Booth C, 1999, Equal Opportunities Appraisal of the draft SPD for South Yorkshire Objective 1, prepared for the Government Office for Yorkshire and the Humber, CRESR, Sheffield Hallam University.

Christiane DROSTE

- Bremische Bürgerschaft (Hg.): Drucksache 13/1186 vom 14. 3. 1995 (zit. nach Wotha 2000).
- Bock, Stephanie: Stadtregionen auf dem Weg in eine Zukunft – ohne Frauen? Der Geschlechteraspekt im Projekt „Stadt 2030“ und die Perspektiven regionalpolitischer Netzwerke. (Manuskript) Berlin 2002.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.): Lokale Agenda 21, Bonn.

- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.): Frauengerechte Stadtplanung. Schriftenreihe Forschung. Bonn 1996.
- Dörhöfer, Kerstin/Terlinden, Ulla: Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen. Basel 1998.
- Frauenbüro der Stadt Lübeck (Hg.): Lübeck - eine Stadt der Frauen?
- Grüger, Christine: Nachhaltige Raumentwicklung und Gender-Planning. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 104. Dortmund 2000.
- Hansestadt Rostock: Leitlinien zur Entwicklung der Hansestadt Rostock. Rostock o.Jahr.
- Kersting, P./Reuter, U. u. a.: Chancengleichheit durch Stadtentwicklung. Hg.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.). Erscheint 2002.
- Kommunalverband Großraum Hannover (Hg.): Rahmenplan Nahverkehr. Hannover 1997.
- Stadt Hagen: Neue Formen der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung am Beispiel Hagen/ Vorhalle. Hagen 1995.
- Stadt Leipzig: Beschluss der Ratsversammlung vom 19. 6. 2002, Umsetzung des GM-Ansatzes.
- Stadt Karlsruhe: Sozialverträgliche Planung. Ziele und Anforderungen. Karlsruhe 2001.
- Stadtentwicklungsbehörde Hamburg (Hg.): Zwei Jahre Frauenbeirat. Hamburg 1998.
- Dies.: Von Leuchttürmen und Taschenlampen. Hamburg 2001.
- Wallraven-Lindl, Marie-Luis/Beller-Schmidt, Ingrid: Frauenbelange in der verbindlichen Bauleitplanung. In: baurecht 5/1992.
- Weg, Marianne: Integrative Geschlechterpolitik als Konzept für die Stadt der Zukunft. In: Landeshauptstadt Düsseldorf (Hg.): Gender Mainstreaming in Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik. Düsseldorf 2001.
- Dies.: Gender Mainstreaming in den Bundesländern. Zwischenbilanz und Perspektiven. Berlin 2002.
- Wotha, Brigitte: Gender Planning und Verwaltungshandeln. Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung 42. Kiel 2000.
- Zibell, Barbara: Das Geschlecht in der Planung. In: Demmel F./Klingberg T./ Siemer D.: Geschlechterverhältnis und räumliche Planung. Kirchlinteln 1998.
- Zibell, Barbara/Schroeder Anke: Auf den zweiten Blick. Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich. Hannover 2002.

Heidrun Feigelfeld

- Feigelfeld, H. (2001): Großstädtische Lebensbedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Wien (Living conditions of marginalised inhabitants in big cities (focus Vienna)).

- Feigelfeld, H. (2000): Stadterneuerung Wien – 25 Jahre Gebietsbetreuung – Bilanz, Perspektive, Strategie (Urban renewal Vienna – 25 years of area renewal offices, review, future prospects, strategy).
- Feigelfeld, H. (1997): Lebenssituation und Zufriedenheit von Frauen in Wien (Life situation and contentment of woman in Vienna), und: Lebenssituation und Zufriedenheit von Ausländerinnen in Wien (Life situation and contentment of immigrant woman in Vienna).
- Feigelfeld, H. (1996): Wohnsituation sowie Wohn- und Wohngebietszufriedenheit in verschiedenen Wiener Stadtgebietstypen (Housing Conditions in different Urban Residential Areas of Vienna).
- Feigelfeld, H., Czasny, K., (1991): Großwohnanlagen in Österreich – Zustand, Nachbesserung, Perspektiven (Improvement of Large Housing Estates in Austria); Vienna.

Liisa Horelli

- Arquilla, J. & Ronfeldt, J. (2001) Networks and netwars. Santa Monica, CA:RAND
- Bocca, T. (2002) El tiempo y el espacio de las ciudades: la experiencia italiana. A paper presented in the Segundo Seminario Internacional Genero y Urbanismo, 27 - 28 May, Madrid.
- Cook, P., Boekholt, P. & Tödtling, F. (2000) The Governance of Innovation in Europe. Regional Perspectives on Global Competitiveness. London: Pinter.
- Council of Europe (1990) Proceedings of the Conference, "Participation by women in decisions concerning regional and environmental planning". Athens, 25 - 27 October. Strasbourg: Council of Europe.
- Council of Europe (1994) Proceedings of the Conference "The Challenges facing European Society with the approach of the year 2000. Role and representation of women in urban and regional planning aiming at sustainable development", 24 - 26 March 1994, Örnköldsvik. Strasbourg: Council of Europe.
- Council of Europe (1998) Gender Mainstreaming, Conceptual framework, methodology and presentation of good practices. Strasbourg: Council of Europe.
- European Commission (1997) Communication of 21. 2. 1996 on Incorporating equal opportunities for women and men into all Community policies and activities, and the Council Resolution of 2. 12. 1996 on Mainstreaming equal opportunities for men and women into the European Structural Funds.
- European Commission (2000) Technical Document on Mainstreaming equal opportunities for women and men in the Structural Fund programmes and projects. An unpublished manuscript.
- Forskargruppen för det nya vardagslivet (1987) *Veier till det nye verdagslivet* (Ways to the new everyday life). Oslo: Nord

-
- Gepken, F. (2002) Como incorporar una perspectiva de genero a la practica corriente del planeamiento. A paper presented in the Segundo Seminario Internacional Genero y Urbanismo, 27 - 28 May, Madrid.
 - Gibson, K. (2002) Women, Identity and Activism in Asian and Pacific Community Economies. *Development*, 45.1,74 - 79.
 - Gilroy, R. – Booth, C. (1999) Building Infrastructure for Everyday Lives. *European Planning Studies*, 7,3, 307 - 324.
 - Graham, J. (2002) Women and the Politics of Place: Ruminations and responses. *Development*, 45.1,18 - 21.
 - Haraway, D. (1991) *Simians, Cyborgs and Women. The Reinventaion of Nature*. London: Free Association Books.
 - Harcourt, W. (Ed.) (1999) *Women&Internet*. London, Zed-books.
 - Harcourt, W., Escobar, A. with Osterweil, M. (2001) *Women and the Politics of Place: An Introduction*. Rome: Society for International Development
 - Healey, P. (1997) *Collaborative Planning: Shaping Places in Fragmented Societies*. London: Macmillan.
 - Henderson, H. (1996) *Building a win-win world. Life beyond global economic warfare*. San Francisco: Berret-Koehler.
 - Horelli, L. (1997) Engendering evaluation of structural fund interventions. From a minuet to progressive dance. *Evaluation* 3.4:435 - 450.
 - Horelli, L. (ed.)(1998) *Proceedings of the EuroFEM International Conference on Local and Regional Sustainable Human Development from the Gender perspective*. Hämeenlinna: EuroFEM
 - Horelli, L. (2002a) European women in defence of place – with a focus on women´s resource centres in Finland. *Development*, 45.1,137 - 143.
 - Horelli, L. (2002b) A Methodology of participatory planning. In R. Bechtel and A. Churchman (Eds.), *Handbook of Environmental Psychology*, pp. 607 - 628. John Wiley.
 - Horelli, L. (2000c) Mainstreaming o la normalizacion de una perspectiva de genero en la planificacion urbana. A paper presented in the Segundo Seminario Internacional Genero y Urbanismo, 27 - 28 May, Madrid.
 - Horelli, L., Booth, C. & Gilroy, R. (1998/2000) *The EuroFEM Toolkit for Mobilising Women Into Local and Regional Development, Revised version*. Helsinki: Helsinki University of Technology.
 - Horelli, L. & Vepsä. K. (1994) In Search of Supportive Structures for Everyday Life. In I. Altman and A. Churchman (Eds.) *Women and the Environment. Human Behavior and Environment*, Vol. 13, pp. 201 - 226. New York: Plenum.
 - OECD (1994) "Women in the City: Housing, Mobility and Urban Services". Proceedings of the OECD-conference, Paris, 4 - 6 October 1994.
 - Ottes, L., Poventud, E., van Schendlen, M. & von Banchet, G. (Eds.)(1995) *Gender and the Built Environment*. Assen, The Netherlands: Van Gorcum.

- Taylor, N. (1998) Urban Planning Theory since 1945. London: Sage Publications.

Eva KAIL

- Eva Kail, Jutta Kleedorfer (Hrsg.): „Wem gehört der öffentliche Raum - Frauenalltag in der Stadt“. Böhlau Verlag, Wien 1991.
- Eva Kail: „Ist die Planung männlich?“ In: Weibliche und männliche Aspekte der Stadtplanung. ORL-Bericht 86, Hrsg.: Lydia Buchmüller, Barbara Zibell, vdf Verlag der Fachvereine, Zürich 1993.
- Eva Kail: „Frauen-Werk-Stadt“, Broschüre. Hrsg.: Frauenbüro der Stadt Wien (MA 57), Wien 1996.
- Eva Kail: „Frauen-Werk-Stadt“. In: StadtBauwelt, Nr. 24/ 1995, Verlag Bertelsmann, Gütersloh 1995.
- E. Schläffer, Ch. Benard: „Verspielte Chancen? - Mädchen in den öffentlichen Raum!“. Band 5 der Schriftenreihe des Frauenbüros der Stadt Wien (MA 57), Wien 1997.
- Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen (MD - Stadtbaudirektion): „Mehr Raum für Mädchen - Geschlechtssensible Parkgestaltung Einsiedlerpark und St.-Johann-Park, Wien 5“. In: Wettbewerbe, Heft 186/187, September/Okttober 1999.
- Eva Kail: „Macht der Bilder - Strategische Hinweise für Pragmatikerinnen“. In: Planerin, SRL-Mitteilungen für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 4, Dezember 1999.
- Claudia Prinz: „Spielräume für Mädchen. Ein Wettbewerb zum Thema geschlechtssensible Parkgestaltung“. In: Zolltexte, Nr. 34, Februar 2000.
- Eva Kail: „Bauträgerwettbewerb Troststraße 73 – 75“, Vorwort, Broschüre. Hrsg.: Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF), Wien 2001.

Renate KRAFT, Manuela COHNEN

- Balkani Vildan, Doleschel Irmgard & Gruber Sonja: In jede Ecke will ich gehen. MigrantInnenkinder in der Freizeit. In: Bericht zur Lage der Kinder 1996. Bundessekretariat der Katholischen Jungschar Österreichs. Wien, 1996.
- Dithmar Ute, Enkler Angelika & Rose Lotte: Körperbilder - Körperszenen. Bewegungstheater als Medium der körper- und bewegungsorientierten Mädchenarbeit. AFRA, 1998.
- Dithmar Ute: Körper- und bewegungsorientierte Ansätze als Entwicklungsimpuls für Mädchen im Verbund von Jugendhilfe und Schule. EV bsj. Kassel, 1999.
- Emmengger Michael: „Zuerst ich denke ‚Schweiz ist Schwein‘ aber jetzt besser“ Neuzugezogene fremdsprachige Jugendliche. Situationen-Orte-Aktionen. Eine sozialgeographische Studie in Basel-Stadt. Peter Lang, Bern 1995.
- Flade Antje & Kustor-Hüttl Beatrice: Mädchen in der Stadtplanung. Boltzplätze - und was sonst? Deutscher Studien Verlag. Weinheim, 1993.

- Flade Antje & Kustor-Hüttl Beatrice: Mädchen und Jungen in der Stadt. Herausgegeben vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Wiesbaden, 1995.
- Flade Antje & Kustor-Hüttl Beatrice: Raus aus dem Haus. Mädchen erobern die Stadt. Campus Verlag. Frankfurt, 1996.
- Frauenbüro der Stadt Wien-MA57 (Hrsg.): Verspielte Chancen? Mädchen im öffentlichen Raum. Schriftenreihe Frauen, Band 5. Wien, 1997.
- Frauenbüro der Stadt Wien-MA57 (Hrsg.): Wiener Mädchenbericht. Zahlen und Fakten. Schriftenreihe Frauen, Band 6, Teil 1. Wien, 1999.
- Frauenbüro der Stadt Wien-MA57 (Hrsg.): Handbuch MädchenStärken Burschen fördern. Theorie und Praxis. Schriftenreihe Frauen, Band 6, Teil 2. Wien, 1999.
- Freiräume für Kinder und Jugendliche. Perspektiven. Heft 1 - 2/1998.
- Gerlich Wolfgang, Posch Hanna & Posch Johannes: mehr platz! ...und wo spielt Ihr Kind? Auswirkungen von Freiraummangel auf Kinder und Jugendliche. Schriftenreihe der Stadtplanung Wien: Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung. Bd. 67. Wien, 2000.
- Grimm-Pretner Dagmar: Öffentliche Freiräume in Wiener Gründungsgebieten. Ein Potential zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen oder Verschärfung der Gegensätze? Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, 1999.
- Gruber Sonja: Nutzungsanalyse des Einsiedlerparks und des Sankt-Johann-Parks. Im Auftrag der Leitstelle für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen. MD - Stadtbaudirektion Wien. Dezember 1999.
- Hottenträger Grit: Spielräume für Mädchen. In: Garten und Landschaft 3/1995.
- Jahresbericht 98/99 des Vereins Jugendzentren der Stadt Wien: Geschlechtssensible Arbeit. Verein Jugendzentren der Stadt Wien (Hrsg.), 1999.
- Kugelman Claudia: Ballspiele-Sportspiele-Spiele für Mädchen. In: Motorik 2/1993.
- Lacina Brigitte, Ehmayer Cornelia, Peutl Susanne, Soroldoni Laura: Mehr Platz für Mädchen. Geschlechtssensible Parkgestaltung Wien 2., Odeongasse. Ein Mädchenbeteiligungsprojekt. Unveröff. Ausgabe, Wien, Dezember 2000.
- Leven Karin & Weber Annette: Außenräume für Mädchen. Ein praktisches Beispiel zur Beteiligungs- und Aktivierungsarbeit in einem stadtnahen Dorf. In: Frei Räume, Streitschrift der feministischen Organisationen von Planerinnen und Architektinnen FOPA e.V. Band 9/1996.
- Leitstelle „Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen“. MD-Stadtbaudirektion Wien (Hrsg.): Geschlechtssensible Parkgestaltung Ideenwettbewerb. Einsiedlerpark und St.-Johann-Park in Wien Margareten. Ergebnisse und Umsetzungen.
- Leitstelle „Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen“. MD - Stadtbaudirektion Wien (Hrsg.): www.girlsworkforwhattheywant.at. Beteiligung von Mädchen an Planungsprozessen am Beispiel einer Freifläche am Unteren Donaukanal, Wien 2. Wien, Dezember 2000.

-
- Muchow Martha & Muchow Hans-Heinrich: Der Lebensraum des Großstadtkindes. Bensheim 1935/1980.
 - Nissen Ursula: Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisationstheoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Raumeignung. Juventa, Weinheim 1998.
 - Palzkill Birgit, Scheffel Heidi & Sobiech Gabriele: Bewegungs/t/räume. Frauen-Körper-Sport. Frauenoffensive, München 1991.
 - Preuss-Lausitz Ulf: Selbständigkeit für Kinder – die große Freiheit. Weinheim, Basel 1990.
 - Prinz Claudia: Spielräume für Mädchen. Ein Wettbewerb zum Thema „geschlechtssensible Parkgestaltung“. In: Zolltexte, Zeitschrift österreichische Landschaftsplanung und Landschaftsökologie, Nr. 34/Februar 2000.
 - Rose Lotte: Bewegungsräume für Mädchen. In: Motorik 2/1993.
 - Spitthöver Maria: Frauen in Städtischen Freiräumen. Pahl-Rugenstein, Köln, 1989.
 - Staller Susanne: Mädchen greifen Raum. Unterstützungsmöglichkeiten von Mädchen bei der Aneignung des öffentlichen Raumes. In Zolltexte, Zeitschrift österreichische Landschaftsplanung und Landschaftsökologie, Nr. 34/Februar 2000.
 - Studer Heide, Staller Susanne & Gruber Sonja: Mädchen Macht Raum. Beiträge der feministischen Mädchenarbeit zur Aneignung von öffentlichen Freiräumen. MA 57. Wien, November, 1998.
 - Studer Heide, Schawerda Anette & Staller Susanne: Zorica und Mücke auf der Straße. Eine Chronologie des Umgangs mit öffentlichen Freiräumen im Zuge der Stadterneuerung am Beispiel des 15. Bezirks. Studie im Auftrag der Gemeinde Wien MA 18. Wien, 1995.
 - Weresch Katarina: Weibliche und männliche Raumwahrnehmung sowie Unterschiede beim Entwerfen als Ergebnis von Sozialisationsprozessen. In: Planungsfrauen Frauenplanung, Frauengruppen. Freising und Wien (BOKU) 1987.

Ulrich Mückenberger

- Krell, Gertraude, Ulrich Mückenberger und Karin Tondorf, 2000: Gender Mainstreaming - Informationen und Impulse, hrsg. v. nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Hannover.
- Krell, Gertraude, Ulrich Mückenberger und Karin Tondorf, 2001: Gender Mainstreaming: Chancengleichheit (nicht nur) für Politik und Verwaltung, in G. Krell (Hg.), Chancengleichheit durch Personalpolitik, 3. Aufl., Wiesbaden: Gabler, S. 59 - 75.

